

PARITÄTREPORT

3 | 2012



- Unsere Wahl: Sozial – Paritätische Positionen zur Landtagswahl 2013
- Zur Methodik der extremen Rechten
- Recht auf Asyl nach wie vor nur eine Floskel



Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e. V.
Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-0
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

Vorstand

Cornelia Rundt
Sebastian Böstel

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 25120510 – Konto-Nr. 7449500

Verantwortlich für den Inhalt

Sebastian Böstel (Vorstand)

Redaktion

Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Anika Falke
Tel. 0511 52486-353
E-Mail presse@paritaetischer.de

Druck

BenatzkyMünstermann Druck GmbH,
Hannover

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Mitgliedschaft, die sich lohnt!

Infos zur Aufnahme in deutscher, türkischer und spanischer Sprache

Interesse an einer Mitgliedschaft im Paritätischen Niedersachsen? Unseren neuen Flyer mit allen Infos zur Mitgliedschaft und Aufnahme in den Paritätischen gibt es mittlerweile nicht nur in deutscher und türkischer, sondern auch – ganz neu – in spanischer Sprache. Die Flyer geben einen kurzen, präzisen Überblick darüber, warum sich eine Mitgliedschaft im Paritätischen lohnt. Sie fassen die Angebote und Dienstleistungen zusammen, die der



Paritätische als Spitzenverband für seine mehr als 800 Mitgliedsorganisationen erbringt. Alle drei Flyer stehen im Internet zum Download bereit: Auf www.paritaetischer.de erst den Menüpunkt „Mitglieder“, dann „Aufnahmebedingungen“ anklicken und die gewünschte Sprache auswählen.

Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen:

- Anschrift,
- Telefonnummer,
- Faxnummer,
- E-Mailadresse,
- Wechsel Vorstand,
- Wechsel Geschäftsführung,
- Name/Rechtsform.

Ihrer Organisation. Senden Sie bitte aktualisierte Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Tímea Kovac, Tel. 0511 52486-323, Fax 0511-52486-333, E-Mail timea.kovac@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter /innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

in vier Monaten haben Sie die Qual der Wahl, wenn am 20. Januar 2013 der neue niedersächsische Landtag gewählt werden wird: Die neuen Abgeordneten und die neue Landesregierung werden vor Herausforderungen stehen, die sich auch schon im kommenden Jahr in der Politik, insbesondere in der Sozialpolitik des Landes, bemerkbar machen werden. Allein durch die bevorstehende Schuldenbremse wird sich der Landeshaushalt verändern, von möglichen Folgen des demografischen Wandels und der Euro-Krise ganz zu schweigen.

Dabei gilt es, in wichtigen sozialpolitischen Handlungsfeldern die Weichen zu stellen, was nicht ohne zusätzliche Mittel gehen wird. Bei der Umsetzung der UN-Behinderntenrechtskonvention, bei der Inklusion nicht nur im Kindergarten oder in der Schulen stattfinden muss, sondern auch im ganz normalen Alltagsleben – ohne aber alle Beteiligten zu überfordern oder an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen vorbei zu gehen. Der demografische Wandel macht sich in einem Flächenland wie Niedersachsen doppelt bemerkbar: Auf der einen Seite klappt die Schere bei der Versorgung mit sozialer Infrastruktur zwischen dem ländlichen Bereich und den Städten immer weiter auseinander, auf der anderen Seite verstärkt sich der Fachkräftemangel gerade in sozialen und Gesundheitsberufen immer mehr. Hier ist die künftige Landesregierung doppelt gefordert! Es muss eine soziale Daseinsfürsorge für den ländlichen Raum sichergestellt werden und die Akteure in diesem Bereich unterstützt werden. Zum anderen müssen Berufe im Sozial- und Pflegebereich attraktiv gemacht werden, indem Leistungen in diesem Bereich fair vergütet werden. Das Verhalten der Kranken- und Pflegekassen in den Verhandlungen mit den Leistungserbringern darf hier kein Vorbild sein.

In Gesprächen mit den Vertretern polnischer Partnerverbände wird immer wieder mit größtem Interesse nach dem deutschen Subsidiaritätsprinzip gefragt. Die Vorstellung, dass der Staat sich immer fragen sollte, ob seine Bürger eventuell etwas bes-

ser machen könnte, als er, ist gerade für junge, sozial engagierte Menschen in unserem östlichen Nachbarland eine faszinierende Vorstellung, der aus meiner Sicht aber auch hier neues Leben eingehaucht gehört. Ich denke, dass sich die Parteien bei der Landtagswahl auch daran messen lassen sollten, wie sie es mit dem Subsidiaritätsprinzip halten, wie sie es mit der Förderung der aktiven Bürgergesellschaft in der nächsten Legislaturperiode halten.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Förderung sind auch die freiwilligen Leistungen des Landes Niedersachsen und der Kommunen für Vereine und Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Der Blick in das vorläufige Wahlprogramm der CDU lässt hier einen deutlichen Paradigmenwechsel befürchten: Freiwilligenagenturen, die einen wichtigen Baustein der Zivilgesellschaft bilden, werden hier unter der Rubrik „Sport“ behandelt – etwas, was weder mit der tatsächlichen Arbeit in den Freiwilligenagenturen, noch mit dem inhaltlichen Selbstverständnis in Übereinklang zu bringen ist. Hier gilt, aber nicht nur hier, gilt es während des kommenden Landtagswahlkampfes offensiv für die Belange eines sozialen und fairen Niedersachsen einzutreten. Dazu sollen auch die Positionen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e. V. zur Landtagswahl dienen, die diesem Parität-Report beigelegt sind. Sie fassen die Forderungen zusammen, die wir an eine sozial gerechte Politik stellen. Im ersten Teil dieses Parität Reports selbst finden Sie viele dieser Forderungen noch einmal aus Sichtweise unserer Mitgliedsorganisationen geschildert.



Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Böstel
Vorstand



Ankündigung

34. Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e. V.

10. November 2012

10.00 Uhr

Congress Centrum Hannover (Glashalle)

Bitte merken Sie sich diesen Termin vor.

Eine Einladung mit der Tagesordnung geht allen Mitgliedern rechtzeitig zu.

Ansprechpartnerinnen für Fragen und Informationen:

Cornelia Rundt, Vorstand

Birgit Helm, Referentin

**Tel.: 0511 52486-363,
birgit.helm@paritaetischer.de**

Ausgabe 3-12

Impressum..... 2
 Editorial..... 3

Schwerpunkt: Paritätische Positionen zur Landtagswahl 2013

I. Gegen die Etikettierung als „Randgruppen“: Politik für alle Menschen in der Gesellschaft..... 6

- Verschiebung der Altersverteilung 6
- Menschen mit Migrationshintergrund..... 7
- Straffälligen- und Bewährungshilfe..... 8

II. Politik für junge Menschen..... 9

- Krippen und Kindertagesstätten..... 9
- Schulen in freier Trägerschaft..... 10
- Schullandheime 11
- Hilfen zur Erziehung..... 12
- Unterstützung junger Menschen beim Einstieg ins Berufsleben 13

III. Politik für Familien..... 14

- Schwangerschafts- und Schwangerenkonfliktberatung ist auch Familienberatung 14
- Schuldner- und Insolvenzberatung..... 15

IV. Politik für behinderte Menschen..... 16

- UN-Konvention, Bildung etc Inklusion von Anfang an..... 16
- Arbeit von Betreuungsvereinen..... 17

V. Politik für pflegebedürftige Menschen..... 18

- Niedersächsisches Heimgesetz..... 18
- Unterstützung von Angehörigen/ Angehörigenarbeit 19

Überreichung des Positionspapiers.....20

Eine(r) für alles

Fachtag zur Methodik der extremen Rechten21
 Gleichstellungsbericht der Bundesregierung22
 Wie Kommunen Teilhabe junger Erwachsener verhindern 24
 Krippen: Handlungsempfehlung unterzeichnet 26
 SIDA e.V. kümmert sich um Patienten, die sonst keiner will 27
 Recht auf Asyl ist nach wie vor nur eine Floskel29
 Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen und das Recht30
 Beratungsstelle Violetta hilft jetzt auch online 32
 Suchthilfe mit transkultureller Kompetenz 34
 Sport für Menschen mit Multipler Sklerose.....36

SoVD legt Wahlhilfe in leichter Sprache vor 37
 Landesverbandstag des VdK38
 Tagung des Dachverbands Salutogenese 39
 Von der Werkstatt auf den Arbeitsmarkt.....40
 Werkstatttrat handelt Kompromiss aus..... 42
 Hintergrund: Werkstatttrat42
 Neuer Schwerbehindertenausweis 43
 Neue Dienstleistung des Büros für Leichte Sprache44
 Erstes Inklusionsforum Niedersachsens eröffnet.... 45
 Wilhelmshavener Kita erhält Markenzeichen 45
 Selbsthilfeverein VulvaKarzinom führt SHG-Siegel für Kliniken ein..... 47
 Neue Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. im Porträt.. 48

Bunte Vielfalt sozial gestalten

Niedersachsen feiert den „Tag des Sprechens“ 49
 Bistro al Pari hat sich schnell etabliert..... 52
 Gut besuchter 13. Lüneburger Selbsthilfetag..... 53
 Schullandheime präsentieren sich auf Bildungsmesse.. 54
 Rudi Becker in den Ruhestand verabschiedet 55
 Musik-in-Liner auf großer Fahrt..... 55
 Werkstatt-Treff Mecklenheide ist umgezogen 57
 DLRG begrüßt Rettungsschwimmer aus Südafrika .. 59
 280 Teilnehmer bei inklusivem Fußballturnier 60
 Medaillenregen bei den Special Olympics 62
 Taubblinde Menschen besuchen Top-Restaurant..... 63
 Gauck feiert mit Ehrenamtlichen das Bürgerfest 64
 SPD-Landtagsfraktion zu Besuch..... 65
 Wohlfahrtslotterie: Jetzt Rubbellose sichern!..... 66
 Ehrenvorsitzender Wolfgang Neubelt wird 85 67
 Ehrung für Marian Goiny68
 Ehrungen 68
 Der Paritätische Stellenmarkt 69

Service

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen ...72
 Fachbereiche des Paritätischen 73
 Arbeitskreise des Paritätischen..... 74
 Mitglieder des Verbandsrats 75
 Verbandsadressen 76

I. Gegen die Etikettierung als „Randgruppen“: Politik für alle Menschen in der Gesellschaft

Verschiebung der Altersverteilung

Der Verein wohnkonzept 12 e.V. entstand aus einer Interessengruppe zum gemeinschaftlichen Wohnen. Er baut seit einigen Jahren vertraute und vertrauenswürdige Netzwerke im Wohnquartier auf und entwickelt diese weiter. Peter Bertram-Lilje, Vorstand von wohnkonzept 12 e.V., fasst zusammen, welche Veränderungen der demografische Wandel mit sich bringt – und welche Folgen sich gerade für Ältere daraus ergeben.

Die demografische Entwicklung und daraus resultierende sowie weitere Veränderungen in unserer Gesellschaft beschäftigen uns alle – und besonders den Fachbereich Altenselbsthilfe – in zunehmendem Maße. Es sei hier nur auf einige Beispiele hingewiesen:

- kleinere Familien, die auch oft weit auseinander wohnen
- zunehmende Berufstätigkeit der Frauen, auf deren Schultern die Pflege Familienangehöriger bisher überwiegend lastete
- beides bedeutet: verringertes Hilfef Potenzial in den Familien
- instabiler werdende Nachbarschaften durch zunehmende Mobilität im Berufsleben
- Strukturprobleme im ländlichen Raum (leerlaufende Landstriche)
- Verdrängungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt im städtischen Raum durch teilweise starke Mietsteigerungen
- tendenziell geringere Rentenhöhen

Es wäre ja die Aufgabe der Politik, mehr für die Gestaltung förderlicher Lebensverhältnisse für älter werdende und hochbetagte Menschen zu tun. Hier müssen wir sowohl verstärkt Einfluss auf die Politik und die Gesellschaft nehmen als auch uns selbst organisieren und unser Leben im Alter selbstbestimmt planen und gestalten soweit uns das möglich ist. Als Einzelner vermag man vielleicht wenig ausrichten, aber über Organisationen wie dem Paritätischen und andere kann man auf die Politik einwirken.

Und im engeren privaten Umfeld sollten wir rechtzeitig aktiv werden und überlegen, wie wir im Alter leben möchten und können. Eine Möglichkeit ist, sich mit anderen Betroffenen im Umfeld auszutauschen und Kontakte auf-

zubauen. Man braucht – besonders im höheren Alter – eine vertraute Umgebung und vertraute Menschen um sich. Hilfreich wären hier mehr Angebote zur Hilfe zur Selbsthilfe, wie Info- und Beratungsstellen. Hier könnten wir Älteren unsere Berufs- und Lebenserfahrung einbringen. Hilfreich wäre es, wenn das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement durch die Politik wesentlich stärker anerkannt und gefördert werden würde.

Es müssen auch Alternativen zu den überkommenen Wohn- und Pflegeformen entwickelt werden, die allen Menschen ein ihrem Alter gerechtes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Die Unterbringung in großen stationären Einrichtungen ist von vielen Älteren oftmals weder gewünscht



Bei den Mitgliedern des Vereins wohnkonzept 12 e.V. stehen regelmäßige Treffen auf dem Programm, bei denen Wissen geteilt und ausgetauscht wird.

noch finanzierbar. Auch die neuen „alternativen“ Wohnprojekte sind und werden für viele von uns nicht finanzierbar sein. Wir müssen also eine Antwort darauf finden, wie wir auf die Veränderungen in der Gesellschaft reagieren. Die Probleme, die auf uns

zukommen, und die wir teilweise jetzt schon haben, werden in jedem Fall zu weiteren Veränderungen führen.

Hier sind wir alle gefragt. Jeder kann/sollte sich nach seinen individuellen Fähigkeiten und Mög-

lichkeiten und der jeweiligen Situation vor Ort und darüber hinaus einbringen.

*Peter Bertram-Lilje
wohnkonzept 12 e. V.*

Menschen mit Migrationshintergrund

Suna Wölk ist Vorsitzende von BABEL e. V., einer Psychologischen Beratungsstelle für Migranten türkischer Herkunft in Hannover. Im PARITÄT REPORT erklärt sie, warum die Arbeit von Migrantenselbstorganisationen so wichtig für die Gesellschaft ist – und immer noch viel zu wenig öffentliche Unterstützung erfährt.

Im Jahr 2011 wurde vom Sozialministerium in Niedersachsen der Integrationsbeirat unter Mitbeteiligung von Migrantenselbstorganisationen (MSOs) ins Leben gerufen mit der Aufgabe „zu beraten, Impulse zu geben und die Integrationspolitik in Niedersachsen mit zu gestalten“, wie es auf der offiziellen Seite des Ministeriums heißt. Arbeitsgruppen wurden gebildet in der Hoffnung, integrationspolitische Akzente zu setzen. Es ist den meisten MSOs jedoch nicht entgangen, dass zuvor die Stelle der Integrationsbeauftragten nicht mehr neu besetzt wurde. Für viele MSOs in Niedersachsen wurde damit ein klares negatives Signal für die Zukunft gesetzt.

Integration bedeutet Partizipation, Teilhabe – wenn mit dem Schlagwort nicht nur Assimilation gemeint sein soll – und Teilhabe ohne maßgebliches Mitentscheiden wird

von vielen MSOs als Augenwischerei betrachtet. Dabei zeigen MSOs oft ein größeres Engagement in ihrer Arbeit, weil Migration ein Phänomen von existenzieller Bedeutung für sie ist. Oft muss ihnen dabei die Anerkennung genügen, die sie seitens der Migranten erfahren. Ihre Arbeit wird in der Gesellschaft eher als ein Randphänomen betrachtet – und das, obwohl etwa 17% der niedersächsischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben. So kommt es, dass sich bei den MSOs die Hilfe Suchenden „stauen“, während andernorts Projekte ins Leben gerufen werden, die händeringend nach Hilfe Suchenden suchen.

Da MSOs allzu häufig ehrenamtlich arbeiten müssen und zudem von der Mehrheitsgesellschaft gern – unentgeltlich – als Brücke zu Migranten in Anspruch genommen werden, besitzen sie oft nicht die Kapazität, um ihre vielfältigen Aktivitäten zu dokumentieren, so dass diese in einer „papierfixierten“ Gesellschaft kaum wahrgenommen werden.

Die MSOs in Niedersachsen bieten Sozialberatung und kultursensible Familienberatung an; ihre Frauen-, Eltern- und Seniorengruppen sind gut besucht, Theater- und Musik-

gruppen, Kreativkurse, Lesungen, Vorträge, Sportangebote, Kultur- und Berufsvorbereitungs- und Deutschkurse, Übersetzer-tätigkeiten und niedrigschwellige Informationsveranstaltungen mit unterschiedlichsten Themen finden weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerkt statt. Wenn Menschen aus derselben ethnischen community in den MSOs zusammenkommen, tauschen sie Informationen aus, helfen sich gegenseitig und suchen unbürokratisch und kreativ nach Lösungen für Probleme, die mit den tatsächlichen Lebenswelten von Migranten zu tun haben. Viele Probleme werden auf der Straße oder im Café gelöst: Wenn eine Fachkraft, die in der ethnischen community bekannt ist wie ein „bunter Hund“, auf der Straße um Hilfe gebeten wird, hilft sie meist zwischen Tür und Angel.

Die Angebote von MSOs passen oft nicht in die Richtlinien von Ministerien für Projektförderung und erfahren allzu häufig weder Anerkennung noch finanzielle Förderung. Aber viele Migranten vertrauen eher ihren MSOs und deren Kenntnissen als den Regelversorgungssystemen. Die psychologische Beratungsstelle BABEL e. V. in Hannover beispielsweise, die

von Migranten für türkische Migranten vor sieben Jahren gegründet wurde, steht nicht im Telefonbuch, weil sie, bedingt durch die positive Mundpropaganda in der türkischen community, die starke Nachfrage nach psychologischer Beratung nicht bewältigen kann.

Mit Engagement und unter widrigen finanziellen Bedingungen versuchen MSOs in Niedersachsen, ihre Klientel kultursensibel und respektvoll zu unterstützen und deren Interessen zu vertreten. Ehrenamtliche Arbeit oder prekäre und gering bezahlte Arbeitsplätze sind bei ihnen die Regel. Daher ist

es an der Zeit, sie besser zu unterstützen. Dazu gehört auch und vor allem eine strukturelle Förderung, um die Arbeit auf ein finanzielles Fundament zu stellen und Professionalität zu gewährleisten.

Suna Wölk
 BABEL e. V.

Straffälligen – und Bewährungshilfe

Es ist die tägliche Arbeit der freien Träger der Straffälligenhilfe, Haftentlassene auf ihrem Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft zu unterstützen. Reinhard Bellgardt von der Niedersächsischen Gesellschaft für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe e. V. weiß, warum das Land Niedersachsen diese Arbeit besser unterstützen muss, und welche Probleme Haftentlassene beispielsweise bei der Wohnungssuche haben.

Die freie, also nicht staatliche Straffälligenhilfe ist in Niedersachsen mit 14 Anlaufstellen unter der Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände wie dem Paritätischen und in gemeinnützigen Vereinen organisiert. Die freien Träger zeichnen sich durch die Schaffung notwendiger, präventiver und nachhaltiger Angebote aus. Sie nutzen Finanzierungsmöglichkeiten durch Spenden, Geldbußen der Gerichte sowie durch Zuschüsse des Landes, der Landkreise und kreisfreien Städte. Projekte werden, wenn möglich, auch durch Förderprogramme des Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützt. Eine gesi-

cherte Finanzierung ist dieses Modell jedoch nicht: Die Geldbußen, die die Gerichte verhängen, können auf Grund der finanziellen Voraussetzungen der Verurteilten nicht immer oder nur unvollständig gezahlt werden, Zuschüsse können gekürzt werden, in einigen Landkreisen linear bei allen Zuschüssen. Diese „Mischfinanzierung“ führt einzelne Vereine in eine ständige Finanzierungsunsicherheit, die die Arbeit in der freien Straffälligenhilfe behindert und die Einstellung mancher Angebote notwendig macht.

Nicht nur die unter dem paritätischen Dach organisierten Träger der freien Straffälligenhilfe stellen fest, dass diesem unsicheren Umstand gegenüber ein steigender Beratungsbedarf aufgrund akuter Problemlagen besteht, beispielsweise für Strafgefangene mit Migrationshintergrund oder auch spezielle Gesprächsgruppen für Minderheiten wie HIV-Infizierte und alkoholabhängige Strafgefangene. Dieser steigende Beratungsbedarf verlangt mehr personelle Kräfte.

Raus aus dem Vollzug – das Leben geht draußen weiter.

Ein Beispiel der Beratungsarbeit ist die Hilfe bei der „Wohnungsfrage“, die sich so mancher Strafgefangener kurz vor der Entlassung stellt: „Wo schlafe ich, kann ich erst einmal zu meinem Kumpel!?! Lieber nicht, dann fängt alles von vorne an, ich brauche doch nur das Notwendigste in der Bude...“ Die freie Straffälligenhilfe ist hier Ansprechpartner und hilft, eine entsprechende Wohnung zu finden. Zunächst bieten Übergangswohnheime eine Zwischenlösung, doch nur für einen vereinbarten Zeitraum, in dessen Rahmen die Wohnungssuche erfolgreich gewesen sein muss. Das bedeutet, dass sich der Klient mit den „angemessenen Kosten“ (bei Hartz IV) einer Wohnung auseinandersetzen muss: Meist sind bei den Objekten die Nebenkosten zu hoch, die Wohnung ist zu groß oder die Kaltmiete liegt über Richtlinie des Wohngeldgesetzes. Vor allem Personen über 25 Jahren haben Schwierigkeiten, entsprechenden Wohnraum zu finden.

Die Suche stellt sich so für manche Klienten als eine große persönliche Herausforderung dar. Fragen wie: „Wo hast du vorher gewohnt?“, taktisch zu begegnen und dabei den Mut nicht zu verlieren benötigt Durchhaltevermögen. Das ist auch oft eine kritische Phase, in der sich entscheidet, ob der Klient in alte Muster zurückfällt und wieder straffällig wird, oder es schafft, sein neues soziales Umfeld aufzubauen. Die meisten Rückfälle ereignen sich innerhalb der

ersten sechs Monate nach der Haftentlassung.

Es gibt immer weniger Sozialwohnungen, in denen sich unser Klientel mit einem B-Schein bewerben kann. Bei der Wohnungssuche spielen Eintragungen bei der Schufa und Mietschulden oft auch eine Rolle, wenn unter 20 Bewerbern unser Klientel abgelehnt wird. In den bestehenden Netzwerken der Anlaufstellen und Vereinen mit potenziellen Vermietern und Wohnungsbau-

gesellschaften werden solche Probleme, auf den Einzelfall bezogen, besprochen.

*Reinhard Bellgardt von Engeln
Niedersächsische Gesellschaft
für Straffälligenbetreuung und
Bewährungshilfe e. V.*

II. Politik für junge Menschen

Krippen und Kindertagesstätten

Nach dem niedersächsischen Kita-gesetz reichen in einer Krippengruppe mit 15 Kindern unter drei Jahren zwei ausgebildete ErzieherInnen zur Betreuung, Erziehung und Bildung aus. Wer sich diese Situation einmal etwas genauer vor Augen hält, dem wird klar, dass das nicht klappen kann. Je jünger die Kinder, desto wichtiger ist die emotionale Beziehung und Bindung, und die braucht Zeit und ungeteilte Aufmerksamkeit. Genau das ist bei einem Betreuungsschlüssel von 7,5 : 2 nicht möglich. Das Team der Kindertagesstätte Vorbrück in Walsrode hat unter Federführung von Erzieherin und Kleinstkindpädagogin Birgit Berkenheide den „inneren Dialog“ einer Erzieherin in dieser Situation zu Papier gebracht.

Frau Schmitt und Frau Berger sind Erzieherinnen mit Zusatzausbildung zur Fachkraft für Kleinstkindpädagogik in einer Krippen-

gruppe mit 15 Kleinstkindern. Die Gruppe besteht aus sechs einjährigen und neun zweijährigen Kindern. Drei Kinder können nicht laufen. Zwölf Kinder können sich sprachlich nicht oder nur sehr eingeschränkt verständigen. 13 Kinder werden gewickelt, zwei Kinder gehen auf die Toilette und brauchen dabei Begleitung. Vier Kinder brauchen beim Essen Unterstützung, die Anderen können weitgehend selbstständig essen. Die Gruppe hat gerade gemeinsam gefrühstückt und ist wieder im Gruppenraum. Jetzt ist Zeit für den Toilettengang bzw. eine frische Windel.

9.40 Uhr: Frau Schmitt verlässt mit drei Kindern die Gruppe um zu wickeln. Ihre Kollegin Frau Berger schaut sich mit zwei Kindern ein Buch an und bleibt mit einer Praktikantin und zwölf Kindern in der Gruppe zurück.

Frau Berger (in Gedanken): Die zwei Mädels wollen ein Spiel spielen. Unsere Praktikantin kann es ihnen bestimmt aus dem Regal holen. Ich schaue mir mit Lorenz ein Buch an und möchte nicht unterbrechen. Es ist gut, wenn ich die Beziehung zu ihm etwas stärken kann. Eigentlich ist er sehr zurückhaltend. Jetzt gerade kam er von sich aus mit dem Buch zu mir, diese Chance möchte ich nutzen, um ihm zu ermöglichen, Vertrauen aufzubauen. Wenn ich immer wieder unterbreche, fühlt er sich nicht wichtig und ernst genommen.

Yusuf hat Paul das Spielzeug weggenommen. Paul weint! Jetzt muss ich das Vorlesen wohl doch unterbrechen. Schade, aber Paul braucht jetzt Trost und Yusuf soll wissen, dass er den anderen Kindern nicht einfach etwas wegnehmen darf. Wer schreit denn da? Drei Kinder streiten sich um

den Trecker mit der Anhängerkupplung. Gerade in diesem Alter bräuchten die Kleinen bei solchen Auseinandersetzungen eine intensive, geduldige Begleitung. Sie müssen ja alle sozialen Spielregeln erst noch in kleinen Schritten lernen. Unsere Praktikantin sitzt daneben und nimmt es gar nicht wahr. Oh nein, jetzt wurde Aoife der Trecker auf den Kopf geschlagen. Die nächste mit Tränen. Jetzt muss Paul es wieder alleine schaffen. Es klappt, aber besonders glücklich sieht er nicht aus.



Schwupp – und schon hat sich das Kind bemalt und braucht eine Grundreinigung.

Die Großen sind heute aber ganz schön wild, noch wilder als sie eh schon sind. Hoffentlich ist meine Kollegin gleich mit dem Wickeln fertig. Obwohl wir schon immer nur zwei bis drei Kinder mitnehmen, ist es während dieser Zeit in der Gruppe kaum auszuhalten. Wie sollten wir es schaffen im-

mer nur mit einem Kind wickeln zu gehen? Wo bleibt denn bloß unsere Praktikantin? Aoife weint immer noch. Es ist ganz schön laut. Und noch einer mit Tränen. Unser Kleinster will zu seiner Mama. Zwei Kinder weinen, zwei

warten auf ihr Spiel, drei rennen wild durch den Gruppenraum, zwei streiten sich immer noch um den Trecker, zwei sitzen in der Ecke und spielen zufrieden – mit den Fotokarten, mit denen sie eigentlich gar nicht spielen sollen. Wie haben sie die denn in die Hände bekommen? Lorenz sitzt neben mir und sieht aus, als wenn er auch gleich anfängt zu weinen. Warum sitz ich hier eigentlich alleine? Wie soll ich das denn schaffen?

9.50 Uhr: Die Erzieherin Frau Schmitt kommt mit den drei Kindern zurück in die Gruppe, um die Nächsten zum Wickel bzw. Toilettengang zu holen.

Das ist Realität!

*Birgit Berkenheide
Kindertagesstätte Vorbrück*

Schulen in freier Trägerschaft

Die Förderung freier Schulen mit ihren besonderen Angeboten ist in Niedersachsen so schlecht wie in kaum einem anderen Bundesland. Hans-Peter Germann ist Geschäftsführer der Freien Martinsschule in Laatzen, einer Förderschule mit den Schwerpunkten Geistige Entwicklung und Lernen mit einem Schulzweig für Emotionale und Soziale Entwicklung. Es sind Schulen wie die Freie Martinsschule, die mit spezialisierten Konzepten arbeiten, die Regelschulen nicht bieten können und deswegen viele Kinder nicht erreichen. In den Freien Schulen werden diese Kinder gezielt unterrichtet und gefördert – doch die schlechte Förderung der

Schule an sich stellt die Einrichtungen immer wieder vor große Probleme, die auch Hans-Peter Germann kennt.

Die freien Schulen sind eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Es ist nicht nachvollziehbar, warum deren im Artikel 7 GG grundsätzlich abgesicherte Existenz durch eine kontinuierlich erfolgende finanzielle Benachteiligung von staatlicher Seite dennoch in Frage gestellt wird.

Immer mehr Eltern entscheiden sich für eine freie Schule und es ist damit zu rechnen, dass die

Schülerzahlen im Vergleich zu den staatlich geführten Schulen weiter steigen. Bundesweit besuchen zurzeit etwa 8% der Schüler eine freie Schule, im Bereich der OECD sind es fast doppelt so viele. Da kann es doch nicht sein, dass sich der Staat seiner Versorgungspflicht entzieht und seinen Haushalt faktisch auf dem Rücken freier Schulen saniert?

Mehrere ernst zu nehmende Studien und auch die Zahlen des statistischen Bundesamtes belegen dies. Die durchschnittlichen Schülerkosten an einer staatlich geführten Schule in Niedersachsen

liegen zwischen 2.000 Euro und 4.000 Euro höher als der als Finanzhilfe gezahlte Beitrag an die freien Schulen. Das können wir unmöglich ausgleichen. Was viele gar nicht wissen: Durch das sogenannte Sonderungsverbot ist die Höhe des von uns erhobene Schulgeldes rechtlich begrenzt. Das heißt, dass wir uns stets „selbst am Schopf aus dem Sumpf ziehen müssen“. Im Klartext bedeutet dies, die in un-

seren Schulen tätigen Menschen müssen im Grunde dauerhaft „am Limit“ und darüber hinaus arbeiten.

Hier saniert sich der Staat auf unserem Rücken. Dies gilt in besonderer Weise für die Förderschulen, die ja nicht nur unterrichten, sondern zugleich einen erhöhten Betreuungsaufwand zu bewältigen haben. Wann machen die Politiker und die Verantwortlichen in

den Ministerien wohl ihre Schularbeiten und sorgen für eine angemessene Finanzausstattung der freien Schulen, die sich an den tatsächlich notwendigen Ausgaben orientiert?

*Hans-Peter Germann
Freie Martinsschule Hannover e. V.*

Schullandheime

Damit die niedersächsischen Schullandheime ihren wichtigen Bildungsauftrag weiter erfüllen können, brauchen sie dringende Unterstützung für dringend benötigte Modernisierungen, weiß auch Melanie Brandt, betriebliche Hauswirtschaftsleiterin des Landheims Tellkampfschule in Springe.

So wie die meisten Schullandheime ist auch das Schullandheim (SLH) der hannoverschen Tellkampfschule ein Ort für soziale Begegnungen mit einem ganz eigenem Charme in landschaftlich reizvoller und zugleich ruhiger Lage. Sowohl Schulklassen, Studenten, Kindergärten, Kirchenfreizeiten, Musik- und Sportvereine als auch internationale Begegnungen (bei finden beispielsweise islamische Kulturtreffen oder auch Studenten- und Schüleraustauschtreffen statt) finden in Schullandheimen Raum und Zeit. Unser Wunsch ist es, diesen Gruppen einen ansprechenden, vielfältigen und gepflegten „Raum“, in Form von Haus und Gelände, zur Verfügung zu stellen.

Das SLH der Tellkampfschule wurde 1929 eröffnet, hat 70 Betten (belegt mit durchschnittlich zwei Schulklassen pro Woche) und ein 3,5 Hektar großes Außen Gelände. Im Laufe solch einer Zeitgeschichte sind immer wieder Veränderungen in Form von Renovierungen, Umbauten, Neuanschaffungen von Einrichtungsgegenständen und pädagogischen Materialien, Umsetzung von z.B. Brandschutzauflagen, energetische Maßnahmen etc. nötig. Für diese Veränderungen

die finanziellen Mittel zu finden, stellt uns immer wieder vor schwer zu lösende Situationen.

Trotzdem möchten wir mit unserem Tagessatz auch finanziell schwächeren Gästen die Tür offen halten. Dieser Tagessatz deckt die Energie-, Lebensmittel- und Personalkosten, nicht aber die Kosten für nötige Renovierungen (z.B. regelmäßiges Streichen der Räume), weitere Modernisierungen (z.B. Austausch der alten Metallbetten gegen Holzbetten)



Idyllisch gelegen: Das Landheim Tellkampfschule.

und Weiterentwicklung pädagogischer Projekte (z.B. Fühlpfad, Niedrigseilgarten). Diese umfangreichen „Baustellen“ würden wir gerne unterstützt sehen.

Wie die meisten Schullandheime arbeiten wir in einem kleinen Team vor Ort, das die meiste Zeit mit den alltäglichen Anforderungen, wie Verpflegung und Betreuung der Gäste, Reinigung, Pflege des Geländes und der Tiere, Wartung der Haustechnik

etc. gut ausgelastet ist. Der ehrenamtlich arbeitende Vorstand hat ebenfalls eine Vielzahl an Aufgaben, die meistens neben der hauptamtlichen Tätigkeit erfüllt werden. Bei uns arbeiten Vorstand und hauptamtliche Mitarbeiter eng zusammen. Ein regelmäßiger Austausch über das Geschehen vor Ort und die Arbeit des Vorstandes, ebenso über die Arbeit im Rahmen des Paritätischen Fachbereichs SLH und der Arbeitsgemeinschaften Niedersächsischer

SLH e.V. zahlt sich für alle aus. Und gerade durch diesen Austausch entstehen immer neue Ideen und Wünsche, um unseren Gästegruppen einen lange in Erinnerung bleibenden Aufenthalt zu ermöglichen, in dem sie die Gruppendynamik, ihre eigene Persönlichkeit, die Natur und Umwelt noch intensiver erleben.

*Melanie Brandt
Landheim Tellkampfschule
Hannover e. V.*

Hilfen zur Erziehung

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. fordert die Beschließung eines „Landesgesetzes zur Einrichtung einer Schiedsstelle für den ambulanten Bereich des SGB VIII“. Warum diese Schiedsstelle so dringend benötigt wird, erklärt Thomas Pieterrek, Geschäftsführer der Perspektive Gemeinnützige Gesellschaft für Kinder- und Jugendhilfe mbH, Dannenberg/Elbe.

Die Gesellschaftliche Entwicklung, die anhand von Veröffentlichungen wie beispielsweise dem „Armutsatlas“ des Paritätischen Gesamtverbands anschaulich dokumentiert ist, geht auch an Niedersachsen nicht spurlos vorbei. Das Niedersächsische Landesamt für Soziales, Jugend und Familie hat in seiner letzten statistischen Erhebung zum Stichtag 31.12.2010 festgestellt, dass die Zahl an stationären Einrichtungen in Niedersachsen stark gestiegen ist. Innerhalb dieser Erhebung wurde der außerordentliche Anstieg von ambulanten Hilfeleistungen (Elternberatung, Familienhilfe, Schulbegleitung, Clearing, Einzelbetreu-

ung,..) mit 108% angegeben. Davon betrug allein der Anstieg der Sozialpädagogischen Familienhilfe 6,3%. Dieser Trend hat sich in den Folgejahren eher verstärkt.

Für die Angebote der freien Träger in der ambulanten Jugendhilfe bedeutet dies eine enorme Arbeitsverdichtung, da in Zeiten knapper öffentlicher Kassen der Druck, die Maßnahmen innerhalb kürzerer Zeit mit weniger Zeiten in den Familien abzuarbeiten, wächst. War bei der Einrichtung der Sozialpädagogischen Familienhilfe im Kinder- und Jugendhilfe Gesetz noch von durchschnittlich 10 Betreuungsstunden wöchentlich auszugehen, liegt der Durchschnitt heute bei etwa 3-5 Wochenstunden. In der Praxis kann jedes örtliche Jugendamt, als zuständiger Kostenträger, die Standards der ambulanten Jugendhilfe an seine Gegebenheiten anpassen. Das heißt, die finanziellen Möglichkeiten können Art und Umfang der Hilfe beeinflussen.

Für den Träger dieser Leistungen bedeutet dies eine enorme Unsi-

cherheit in der Kalkulation von sozialen Dienstleistungen, die nach Fachleistungsstunden abgerechnet werden. Gibt es bei den stationären Einrichtung eine landesweite Aufsichtsbehörde, die die Einhaltung von Mindeststandards überprüft, so fehlt es im ambulanten Bereich gänzlich an einer landesweiten rechtlichen Grundlage. Die Einführung eines Rahmenvertrages analog zu stationären Einrichtungen könnte dieses Ungleichgewicht abmildern. Damit gäbe es auch eine Schiedsstelle, die im Streitfall strittige Fragen klären könnte und damit Sorge tragen könnte, eine weitere Zersplitterung der sozialen Landschaft in „reiche“ und „arme“ Kommunen in Niedersachsen zu vermeiden. Noch gilt der Grundsatz der gleichen Lebensbedingungen.

*Thomas Pieterrek
Perspektive Gemeinnützige
Gesellschaft für Kinder- und
Jugendhilfe mbH*

Unterstützung junger Menschen beim Einstieg ins Berufsleben

Vor allem benachteiligte Jugendliche haben oft Probleme, einen passenden Ausbildungsplatz zu finden. In Niedersachsen werden diese Jugendlichen von der Berufseinstiegsbegleitung (BEB) unterstützt – ein Modellprojekt, das zeitlich und räumlich begrenzt ist. Stephan Bömelburg, Berufseinstiegsbegleiter bei dem Northeimer Werk-statt-schule e. V., gibt eine kurze Innenansicht in den Alltag der Berufseinstiegsbegleitung (BEB) und erklärt, warum ein Fortbestand und Ausbau des Projekts so wichtig ist.

Ich arbeite als Berufseinstiegsbegleiter in einem Team von zwei Teilzeit-Angestellten an einer von bundesweit 1000 Schulen, die seit 2009 in den Genuss dieses Modellprojektes der Agentur für Arbeit gekommen sind. Unsere Hauptschule besuchen 120 Schüler, von denen weit über die Hälfte einen Migrationshintergrund mitbringen. Die ureigenste Aufgabe der BEB besteht darin, insbesondere benachteiligten Jugendlichen bei der Erreichung des Schulabschlusses und der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu unterstützen. Um den ganzen Facettenreichtum an Benachteiligungen, der die Lehrerschaft i.d.R. überfordert und für die sie nicht ausgebildet worden ist, möglichst anschaulich erlebbar zu machen, im Folgenden einige Beispiele aus dem Tagesbetrieb in der BEB.

Da wäre z.B. Jasmina, 16 Jahre alt, das älteste von sieben Kindern einer alleinerziehenden Mutter aus

dem Kosovo. Jasmina ist intelligent und selbstständig, aber aufgrund von familiären Verpflichtungen kann Sie ihr Potenzial in der Schule nur schwer entfalten und neigt zu unstrukturierten, teils chaotischen Handlungen. Sie hat eine Vielzahl von unentschuldigtem Fehltagen gesammelt und Bußgeldbescheide wegen Schulschwänderei drohten. Mehrere Hausbesuche, die Vermittlung von Nachhilfe sowie unzählige Gespräche mit Lehrern, Ausbildern und Behörden trugen u.a. dazu bei, dass sie ihren Hauptschulabschluss geschafft und die ersten Monate Erfahrung als Auszubildende gesammelt hat.

Rene kam zu uns als Schüler der 8. Klasse. Wie so viele seiner Kumpele ist er ohne aktiv anwesenden Vater aufgewachsen und völlig regellos in seinem Verhalten innerhalb und außerhalb der Schule. Er duzt jeden Lehrer, produziert regelmäßig Klassenkonferenzen, wird mindestens zwei mal pro Schulvormittag von dem Lehrer auf den Flur verwiesen und hat schon zwei mehrwöchige Suspendierungen hinter sich. Er hat mit der Begleitung der BEB ein gutes, freiwilliges Ferienpraktikum in einem KFZ-Betrieb und ein noch besseres Pflichtpraktikum in einem örtlichen Industriebetrieb abgeleistet. Diese positiven Erfahrungen stärken ihn und haben seine Bindung an das BEB Team gefestigt. Mittlerweile hat er den regulären Hauptschulabschluss geschafft und wir werden ihn weiter intensiv „nachsozialisieren“.

Ivan kam, wie die meisten Schüler, ebenfalls als Achtklässler zur BEB. Ein überdurchschnittlich guter Schüler, aber ein großer Schweiger, den einige seiner Mitschüler als Langweiler bezeichneten. Die unendliche Weite der russischen Heimat seiner Vorfahren spiegelte sich bei ihm in einer erstaunlichen Gelassen- und Sprachfaulheit. Zwei Jahre Beziehungsarbeit in der BEB mit einer mehrtägigen BEB-Klassenfahrt, ein interaktives Videoprojekt sowie gezieltes Kommunikations- und Telefontraining förderten ihn so weit, dass er zum 01.08.12 eine Ausbildungsstelle in dem Handwerksberuf seiner Wahl angetreten hat.

Seit dem 01.04.12 wurde die BEB bundesweit als Regelinstrument nach §49 Abs. 1 SGB III eingeführt. Hier an der Basis ist aber diese flächendeckende gesetzliche Vorgabe auch fünf Monate nach Inkrafttreten nicht umgesetzt worden. Im Gegenteil, nach dem jetzigen Stand läuft das Projekt degressiv mit immer weniger Stunden und ohne weitere Stellenzusage zum Ende Juli 2014 aus. So macht man aus „WinWin“ ein „Worst-Worst“. Und das, obwohl wir eine akzeptable Vermittlungsquote vorweisen und sowohl die Lehrerkollegien, die Agentur für Arbeit wie auch die Betriebe und deren Kammern von unserer Arbeit überzeugt sind. Wir haben in vier Jahren Verbindungen und z.T. persönliche Kontakte zu Betrieben und deren Inhabern aufgebaut, die uns zunehmend anrufen und nach potenziellen Azubis

fragen. Auch die Elternschaft und die drei Berufsschulen schätzen unser Tun. Wir hoffen aber dennoch, dass die Politik tätig und der Fortbestand von BEB gesi-

chert wird, vor allem im Sinne der zahlreichen Jugendlichen, die einen weiteren Beziehungsabbruch nur schmerzlich hinnehmen würden.

Alle Eigennamen im Text wurden zur Anonymisierung geändert.

*Stephan Bömelburg
Werk-statt-schule e. V.*

III. Politik für Familien

Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung ist auch Familienberatung

Frau Esther Böhlcke, als Pädagogin der Beratungsstelle Sallstraße – Gesellschaft für pädagogisch-psychologische Beratung e. V. kennen Sie die verschiedenen Beratungsformen. Was sind die Unterschiede zwischen Schwangerschafts- und Schwangerenkonfliktberatung auf der einen und Familienberatung auf der anderen Seite?

In der Schwangerenkonfliktberatung muss die Frau, die ungewollt schwanger geworden ist, in kürzester Zeit (der Abbruch ist nur bis zur zwölften Schwangerschaftswoche möglich) zu einer Entscheidung kommen, ob es ihr in ihrer Lebenssituation möglich ist, diese Schwangerschaft auszutragen. Wenn die Frau sich entscheidet, das Kind auszutragen, kann es sein, dass sie oder beide Eltern eine Schwangerenberatung in Anspruch nehmen, etwa bei Fragen des Zutrauens in die eigene Elternschaft. Diese Beratungen werden vom Land Niedersachsen gemäß §219 StGB zu 80% bezahlt. In einer Familientherapie werden die zwischenmenschlichen Konflikte, Bindungen und Verhaltensweisen einer „Mehrgenerationen-Lebensgemeinschaft“ Familie in den Mittelpunkt gestellt.

Man geht davon aus, dass es nicht nur einen „Störenfried“ (meist ein Kind, das auffälliges Verhalten zeigt) gibt, sondern dass das ganze soziale Umfeld einbezogen werden muss, weil die „Wurzel des Übels“ oft in den Stilen des Miteinanderumgehens in der Familie liegt. Die BeraterInnen und TherapeutInnen, die als FamilientherapeutInnen arbeiten, haben nach einer Grundausbildung eine mehrjährige Familientherapie- oder auch systemische Therapieausbildung absolviert. Familientherapie wird weder von den Krankenkassen noch von den öffentlichen Geldgebern bezahlt, ist in vielen Fällen aber als Behandlungsform sehr notwendig und wichtig.

Können Sie die Familientherapie anhand eines Beispiels aus der Praxis verdeutlichen?

Eine Mutter kommt in die Beratungsstelle, weil der siebenjährige Sohn der Familie in der Schule durch unkontrollierte Wutausbrüche aufgefallen ist. Nachfragen ergeben, dass es in der Familie noch zwei ältere Geschwister gibt, der Junge ist ein Nachzügler. Die Frau arbeitet seit kurzem

wieder stundenweise, der Vater ist beruflich sehr eingespannt und nur am Wochenende zuhause. In den Familiengesprächen zeigt sich, dass alle Familienmitglieder unter der jetzigen Situation mehr oder weniger leiden und sich damit – bis auf den Jungen, der lautstark in der Schule protestiert – eingerichtet haben. Nun werden in einem Prozess, der ein halbes Jahr und länger dauern kann, in der Familie neue Ideen des Umgangs, des Gesprächs etc. entwickelt und geübt. Beispielsweise wird der Vater mehr in die Familie integriert, die Hausarbeit auf die gesamte Familie verteilt, regelmäßig gemeinsam geredet und darauf hingearbeitet, dass das Paar sich wieder einander als Paar annähert.

Der Bedarf an Familienberatungen stellt besondere Anforderungen an die BeraterInnen – und steigt stetig an. Sind das die Tendenzen, die Sie in Ihrer täglichen Arbeit feststellen?

Tatsächlich ist der Bedarf an Familienbehandlungen in den vergangenen 20 Jahren sehr gestiegen. Auch die immense Zunahme an sogenannten Patchworkfamilien und anderen verschiedensten

Familien- und Erziehungsformen erfordert hier immer mehr fachliche Hilfe. Die zunehmende Komplexität unseres Lebens, Computer, Smartphones und andere virtuelle Medien, lassen Familien, Eltern und Kindern oft hilflos zurück. Das miteinander Reden, Spielen und Zeit verbringen geht verloren und muss oft neu gelernt werden, damit alle Familienmitglieder „gesund“ bleiben.

Warum muss das Land Niedersachsen an dieser Stelle dringend nachbessern?

Familien-, Eheberatung und -therapie muss bisher von den Familien selbst finanziert werden, da es keine Krankenkassenleistung ist. So wäre es vom Land Niedersachsen, gut, auch im Sinne der Prävention vor größeren Erkrankungen einzelner Familienmitglieder, Beratungsstellen, die sich diesem Thema widmen, finanziell zu unterstützen, damit gerade auch Menschen mit geringem Einkommen von dieser Beratung profitieren können. Glücklicherweise wagen doch inzwischen mehr Menschen den

Schritt in die Beratung. Gerade Lebensberatungsstellen bieten hier ein niederschwelliges Angebot. Der Zugang wird weder durch Schichtzugehörigkeit eingeschränkt, noch muss der Nachweis einer Berechtigung, wie beim „Amt“ erbracht werden. Zur Beratungsstelle kann kommen, wer Beratung sucht.

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

Schuldner- und Insolvenzberatung

Schulden? Insolvenz? Was in den Medien in erster Linie mit Drogeriemarktketten und „Pleitestaaten“ assoziiert wird, trifft auch immer mehr Bürgerinnen und Bürger – plötzlich und unvermittelt. Diplom-Sozialpädagoge Tim Sommer vom Verein IHV – Insolvenzhilfe e. V. Wilhelmshaven kennt die Schicksale aus der täglichen Arbeit und erklärt, warum die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen so wichtig und differenziert ist.

Die Unterschrift sollte nur eine Formalität sein. Der Bankberater hatte Petra K. mehrfach versichert, dass die Bürgschaft für den Kredit der Gaststätte ihres Mannes nur bewilligt werden würde, wenn sie unterschreibt. Es ginge ja um ihre gemeinsame Zukunft und sie bräuchte keine Angst zu haben. Die 20.000 Euro würde ja ihr Mann abbezahlen, dazu hatte er sich ja verpflichtet.

Ein halbes Jahr später sitzt Petra K. mit ihren zwei kleinen Kindern bei der Schuldnerberatung. In-

zwischen lebt sie von Arbeitslosengeld II. Ihr Mann hatte einen Unfall und musste die Gaststätte schließen. Genau hiervoor hatte Petra K. am meisten Angst. Habe ich versagt? Gehöre ich jetzt zu den Gescheiterten? So was kann mir doch nicht passieren!

Ohne die Einnahmen aus der Gaststätte brach der Finanzhaushalt der Familie schnell zusammen. Die Miete steht seit drei Monaten aus und auch die Krankenversicherung wurde nicht bezahlt. Der Ärger um die Schulden hat auch die Familie zerstört. Nun muss sich Petra K. allein durchschlagen. Ihr Mann hat sie verlassen. Aus der Formalität mit der Bürgschaft wurde eine deutliche Forderung. Da ihr Mann nicht zahlen kann, soll nun Petra K. für die 20.000 Euro gerade stehen. Steuerschulden, Mietschulden, selbst die Krankenkasse verweigert wegen Rückständen die dringend notwendige Zahnspange für das Kind.

Nach wenigen Minuten der Beratung ist das Eis gebrochen. Der Berater scheint seit langer Zeit der erste zu sein, der sich wirklich für Petra K.s Situation interessiert. Gemeinsam suchen sie nach Ursachen und Lösungen. Es werden Kontakte zu weiteren Beratungseinrichtungen hergestellt. Eine neue Wohnung muss gefunden werden. Die Familiensituation kommt auf den Prüfstand, und selbst die Krankenversicherung hat sich bereit erklärt, die Spange zu zahlen. Die Weichen für eine bessere Zukunft sind gestellt.

Dieses Beispiel aus der Praxis zeigt, wie wichtig die professionelle Beratung und Hilfe für verschuldete Menschen ist. Die Verhinderung von Wohnungslosigkeit, Energiesperren, Arbeitsplatzverlust oder der Erhalt einer Familie sind nur einige Aufgaben, die die Schuldnerberatung neben ihrer eigentlichen Aufgabe übernimmt. Viele Schuldnerberatungsstellen bieten diese

Leistungen an, auch wenn sie häufig nicht vom Staat bezahlt werden. Dabei macht die Schuldenregulierung nur dann Sinn, wenn der gesamte Haushalt stabilisiert ist. Dies erfordert viel Zeit, eingehende Gespräche und hoch qualifiziertes Personal. Denn jeder Schuldnerberater ist auch Jurist, Familienhelfer, Psychologe, Vermittler und eine Vertrauensperson. Jeder Fall ist anders gelagert und kann nicht nach „Schema F“ abgehandelt werden. Individuelle

Hilfen, täglich neue Herausforderungen und die Fähigkeit, sich in die Situation der Verschuldeten zu versetzen, gehören zum Handwerkszeug jeder Beratungsstelle, jedes Beraters.

In Zeiten, in denen der Staat dreistellige Milliardenbeträge aufbringt, um verschuldete Banken zu retten, müssen Schuldnerberatungsstellen täglich um ihr Geld kämpfen. Dabei erspart jeder in die Schuldnerberatung investierte

Euro fast drei Euro an staatlichen Hilfen ein. Jeder Schuldner ist ein „kleines Griechenland“. Wir dürfen niemand aus unserer Gemeinschaft entlassen, niemand alleine lassen. In Deutschland sind über 8 Millionen Menschen überschuldet und brauchen dringend qualifizierte Hilfe.

Tim Sommer

IHV – Insolvenzhilfe e. V.

Wilhelmshaven

IV. Politik für behinderte Menschen

Inklusion und Bildung von Anfang an

Um auf Grundlage der Behindertenrechtskonvention Kindern den jederzeitigen Besuch von Kindertagesstätten zu ermöglichen, brauchen Krippen und Kindergärten umgehend verbindliche inklusive Regelungen, erklärt Edith Ohlenbusch, Leiterin der Kita Sonneninsel in Ganderkesee-Bookholzberg, einer Einrichtung der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg e. V.

Dass Kinder mit Behinderungen bei uns in der Kita Sonneninsel spielen, singen, lachen und weinen ist normaler Alltag – allerdings bisher nur im Kindergarten. Seitdem wir auch Kinder mit Behinderungen in unserer integrativen Krippengruppe fördern, müssen wir uns mit ganz neuen Herausforderungen auseinandersetzen.

Wir haben am niedersächsischen Modellvorhaben zur gemeinsamen Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern unter 3 Jahren in

Kindertagesstätten teilgenommen. Unter den Bedingungen des Modellvorhabens waren drei Mitarbeiterinnen regelmäßig in der Gruppe tätig, darunter eine Heilpädagogin. Das war auch dringend notwendig, weil zwar eine erfahrene Erzieherin mit einer Zusatzqualifikation für die Arbeit mit Kindern im Krippenalter und eine engagierte Sozialassistentin in der Gruppe tätig sind, aber die besonderen diagnostischen- und Förderkompetenzen für Kinder mit Entwicklungsproblemen unbedingt erforderlich sind. Diese Personalausstattung war während des Modellvorhabens auch gegeben.

Unter den Bedingungen dieser Personalausstattung und dass unter den zwölf Kindern der Gruppe zwei Kinder mit Behinderung waren, war es immer wieder möglich, sich für längere Phasen des Betreuungstags einzelnen Kindern zu widmen. Das war schon deshalb nötig, weil insbesondere im vergan-

genen Jahr viele sehr junge Kinder in der Gruppe aufgenommen wurden (ab acht Monate). Es zeigte sich, dass Aussagen sich bestätigten, dass sehr junge Kinder noch keine Gruppenaktivitäten entfalten, sondern auf individuelle Beziehungen und Aktivitäten angewiesen sind. Das war ausnahmslos auch bei den Kindern mit Behinderung der Fall. Bei einem dieser Kinder (bei Aufnahme 18 Monate alt) war deutlich zu beobachten, dass es nach einer Bezugsperson suchte, nach Beziehung, Grenzen und strukturierten Anregungen. Das andere Kind (bei Aufnahme 28 Monate alt) wies umfassende allgemeine Entwicklungsrückstände auf.

Eine ganz neue Erfahrung war es, dass die Heilpädagogin regelmäßiges Teammitglied war. Über die regelmäßigen kindbezogenen Förderplanbesprechungen für die beiden Kinder mit Behinderung in der Gruppe und die regelmäßige

Fachberatung wurde die Aufmerksamkeit der beiden anderen Kolleginnen auch bei der Beobachtung der Entwicklung der anderen Kinder geschärft. Ermutigend für alle drei war die Erfahrung, dass sich ein heilpädagogische Klima in der ganzen Gruppe entwickelte das allen Kindern zu Gute kam.

Ergebnisse dieser Rahmenbedingungen und der daraus resultierenden Form der Zusammenarbeit der Fachkräfte und der Eltern waren u.a.:

- Die Kinder mit Behinderung sind sehr früh umfassend und kontinuierlich gefördert worden. Die Stabilisierung der Entwicklung wäre in einer ambulanten Form der heilpädagogischen Versorgung sicher so nicht möglich gewesen. Das hat nachhaltig positive Auswirkungen für die weitere Bildungs- und Betreuungsarbeit mit diesen Kindern. Allerdings wäre bei einem Kind eine zusätzliche heilpädagogische Unterstützung der Eltern im Umgang mit ihrem Kind sehr sinnvoll gewesen.

- Die Arbeit in der Gruppe gestaltet sich im Dreier-Team mit der Heilpädagogin als riesiger Gewinn für alle Kinder der Gruppe. Heilpädagogische Grundlagen und Verfahren finden immer stärker Einzug in die Beobachtung, Versorgung und Entwicklungsdokumentation aller Kinder.
- Die Beratung der Eltern hat mehr „Tiefgang“. Die Eltern melden zurück, dass sie sich sehr gut unterstützt fühlen.

Häufig stoßen wir an unsere Grenzen, weil wir einerseits Bezugs- und Bindungsperson, heilpädagogisch/therapeutisch tätig sein müssen, andererseits aber auch die Gruppensituation für zwölf Individuen organisieren müssen ohne das Ziel aus dem Auge zu verlieren, jedem Einzelnen gerecht zu werden. In diesem Umfeld muss zudem besonderer Wert drauf gelegt werden, dass die völlig unterschiedlichen Bedarfe und Bedürfnisse der beiden Kinder mit Behinderung intensiv berücksichtigt werden und dem Eingliederungshilfeanspruch gerecht werden.

Häufig ist es sehr mühsam, manchmal auch unmöglich, Verantwortlichen im Gesundheitsamt, im Sozialamt oder in der örtlichen Politik deutlich zu machen, welche Bedeutung es für Kinder hat, wenn sie möglichst früh ein strukturiertes, förderliches Umfeld erleben. Je jünger die Kinder sind, insbesondere Kinder mit Behinderungen, desto größer ist die Chance Entwicklungshemmnisse nachhaltig positiv beeinflussen zu können. Die Chancen, die im frühen Kindesalter verpasst werden, können häufig nicht wieder aufgeholt werden.

Gute Erziehung und Bildung für alle 12 Kinder in einer integrativen Krippengruppe sicherzustellen besteht eben nicht nur daraus, Betreuungstätigkeiten möglichst effektiv zu koordinieren.

*Edith Ohlenbusch
Kita Sonneninsel
Lebenshilfe Delmenhorst und
Landkreis Oldenburg e. V.*

Arbeit von Betreuungsvereinen

Welche Aufgaben übernehmen Betreuungsvereine? Und warum benötigen diese so viel Empathie und Fingerspitzengefühl? Norbert Nowag vom Freundeskreis Betreuungsverein e. V., Wunstorf, erläutert die wichtigen Aspekte dieser Arbeit.

Betreuungsvereine haben die Aufgabe, volljährige behinderte und/oder kranke Menschen zu vertreten und für diese rechtliche Erklärungen abzugeben, um möglichst Ihren Willen gegenüber Dritten

durchzusetzen. Die Vereine beschäftigen entsprechend qualifizierte Mitarbeiter – in der Regel Diplom-Sozialarbeiter/innen – um auf die Bedürfnisse der Ihnen anvertrauten Menschen einzugehen. Die Aufträge erteilen die Betreuungsgerichte, die eine Abteilung bei den Amtsgerichten sind. Wir betreuen Menschen vom 18. Lebensjahr bis ins hohe Alter.

In den meisten Fällen werden wir mit den Wirkungskreisen

Gesundheits- und Aufenthaltsbestimmungsrecht, Vermögenssorge, Vertretung in Rechts-, Antrags- und Behördenangelegenheiten betraut. Dabei kommen die vielfältigsten Aufgaben auf den Betreuer zu. Er muss mit Ärzten, Rechtsanwälten, Behördenvertretern, Krankenkassen, Gläubigern etc. verhandeln, Anträge stellen usw., um die Rechte der anvertrauten Menschen wahr zu nehmen.

Wichtig ist es vor allem, auf den einzelnen Menschen einzugehen und die persönlichen Lebensgeschichten, Vorlieben etc. zu berücksichtigen. Dazu gehört viel Fingerspitzengefühl. Es ist nicht immer möglich, die Interessen der einzelnen Personen mit den gesellschaftlichen Ansprüchen einvernehmlich in Übereinstimmung zu bringen. Es ist manchmal im Interesse des Betreuten leider notwendig, gegen seinen Willen Entscheidungen zu treffen – genauso wie mit viel Engagement und Empathie seine Interessen und Wünsche zu vertreten.

So müssen bei psychischen Störungen und dringender Behandlungsbedürftigkeit auch Zwangseinweisungen in entsprechende Kliniken vorgenommen werden, um den Betreuten eine medizinische Behandlung zukommen zu lassen. Oder ein Betreuer muss aufgrund von Krankheit und Be-

hinderung in eine Pflegeeinrichtung umziehen und die Wohnung geht somit verloren. Für solche Entscheidungen muss allerdings vorher die Einwilligung des Betreuungsgerichts eingeholt werden. In jedem Fall werden die besonderen Gegebenheiten wie z.B. Lebensumfeld, Verwandte, Freunde und besondere Wünsche oder Notwendigkeiten aufmerksam bei der Entscheidungsfindung beachtet.

Betreuungsvereine haben auch die Aufgabe, so genannte Querschnittsaufgaben wahrzunehmen. Damit ist die Werbung und Begleitung von ehrenamtlichen Betreuern gemeint. Darüber hinaus sollen die Vereine über Vorsorgevollmachten, Betreuungsvollmachten und Patientenverfügungen informieren. Dies geschieht in der Regel durch öffentliche Veranstaltungen, Presseveröffentlichungen, Vorträge in den verschiedensten

Einrichtungen und gezielte Ansprache von geeigneten Personen.

Es bleibt festzustellen, dass die Aufgabe von Vereinsbetreuern vielfältig und verantwortungsvoll ist. Das ganze Spektrum des Lebens spiegelt sich in dem Beruf des Betreuers wider. Um den hohen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es nicht nur viel Empathie und Engagement seitens der Betreuer, sondern auch einer auskömmlichen Finanzierung. In Niedersachsen sind die Vergütungssätze für Betreuungsvereine seit 2005 nicht mehr erhöht worden, was die wirtschaftlichen Probleme stetig vergrößert. Eine Erhöhung der Zuwendungen ist längst überfällig, um den steigenden Ansprüchen der Arbeit auf Dauer zur Zufriedenheit aller nachkommen zu können.

*Norbert Nowag
Freundeskreis Betreuungsverein e. V.*

V. Politik für Pflegebedürftige Menschen

Niedersächsisches Heimgesetz

Das neue Niedersächsische Heimgesetz stellt unter anderem ambulant betreute Wohngemeinschaften auf eine Stufe mit vollstationären Einrichtungen. Für die betroffenen alternativen Wohnformen bedeutet das, dass an sie Anforderungen gestellt werden, die sie teilweise gar nicht erfüllen können. So sind bestimmte bauliche Veränderungen in den ursprünglichen Wohnhäusern gar nicht realisierbar. Selbstbestimmte Pflege-WGs sind nun einmal

nicht in standardisierten Klinikgebäuden mit breiten Gängen und durchgehenden Handläufen untergebracht. Sie finden sich „mitten unter uns“, im umgebauten ehemaligen Bauernhof ebenso wie im verwinkelten Altstadthäuschen.

Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, dass Pflege-WGs manche Vorgaben gar nicht erfüllen könnten ohne dabei ihren speziellen Status als alternative Pflege-

form zu verlieren. Ein Beispiel: In einer selbst bestimmten Pflege-WG wärmt sich eine Bewohnerin abends den Rest ihrer mittags selbst zubereiteten Mahlzeit auf. Ein Vorgang, der sich so täglich zigfach in ganz „normalen“ familiären Haushalten abspielt, und so ein familiärer Haushalt will die Pflege-WG ihren Bewohner/-innen schließlich bieten. Doch im Sinne des Heimgesetzes verstößt dieses Aufwärmen gegen strenge Hygi-

enevorschriften – genauso wie etwa eine geöffnete Großpackung Salami im Kühlschrank. Eigentlich darf alles, ob Butter oder Marmelade, nur in hygienische einwandfrei verpackten Einmalpackungen gelagert werden – Reste jeglicher Art müssten entsorgt werden. Es steht völlig außer Frage, dass dies eine sinnvolle und wichtige Regel für große stationäre Betriebe ist – aber für eine alternative Pflege-WG mit sechs Bewohnern, die sich im wahrsten Sinne des Worte ihr eigenes Süppchen kochen und davon nicht nur einmal essen möchten?

Die Häuser, die sich mit Angebot und Philosophie bewusst von großen, ambulanten Pflegeheimen differenzieren wollen, würden durch die erzwungene Anpassung ihren speziellen Status verlieren. „Streng genommen wäre unser komplettes Konzept der Wohnküche als großer Gemeinschaftsraum so gar nicht möglich“, berichtet etwa Arnd Sensenschmidt vom Vorstandteam des Vereins für menschenwürdiges Leben im Alter e.V. (Vermelia) in Oldenburg, der zwei ambulant betreute Wohngemeinschaften für demenziell erkrankte Menschen

betreibt. Die niedersächsischen Initiatoren von Pflege-WGs hoffen nun auf positive Signale von den andauernden Gesprächen mit zuständigen Fachleuten und Politikern. „Wir hoffen, dass wir im Rahmen der Gespräche, die wir zur Zeit führen, Lösungen für unsere Pflegewohngemeinschaften und ähnliche Angebote schaffen können“, sagt Arnd Sensenschmidt.

Unterstützung von Angehörigen/Angehörigenarbeit

Rund vier Millionen pflegebedürftige ältere Menschen in Deutschland werden in ihrer häuslichen Umgebung überwiegend durch Angehörige betreut. Meist sind es die Ehepartner und/oder Kinder der Erkrankten, die sich liebevoll und engagiert kümmern. Eigene Bedürfnisse und Pflichten müssen da oft häufig hinten angestellt, im Alltag muss eben alles irgendwie „unter einen Hut“ gebracht werden: Die pflegenden Partner sind oft selbst alt oder auch in einem geringeren Maße pflegebedürftig; die Kinder haben eigene Familien, sind meist berufstätig. Trotzdem wird die Pflege des geliebten Partners oder Elternteils selbst-

verständlich geleistet, denn für den zu Pflegenden ist die familiäre Ansprache und häusliche Umgebung in den meisten Fällen die bevorzugte und erstrebenswerte Art der Betreuung. Für dieses jahrelange Engagement, das oft über die Belastungsgrenze hinausgeht, steht den Angehörigen ein hohes Maß gesellschaftlicher Anerkennung und Unterstützung zu.

Die Angehörigenarbeit geht mittlerweile zudem weit über einen Dienst aus Nächstenliebe hinaus. Ohne sie würde der ohnehin schon eklatant große Fachkräftemangel in einem kaum vorstellbaren Maße verstärkt werden. „Der Umfang der zeitlichen und finanziellen Unterstützung durch Familienangehörige kann schon jetzt nicht durch professionelle Dienste ersetzt werden und ist gesellschaftlich allein schon aufgrund der demografiebedingten wachsenden Zahlen der älteren Bürger unverzichtbar“, sagt Marianne Gohlmann vom Braunschweiger Verein Ambulante Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen (ambet) e.V. Die Angehörigenarbeit ist also ein wichtiger Baustein der Versorgung von Pflegebedürftigen geworden – und das in einer Zeit, in der die Zahl der zu Pflegenden steigt, während die Zahl der potenziell pflegenden Angehörigen abnimmt. Diese Gleichung lässt nur einen Schluss zu: „Die vorhandene Pflegebereitschaft und -fähigkeit der Familien muss deshalb dringend aufrecht erhalten und gestärkt werden.“

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.



Gemütlich: Ein nach persönlichen Vorstellungen und mit eigenen Erinnerungsstücken eingerichtetes Zimmer einer Bewohnerin einer selbst bestimmten Pflege-WG des Oldenburger Vereins Vermelia.

Positionspapier zur Landtagswahl überreicht

Vertreter aller Fraktionen diskutieren mit dem Paritätischen

Das Positionspapier des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. zur Landtagswahl 2013 hat am 18.09.2012 Eingang in die politische Diskussion gefunden – und zwar auf der Sitzung des Fachbereichs „Überregionale Mitgliedsorganisationen“, bei der es offiziell vorgestellt und an die sozialpolitische Spitze des Landes überreicht wurde. Mit Miriam Staudte (stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen), Heidemarie Mundlos, stellvertretende Fraktionsvorsitzende CDU), Uwe Schwarz (stellvertretender Fraktionsvorsitzender SPD) Kreszentia Flauger (Fraktionsvorsitzende Die Linke) und Roland Riese (Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, FDP-Fraktion) stellten sich Politikerinnen und Politiker aller fünf im Landtag vertretenen Parteien der Diskussion zum Thema „Sozialpolitik in Niedersachsen“.

Nach kurzen Eingangsstatements, in denen die Politiker/-innen einen allgemeinen groben Überblick über die ihnen wichtigen sozialpolitischen Aufgabenfelder der Zukunft gaben, stellte Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen und Moderator der Podiumsdiskussion, mit Kersten Röhr, Geschäftsführer der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behin-

derung Landesverband Niedersachsen e.V., und Martin Kupper, Geschäftsführer des Albert-Schweitzer-Familienwerks e.V., Vertreter paritätischer Mitgliedsorganisationen vor, die eine Auswahl an dringlichen Themen in die Diskussion einbrachten.

Kersten Röhr wies auf die bislang enttäuschende Entwicklung der inklusiven Krippen hin, denen es vor allem an heilpädagogischen Fachkräften mangelt. „Anstatt hier zum großen Wurf anzusetzen, kehren wir in die Steinzeit zurück“, kommentierte er eine im Umlauf befindliche Durchführungsverordnung, die weit hinter dem abgelaufenen Modellversuch zurück bleibt. Doch nicht nur im Krippenbereich, insgesamt werde das Thema Inklusion viel zu stiefmütterlich behandelt: „Wir fordern eine gemeinsame Kommission aus Fachleuten, Wissenschaftlern und Betroffenen, die den Niedersächsischen Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention endlich mit Leben füllt“, sagt Kersten Röhr. Der Aktionsplan habe nur Entwurfscharakter und soll weiter entwickelt werden, sagte Heidemarie Mundlos (CDU). Die Durchführungsverordnung sei ihr nicht bekannt, sie versprach aber, sich damit vertraut zu machen und den Differenzen zwischen Modellprojekt und Verordnung nachzugehen. Kres-

zentia Flauger (Die Linke) bemerkte, die UN-Behindertenrechtskonvention sei bereits viele Jahre alt, der Aktionsplan könnte also längst weiter entwickelt sein. Miriam Staudte (Bündnis 90/Die Grünen), bekräftigte die Forderung nach Inklusion in den Krippen. Sie wundere sich seit vier Jahren, warum noch kein entsprechendes Gesetz umgesetzt wurde.

Martin Kupper beschrieb den Bereich der Pflege, der sich durch Fachkräftemangel und wenig attraktive Ausbildungsbedingungen auszeichne. „Die Einführung einer Altenbildungsumlage ist das Mindeste, was wir fordern“, sagte er. Zustimmung erntete er unter anderem seitens der SPD: Einrichtungsträger, die ausbilden, dürften keine Wettbewerbsnachteile erfahren, sagte Uwe Schwarz.

Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, wies schließlich auf die Verödung des ländlichen Raums und die Forderung nach einer sozialen Daseinsvorsorge auch für diese Gebiete hin, damit niemand sich gezwungen sehen muss, seine Heimat zu verlassen. Roland Riese (FDP) erklärte, es sei im Interesse aller Parteien, dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen selbst entscheiden können, in welchen Gebieten in Niedersachsen sie leben möchten.

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.*



Vorstand Cornelia Rundt und Sebastian Böstel (von links) überreichen das Positionspapier des Paritätischen Niedersachsen an die Fraktionsmitglieder im Niedersächsischen Landtag Miriam Staudte (Bündnis 90/Die Grünen), Kreszentia Flauger (Die Linke), Ronald Riese (FDP), Heidemarie Mundlos (CDU) und Uwe Schwarz (SPD).

Die Wölfe im Schafspelz

Gut besuchter Fachtag zur Methodik der extremen Rechten in Niedersachsen

„Es ist ein trauriges Thema, aber leider immer noch aktuell“, mit diesen Worten hat Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., am 17.07.2012 den Fachtag „Rechtsextremismus und Soziale Arbeit“, eröffnet, zu dem der Landesverband und das Paritätische Jugendwerk (PJW) nach Hannover geladen hatten. Rund 70 Vertreter und Vertreterinnen von Schulen, Kindertagestätten, Vereinen, Verbänden und anderen Einrichtungen hatten sich im Kirchröder Stephansstift versammelt, um einen Tag lang von Experten zu erfahren, woran man den Einfluss rechten Gedankenguts heutzutage erkennt – denn die Zeichen, in denen sich Neonazis mit Glatze und Springerstiefel eindeutig zu erkennen geben und stumpf braune Parolen brüllen, sind vorbei. „Heutzutage präsentieren sie sich gerne als Kümmerer, umso wichtiger ist es, genau hinzuschauen und prä-

ventiv zu arbeiten“, sagte Sebastian Böstel. Bernd Göddertz, Vorstand des Paritätischen Jugendwerks, fügte hinzu: „Es sind Wölfe im Schafspelz, die sich Stilmittel vieler Jugendkulturen bedienen.“

Zum Einstieg erläuterte der Journalist und Autor Andreas Speit, der seit vielen Jahren zu dem Thema publiziert, die Methoden und Hintergründe der extremen Rechten in Niedersachsen. Es sei Teil ihrer Strategie, durch wiederkehrende, scheinbar harmlose Veranstaltungen wie Trauermärsche oder NPD-Werbetouren dauerhafte Präsenz zu zeigen und so mögliche Protestler langfristig zu ermüden. „Sie wollen so zeigen, dass sie dazu gehören, wollen als normal angesehen werden“, erklärte der Journalist. Natürlich gebe es ihn noch immer, den jungen, gewaltbereiten Neonazi. „Aber er ist nur ein Teil der Szene, wird trotzdem aber oft als ganze Szene

wahr genommen.“ Und genau da liegt die Gefahr des Unterschätzens der „anderen“ Neonazis – eben denen, die gemäßigter und unauffälliger auftreten.

Nicht nur die äußere Erscheinung, auch die Strategie und Themenwahl der extremen Rechten habe sich gewandelt, berichtete David Janzen, Jugendbildungsreferent beim Paritätischen Jugendwerk. „Die Propaganda ist bunt, modern und jugendlich“ sagte er und zeigte anhand einiger Beispiele Motive von Aufhängern, Plakaten und Aufklebern, deren extrem rechte Botschaft erst bei genauerem Hinsehen deutlich wurde. Vor allem Themen aus sozialen Bereichen würden den Rechten bevorzugt als „Türöffner“ in die Gesellschaft dienen. „Sie säubern Denkmäler, sammeln Müll, setzen sich für den Tierschutz ein und nehmen sich familienpolitischer und anderer sozialer Themen an“, zählte David Janzen auf. Durch ehrenamtliche Mitarbeit in Gremien würde sie, vor allem in ländlichen Gebieten, verstärkt Vereine unterwandern.

Doch was tun, wenn es zum Äußersten kommt, und sich der neue Schatzmeister oder Jugendtrainer als Mitglied der rechten Szene entpuppt? „Öffentlich positionieren und das Problem klar benennen“, empfahl Gerd Bücken vom Landespräventionsrat. Viele Vereine könnten vorsorgen, indem sie einen entsprechenden Passus, der Ausübung und Verweise auf die entsprechende Gesinnung verbietet und Ausschluss zur Folge hat, in



„Bunt, modern und jugendlich“: Jugendbildungsreferent David Janzen zeigt Aufkleber mit extrem rechten Botschaften.

ihre Haus- und Nutzungsordnung aufnehmen und sich später darauf berufen.

Nach einer Mittagspause stiegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in vier Workshops (Schule, Elementarerziehung, Kinder- und Jugendhilfe sowie Jugendbildungsarbeit) noch aktiver in das Thema ein. Hier drehten sich viele Diskussionen da-

rum, wie man konkret darauf reagiert, wenn z.B. eine Schülerin oder ein Besucher eines Jugendzentrums rechte Einstellungen zeigt. Die Teilnehmer waren sich einig, dass weitere Fortbildungen zum Thema, aber auch die Einrichtung von Netzwerken notwendig sind, um regelmäßig Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Strategien zu entwickeln, um den Versuchen

der extremen Rechten in der Mitte der Gesellschaft und im sozialen Bereich Fuß zu fassen, wirkungsvoll entgegenzutreten.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

Der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

Über die Bedeutung aktiver Lebenslaufpolitik

Im Rahmen einer Fachveranstaltung des Fachbereiches Frauen und Familien im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. am 06. Juni 2012 im Niedersächsischen Landtag in Hannover referierte Prof. Dr. Cornelia Helfferich, Dozentin an der Evangelischen Hochschule Freiburg und Mitglied der Sachverständigenkommission, zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Im Rahmen ihres Vortrags „Die wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen in Deutschland“ auf der Grundlage des Ersten Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung stellte die Referentin den zahlreichen Vertreterinnen von Mitgliedsorganisationen und Gästen, auch aus den Niedersächsischen Landtagsfraktionen und dem Bundestag, die interessanten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen aus dem Bericht vor und zeigte die Bedeutung einer aktiven Lebenslaufpolitik auf. Der Erste Gleichstellungsbericht für Deutschland stellt aufgrund der Fülle aufschlussreicher Informationen, bedeutsamer Erkenntnisse und wichtiger Handlungsoptionen ein wichtiges Werk dar, das auch die angemessene poli-

tische Beachtung erhalten sollte, weshalb wir hier eine Kurzfassung des Vortrags wiedergeben.

Bei der Gleichstellung von Frauen und Männern ist – trotz der gravierenden Veränderungen in den letzten 50 Jahren – noch viel zu tun. Aktuell ist die Gleichstellung nur unzureichend und inkonsistent umgesetzt und die in den nächsten Dekaden zu erwartenden gesellschaftlichen Entwicklungen können nur bewältigt werden, wenn Gleichstellung konsequenter umgesetzt wird. Gleichstellungspolitik ist somit nicht nur überfällig als eine Verpflichtung aufgrund eines Bekenntnisses zu Menschenrechten und Gerechtigkeitsprinzipien, sondern auch unumgänglich als eine zukunftsgerichtete Innovationspolitik.

Eine solche Begründung der Gleichstellungspolitik zusammen mit entsprechenden Handlungsempfehlungen liefert der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Die Bundesregierung hatte 2008 eine Kommissi-

on von Sachverständigen aus den Bereichen der Politik- und Wirtschaftswissenschaften, Recht, Soziologie und Geschichte unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg Essen) eingesetzt. Sie sollte in einem Gutachten, so der Auftrag, problemorientiert den relevanten Forschungsstand zu ausgewählten Aspekten der Gleichstellung aufarbeiten, wesentliche Veränderungsimpulse in Zukunftsfeldern der Gleichstellungspolitik begründen und Handlungsziele und Handlungsempfehlungen formulieren. Im Juni 2011 wurde das Gutachten zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung als Bundestagsdrucksache verabschiedet.

Der Bericht fokussiert vor allem Bildung und Erwerbstätigkeit in ihrer Entwicklung im Lebenslauf von Frauen und Männern und nimmt dabei sowohl hoch qualifizierte Fachkräfte als auch marginal in den Arbeitsmarkt Integrierte in den Blick. Die Kommissionsarbeit hatte zwei Ausgangspunkte: Erstens die Lebenslaufperspektive, die auf



Prof. Dr. Cornelia Helfferich.

die Gestaltung von Lebensphasen und die Entscheidungen und Weichenstellungen an biografischen Übergängen mit ihren Folgen für den weiteren Lebensverlauf gerichtet ist, und zweitens die Vorstellung von Verwirklichungschancen im Sinne nicht nur formal gegebener, sondern tatsächlich realisierbarer Chancen und Wahlmöglichkeiten, um das Leben zu führen, für das man sich „aus guten Gründen entschieden hat“. Problematisch sind unter dieser Fokussierung „Abwärtsspiralen“ und Weichenstellungen, die „Narben“ im Sinn von dauerhaften Einschränkungen von Chancen nach sich ziehen.

Der Bericht stellt einen grundlegenden Mangel an Konsistenz politischer Gestaltung von Lebensabschnitten fest, der dazu führt, dass ganz unterschiedliche Lebensmodelle gefördert werden und dass vor allem in einer Lebensphase gewährte, kurzfristige Vorteile in einer folgenden Phase in einen Nachteil umschlagen oder eine Unterstützungslücke erzeugen. So wird z.B. die Bildung von Frauen

gefördert, aber gleichzeitig eine geringfügige Beschäftigung von Müttern unterstützt.

Unter diesen Rahmenbedingungen haben Frauen zunächst im Bildungsbereich bessere Chancen eines guten Abschlusses an schulischen Institutionen. Im weiteren Verlauf lässt sich aber eine zunehmend problematische Aufteilung feststellen, dass Erwerbsunterbrechungen erstens mit eingeschränkten Chancen und mit dauerhaften „Narbeneffekten“ einhergehen, etwa mit eingeschränkter Berufswahl, erschwertem Berufseinstieg, verminderten Aufstiegschancen, irreversibler Reduzierung des Arbeitsumfangs, niedrigerer Entlohnung und später im Alter mit einer unzureichenden eigenen Rente. Sie kommen zweitens in systematischer Weise bei Frauen und (fast) nur Frauen vor, direkt oder indirekt verbunden damit, dass Frauen eine andere Form der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, nämlich unbezahlte Hausarbeit, Kindererziehung, Pflegeleistungen, gemeinnützige und ehrenamtliche

Tätigkeiten, übernehmen und entsprechende Anreize für verheiratete Frauen eine nur geringfügige Beschäftigung kurzfristig vorteilhaft erscheinen lassen.

Der Bericht liefert eine Fülle von Empfehlungen für eine Gleichstellungspolitik als Lebenslaufpolitik an unterschiedliche Adressen und mit unterschiedlichem Detaillierungsgrad. Insgesamt setzen sie an zwei Punkten an: zum einen daran, dass verschiedene Formen von Arbeit – z.B. Erwerbsarbeit, „Sorge-Arbeit“ und Bildung – von Frauen und Männern miteinander vereinbart werden können (Sicherung der Kontinuität), zum anderen an einem anderen Umgang mit Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit. Sie sollen keine Nachteile für den weiteren Lebenslauf mit sich bringen und Rückkehrmöglichkeiten sollen flexible Wechsel erleichtern (Absicherung von Diskontinuität). Vereinbarkeitslösungen betreffen auch die Verbindung von Angehörigenpflege und Beruf. Neben betrieblichen Maßnahmen sollen haushaltsnahe Dienstleistungen ausgebaut und im lokalen Umfeld aufeinander abgestimmt werden. Im Einzelnen werden z.B. speziell zugeschnittene Bildungsprogramme zur Sicherung der gleichen Chancen von Abschlüssen in jedem Lebensalter empfohlen sowie eine systematische Verankerung einer „zweiten Bildungschance“, die auch die Weiterbildung im Erwachsenenalter einbezieht. Im Erwerbsbereich sollen unter anderem Anreize für eine längerfristige geringfügige Beschäftigung beseitigt werden, Entgeltgleichheit durchgesetzt und Aufstiegschancen – in Führungspositionen über eine Quote – ge-

sichert werden. Darüber hinaus werden Empfehlungen für die Bereiche der Angehörigenpflege und des Ehrenamtes formuliert und auf das kommende Problem der Altersarmut insbesondere von Frauen hingewiesen.

Als Fazit wird formuliert (Kurzbericht 2011, S. 18): „Notwendig ist eine konsistente Gleichstellungspolitik, die von einem Leitbild gleicher Verwirklichungschancen von Frauen und Männern im Bildungs- und Beschäftigungssystem ausgeht, aber auch Raum für gesellschaftlich notwendige unbezahlte Sorgearbeit, Bildungsphasen und Eigen-

zeit lässt, Wahlmöglichkeiten für unterschiedliche Präferenzen und in unterschiedlichen Lebensphasen bietet und gleichzeitig sicherstellt, dass Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit für gesellschaftlich anerkannte Tätigkeiten wie z.B. Sorgearbeit langfristig nicht zu Nachteilen führen.“ Dieses Modell eines flexiblen Lebenslaufs von Frauen ebenso wie von Männern entspricht im Übrigen auch den Strategien, die von der EU für eine Europäische Beschäftigungspolitik entwickelt wurden und die z.B. ein „lebenslanges Lernen“ propagieren. Das Modell eines flexibleren Lebenslaufs für beide Geschlech-

ter ist nicht nur gleichstellungspolitisch angesagt, sondern auch eine angemessene und innovative Antwort auf die Frage der Beschäftigungssicherung in einer sich wandelnden Gesellschaft.

Der Bericht ist in Langfassung (<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=174358.html>) und in der Kurzfassung (<http://www.gleichstellung-bayern.de/Informationen/Literatur/1Gleichstellungsbericht.aspx>) im Internet zugänglich.

*Prof. Dr. Cornelia Helfferich
Dozentin an der Evangelischen
Hochschule Freiburg*

Eine vergessene Altersklasse

Wie die Kommunen die Teilhabe und Entwicklung junger Erwachsener verhindern

Das Problem

Benachteiligte und entwicklungsgehemmte Kinder und Jugendliche gibt es in unserer Gesellschaft viele. Ihnen wird versucht mit verschiedensten Angeboten im Rahmen von Schule, Jugendzentren, Beratungen und anderen Angeboten der Jugendhilfe zu entsprechen. Doch was passiert, wenn sie volljährig werden? Viele, die vor ihrem 18. Geburtstag bereits von Angeboten der Jugendhilfe, wie z.B. stationäre Wohngruppen, profitiert haben, haben Glück. Normalerweise werden sie in angemessenen Schritten in die Welt der Erwachsenen und damit in die Selbstständigkeit begleitet. Es gibt allerdings immer mehr Jugendämter, die der Ansicht sind, dass mit dem Tag des 18. Geburtstages

kein Hilfebedarf mehr besteht oder gerechtfertigt ist.

Besonders hart trifft es junge Erwachsene in schwierigen Situationen, die vor ihrem 18. Lebensjahr noch keine Jugendhilfe in Anspruch genommen haben, oder sie nicht annehmen wollten. In der Regel werden sie komplett an den Sozialhilfeträger verwiesen und erhalten dort nur noch Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Argumentationen der ablehnenden Jugendämter sind ähnlich: Die jungen Erwachsenen kommen ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, oder es heißt, das Jugendamt sei auf Grund der Volljährigkeit nicht zuständig. Hierzu in Kürze zwei anonymisierte Beispiele:

a) Max hat sich in der Vergangenheit allen Hilfeangeboten entzogen. Ein regelmäßiger Schulbesuch war nicht seine Stärke und der Reiz nach verbotenen Dingen war überwältigend. So kam es, dass er nach mehreren Straftaten und Verurteilungen zuletzt zwei Jahre im Jugendarrest verbracht hat. Während der Haft hat bei ihm allerdings ein deutlicher Reifungsprozess stattgefunden. Nach der Entlassung hat er viele gute Vorsätze, möchte seinen Schulabschluss nachholen und einen Ausbildungsplatz bekommen. Für Max ist es jedoch sehr schwer, sich nach der Entlassung aus der Haftanstalt mit seinen nun 19 Jahren im Erwachsenenleben allein zu Recht zu finden. Erfahrungen als Erwachsener und mit Behörden hat er keine und

die guten Vorsätze bringen nichts, wenn Max die Zugänge zu deren Realisierung verschlossen bleiben bzw. er sie nicht kennt. Aus diesem Grund braucht Max Unterstützung vom Jugendamt. Eine mangelnde Mitwirkung und daraus resultierende Ablehnung der Hilfe, ist nun, durch seine Entwicklung und Einsichtigkeit, kein Argument mehr – wird ihm jedoch als Grund für Verweigerung erneuter Unterstützung weiterhin vorgeworfen.

b) Julia ist 18 Jahre alt und hat sich freiwillig in eine Psychiatrie aufnehmen lassen, um verschiedenen Angststörungen „Herr“ zu werden, die ihr Leben stark beeinträchtigen. So fällt es ihr an manchen Tagen so schwer, sich in die engen Räume von Bus und Straßenbahn oder unter Menschen zu begeben, dass sie der Schule fernbleiben muss. Durch ihre vielen Fehlzeiten wird Julia keinen Schulabschluss bekommen und hat keine Chancen ihren Traumberuf, Friseurin, zu erlernen. Bislang ist Julia ohne außerfamiliäre Hilfe durchs Leben gekommen. Als sie im Rahmen der psychiatrischen Nachsorge nach ihrer Entlassung um Hilfe beim Jugendamt bittet, wird sie zum Sozialhilfeträger weiter verwiesen. Julia wird eine ambulante Betreuung, die sie auf ihren ersten neuen und angstfreien Schritten nach der Psychiatrie, begleiten soll, verwehrt. Als Begründung wird ihre Volljährigkeit angegeben.

In beiden exemplarischen Fällen ist wohl deutlich, dass die jungen Erwachsenen wenig bis keine Chancen haben sich in die Gesellschaft zu integrieren und ein Teil dieser zu werden. Es wird ihnen

unterstellt, dass ein Nachreifeprozess nicht stattgefunden hat oder sie scheinbar zu alt sind.

Die Sachlage

Anspruchsgrundlage für Hilfen zur Erziehung ist der § 27 Abs. 1, bei jungen volljährigen i.V.m. §41 SGB VIII. Dies bedeutet, dass ein junger Mensch Anspruch auf Hilfen nach dem SGB VIII hat, wenn eine Erziehung zu seinem Wohl nicht gewährleistet ist. Die mögliche Hilfe muss geeignet und notwendig sein.

„Einem jungen Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die Hilfe aufgrund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist. Die Hilfe wird in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt; in begründeten Einzelfällen soll sie für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden. Der junge Volljährige soll auch nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang beraten und unterstützt werden“ (§41 Abs 1 und 3 SGB VIII).

Was bedeutet das? Das Wort „soll“ bedeutet, dass eine Hilfe gewährt werden muss, wenn das zuständige Amt nicht klar und nachvollziehbar darlegen kann, warum eine Hilfe nicht angebracht ist bzw. ein Hilfebedarf nicht vorliegt. Eine Erziehung zum Wohl des Kindes (und auch des jungen Erwachsenen) ist nicht gewährleistet, wenn ein erzieherischer Bedarf im Einzelfall vorliegt und dieser Bedarf nicht ohne fremde Hilfe behoben werden kann. Ausreichend ist hier ein Ausfall von

Erziehungsleistung/-erfolg, ohne dass dieser jemandem vorwerfbar sein muss. Liegt ein Anspruch auf Hilfe vor, richtet dieser sich an den öffentlichen Träger der Jugendhilfe (in der Regel das Jugendamt). Er muss die Hilfe garantieren, unabhängig von Budgetierungen. Im Vordergrund der Hilfe steht grundsätzlich die Pädagogik.

Zusammenfassend ist die rechtliche Situation eindeutig. Max und Julia müssen, da sie unter 21 Jahre alt sind, Hilfsangebote unterbreitet werden. Diese beinhalten nicht nur eine pädagogische Unterstützung, sondern ausdrücklich auch die Hilfe bei ihrem schulischen und beruflichen Werdegang. Dies muss über das Jugendamt geschehen. Diesem ist es selbstverständlich erlaubt z.B. den Sozialhilfeträger hinzuzuziehen.

Folgen dieser Handlungsweisen

Es sei an dieser Stelle zugegeben: Der Jugendhilfeetat der Kommunen ist durch die sehr seltene Gewährung von Hilfen für junge Erwachsene entlastet. Die Kosten für die Gesellschaft sind aber trotzdem existent. An dieser Stelle sollen nicht astronomische Zahlen aufgelistet werden, die darstellen, welche Kosten die Gesellschaft durch den Empfang von Sozialhilfe bis zum Lebensende, vermehrte Gefängnisaufenthalte etc. haben wird. Die Alternative wäre für viele junge Erwachsene der Abschluss einer Ausbildung und die Aufnahme einer geregelten Arbeit. Damit einhergehend natürlich auch die Teilhabe an unserer Gesellschaft, die ihnen sonst nicht, oder nur teilweise zugänglich wäre/ist. Es ist schwierig zu verstehen, warum hier trotz

eindeutigem Rechtsanspruch junge Erwachsene an ihrer Entwicklung gehindert werden, nur weil sie in der schwächeren Position sind. Der einzige Weg für den jungen Erwachsenen der antrags- und anspruchsberechtigt ist, wäre bei Ablehnung seines Antrages auf Hilfen Widerspruch einzulegen oder zu klagen (gem. §42 Abs. 2 VwGO). Aber weder Max noch Julia wissen um diese Möglichkeit. Weiter muss hier aufgezeigt wer-

den, dass Hilfeleistungen immer nach dem Einzelfall entschieden werden müssen. Daher besteht auch keine Möglichkeit für eine Musterklage.

Das durch die Medien allgegenwärtige Thema des Fachkräftemangels, auch im Handwerk und einfachen Berufszweigen, wird ignoriert und somit potenzielle Arbeitskräfte aufs Abstellgleis geschoben. Wenn Ämter

willentlich junge Menschen daran hindern ein geregeltes und gesellschaftlich anerkanntes Leben zu führen ist das eine Bankrotterklärung des Staates, wenn trotz eindeutiger Gesetzeslage nicht gehandelt wird.

*Karsten Schubert
 Fachberater Hilfen zur Erziehung
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e. V.*

Träger und Land unterzeichnen Handlungsempfehlungen

Unterstützung bei Konzeption und Umsetzung der Krippenpädagogik



Die Unterzeichner der Handlungsempfehlungen, für den Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. Abteilungsleiterin Birgit Eckhardt (3. von links) und Eltje Jahnke, Vorsitzende des SprecherInnenremiums Fachbereich Elementarerziehung (2. von links).

Die Träger der Kindertageseinrichtungen und das Kultusministerium haben sich auf „Handlungsempfehlungen für die Arbeit mit Kindern unter drei Jahren“ für Niedersachsen geeinigt. Sie knüpfen an den „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich niedersächsischer Tageseinrichtungen für Kinder“ von 2005 an. Die Handlungsempfehlung wurde am 29.05.2012 im Kultusministerium in Hannover durch

Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände, der Trägerverbände der freien Wohlfahrt, der Kirchen, der Elterninitiativen sowie durch Kultusminister Dr. Bernd Althusmann unterzeichnet. Abteilungsleiterin Birgit Eckhardt und Eltje Jahnke, Vorsitzende des SprecherInnenremiums Fachbereich Elementarerziehung, vertraten den Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

Mit den Handlungsempfehlungen wird der Bildungsauftrag des Elementarbereichs für die Arbeit mit Kindern unter drei Jahren konkretisiert. Sie decken das gesamte Spektrum der pädagogischen Arbeit kurz und bündig, aber gleichzeitig sehr umfassend ab: von grundlegenden Aussagen zum Bildungsverständnis über konkrete Bildungsziele in einzelnen Lernbereichen bis hin zu methodischen Aspekten und Anforderungen an

Qualitätsentwicklung. Die Handlungsempfehlungen wurden unter Federführung des Kultusministeriums gemeinsam mit den Trägerverbänden erarbeitet und dienen künftig als Grundlage für die Bildungsarbeit in niedersächsischen Einrichtungen des Elementarbereichs. Die Unterzeichner akzeptieren sie als Rahmen für die Erarbeitung der einrichtungsspezifischen Konzeptionen. Die Verantwortung der Träger für die konkrete Ausgestaltung der Bildungsarbeit bleibt davon unberührt.

Die formulierten Ziele können aufgrund der fehlenden finanziellen

Mittel nur schrittweise umgesetzt und erreicht werden. Die Stärkung des Bildungsauftrages kann deswegen nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten aller Beteiligten verfolgt werden.

Unterzeichnet wurden die Handlungsempfehlungen durch Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, des Katholischen Büros Niedersachsen, der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen, der Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Nie-

dersachsen/Bremen, der Diakonischen Werke in Niedersachsen, der Caritasverbände Niedersachsen und des Deutschen Roten Kreuzes in Niedersachsen.

Jede Kindertageseinrichtung in Niedersachsen erhält ein Exemplar der Handlungsempfehlungen kostenlos zugesandt. Die Handlungsempfehlungen stehen auch unter www.mk.niedersachsen.de im Internet zum Download bereit.

*Niedersächsisches
Kultusministerium*

Ein dringendes Alarmsignal

SIDA e. V. kümmert sich um Patienten, die sonst keiner will – aber wie lange noch?

Das Bein der Patientin bietet keinen schönen Anblick. Die Wunde ist großflächig und tief, unter dem alten Verband hat sich das Gewebe gelöst. Die Patientin braucht dringend frische Verbände. Doch sie zeigt sich nur wenig kooperativ. Sie ist HIV-positiv, arbeitslos, lebt in einer Obdachlosenunterkunft und hat die Lust am Leben verloren. Was kümmert sie da ihr Bein? Die zuständige Pflegekraft benötigt starke Nerven – in Anbetracht der Wunde und der äußeren hygienischen Arbeitsbedingungen ebenso wie im Umgang mit der unwilligen Patientin. Und vor allem braucht sie Zeit. Zeit, die sie eigentlich nicht hat, denn auch Patienten wie die Frau mit der offenen Wunde am Bein müssen innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens „abgearbeitet“ werden. Zeitintensive

Extrafälle sind im standardisierten Finanzierungsprogramm der meisten Krankenkassen nicht vorgesehen. Und doch müssen auch diese Menschen versorgt werden: Eine Aufgabe, der sich der hannoversche Verein SIDA e.V. (Soforthilfe und Information durch ambulante Versorgung) angenommen hat und die sie nun vor immer größer werdende Probleme stellt. „Bislang haben wir diese Patienten immer so mit versorgt, meist hat sich das irgendwie ausgeglichen oder wir konnten Einzelabsprachen mit den Kassen treffen“, sagt Geschäftsführer Dr. med. Bodo Strahl. „Doch die Fälle werden immer aufwendiger, während die Probleme mit den Krankenkassen immer größer werden, so dass wir diese Patienten aus wirtschaftlichen Gründen eigentlich nicht

mehr behandeln können und deswegen dringend Alarm schlagen und auf diese Situation aufmerksam machen müssen!“

SIDA e.V., Mitgliedsorganisation im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., wurde 1989 als gemeinnütziger Verein im Rahmen des Bundesmodellprojekts zur häuslichen, krankenschwägerischen Versorgung von Menschen mit HIV und AIDS in der Region Hannover gegründet. Mittlerweile ist daraus ein großes Versorgungsnetzwerk geworden, von dessen Stammsitz in Hannover aus ein Spezialpflegedienst für Menschen mit chronischen Erkrankungen im Bereich Infektiologie, Neurologie und Onkologie in Niedersachsen und angrenzenden Bundesländern angeboten wird.

Es ist in der Entstehungsgeschichte des Vereins bedingt, dass die „harten“ Fälle wie etwa Obdachlose, HIV-positive, Straffällige und Drogenkonsumenten mit chronischen Erkrankungen meist SIDA e.V. angetragen werden. „Wir sind mittlerweile das Auffangbecken für multi-morbide Fälle. Wir versorgen die Patienten, die sonst keiner haben will oder versorgen kann“, fasst Geschäftsführer Bodo Strahl zusammen.

Die Probleme, die zu der momentanen Alarmsituation führen, sind vielfältig. Es beginnt damit, dass die Versorgung aufgrund der Leistungsvorgaben nur durch qualifizierte, examinierte und entsprechend „teurere“ Pflegefachkräfte erfolgen kann. Die Arbeit an sich erfordert nicht nur viel Können und starke Nerven, sondern beinhaltet auch viele zusätzliche, nicht abrechenbare Leistungen. So sind die Patienten oft nicht in der Lage, sich um Arzttermine oder Rezeptbestellungen zu kümmern. Es bleibt der Pflegefachkraft überlassen, für Nachschub an Verbands-

material oder regelmäßige medizinische Untersuchungen zu sorgen.

„Bis vor etwa zwei Jahren konnten wir die Finanzierung dieser aufwendigen und intensiven Pflege ganz gut über Sondervereinbarungen lösen“, berichtet Bodo Strahl. „Doch die Sachbearbeiter der Krankenkassen ziehen sich immer mehr auf ihre Vorschriften zurück. Inzwischen ist es so weit, dass wir das Geld mitbringen, um die Patienten zu versorgen, das ist doch absurd.“ SIDA e.V. fordert die Kassen daher dringend zu mehr Flexibilität auf – Flexibilität, die den Patienten auch zusteht, denn Einzelabsprachen sind laut Gebührenverordnung durchaus gestattet. Doch momentan bindet fast jeder dieser besonderen Patienten wertvolle personelle und zeitliche Kapazitäten über die eigentliche Versorgung hinaus, denn fast jede Finanzierung muss einzeln erstritten werden und die betroffenen Patienten haben keine eigene Lobby.

„Die Krankenkassen rechnen nach einem System ab, das nur funktioniert, solange man die Patienten

standardisiert behandeln kann. Aber unsere Patienten passen nicht in diesen Standard“, sagt Bodo Strahl. Und wenn SIDA e.V. die betroffenen Patienten eines Tages nicht mehr im momentanen Ausmaß pflegen kann sondern die Leistungen weiter reduzieren muss? Auf lange Sicht schneiden sich die Kassen mit ihrer Zurückhaltung an dieser Stelle nur ins eigene Fleisch, meint der Geschäftsführer. Denn noch schafft die Arbeit von SIDA e.V. Entlastung auf dem Gebiet der weitaus teureren stationären Versorgung. „Und letztendlich muss man es so deutlich sagen“, beschreibt Bodo Strahl einen Blick in die mögliche Zukunft der Szene ohne SIDA e.V.: „Wenn wir uns nicht um diese Patienten kümmern, macht es keiner, und dann sind diese Menschen in einer Woche tot.“

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer

Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Unsere Gemeinschaft macht Sie stark.

- Wir beraten und vertreten unsere Mitglieder bei Fragen zur Rente, Pflege, Gesundheit, Hartz IV, Behinderung und mehr!
- Wir bieten unseren Mitgliedern ein geselliges Vereinsleben mit Vorträgen, Fahrten und ehrenamtlichem Engagement vor Ort.
- Wir machen der Politik Druck!



SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
 Herschelstraße 31 | 30159 Hannover | Tel. 05 11 / 70 148 - 0
 Weitere Informationen im Internet unter: www.sovd-nds.de

SoVD
 Sozialverband
 Deutschland
 Landesverband Niedersachsen e.V.

Recht auf Asyl ist nach wie vor nur eine Floskel

Göttinger „Arbeitskreis Asyl“ ist seit 30 Jahren aktiv – eine Zwischenbilanz

Wir schreiben das Jahr 2012. So sieht die Realität aus: Während IWF Berater den Deutschen eine ökonomisch unsinnige, rassistische Abschottungspolitik attestieren, verfolgen deutsche Ausländerbehörden gegenüber Flüchtlingen beharrlich nur ein Ziel: Abschieben. Es reicht ihnen nicht, dass an den Außengrenzen das Sterben im Mittelmeer und im Evros makabere Höhepunkte erreicht. Nein, denjenigen, die es hierher geschafft haben, muss das Leben zur Hölle gemacht werden: Lager, Essenspakete, Gutscheine, Chipkarten, Residenzpflicht und Duldung, Duldung, Duldung.

Natürlich wäre es schön, nach 30 Jahren antirassistischer Praxis im AK Asyl e.V. von Schönerem zu berichten. Und sicherlich: Der eine oder andere Aufenthaltstitel, hier eine Lockerung bei der Residenzpflicht, dort ein Gutschein statt eines Fresspakets, konnten erstritten werden – auch Dank vielfältiger Unterstützung. Aber der alltägliche rassistische Wahnsinn geht weiter. Mitten im Winter Deportationen von Roma in den Kosovo, von Kriegsflüchtlingen in den Irak und nach Syrien und Traumatisierter nach Kongo, Nigeria und Sierra Leone. Das Recht auf Asyl ist nach wie vor nur eine Floskel auf dem Papier des Grundgesetzes. Es zu Erkämpfen nach wie vor unsere Pflicht.

30 Jahre antirassistische Praxis des AK Asyl

Der Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden

e.V. (kurz: AK Asyl) wurde 1982 im Kontext der Auseinandersetzungen um die Schließung der Göttinger Flüchtlingsunterkunft „Hotel Astoria“ gegründet. Seitdem hat der Verein die Entwicklungen und Auseinandersetzungen um flüchtlingspolitische und antirassistische Themen begleitet, sie aufgegriffen und interveniert. Daneben war und ist die Gewährleistung von Beratung und materieller Unterstützung



für Flüchtlinge und Migrant/-innen stets ein wichtiger Bestandteil der Arbeit gewesen.

In der Geschichte des Vereins spiegelt sich die Entwicklung der bundesdeutschen Migrations- und Flüchtlingspolitik wider: Wir mischten uns in Kämpfe gegen die Unterbringung in Sammelunterkünften und Lagern in den achtziger Jahren genauso ein wie gegen rassistische Pogrome und die Abschaffung des Asylrechts Anfang der neunziger Jahre. Ab Mitte der neunziger Jahre wurde unsere Arbeit immer stärker durch die Selbstorganisation von Flüchtlingen und Migrant/-innen gegen ihre Entrechtung und Abschiebung

geprägt: Von der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/-innen“ über das öffentliche Kirchenasyl und den Kampagnen für die „Umverteilung“ von Flüchtlingen und deren Kämpfe um das Recht auf die freie Wahl des Wohnortes, bis zur Unterstützung von Bleiberechtskämpfen von langjährig geduldeten Flüchtlingen in den letzten Jahren. Und ständiger Begleiter dabei immer die fast monatlichen Sammelabschiebeflieger von Düsseldorf oder Frankfurt nach Pristina. In Göttingen und Umgebung sind davon aktuell zwischen 300 und 400 Menschen bedroht.

Im Jahr 2011 hat der AK Asyl als Teil des Bündnisses „migration beats“ eine Veranstaltungsreihe mit über 20 Veranstaltungen organisiert. Diese nahm ihren Anstoß an den rassistischen Debatten um Integration und die Diffamierung sogenannter „IntegrationverweigerInnen“ und der verbalen und faktischen Radikalisierung der Abschottungspolitik Europas in Bezug auf die Revolten in Nordafrika und der daraus folgenden Migrationsbewegung. Aber wie alle Teile der sozialen Bewegungen ist auch der AK Asyl Bewegungszyklen unterworfen und musste Ende 2011 erst einmal neu Luft holen.

Auf ein Neues

Wir wollen uns im Kampf gegen den alltäglichen, institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus neu organisieren. Dabei wollen wir den AK personell und ma-

teruell stärken und die Zusammenarbeit mit anderen antirassistischen Initiativen intensivieren.

Seit März 2011 ist das Grenzdurchgangslager Friedland, direkt vor der Göttinger Haustür, zur Erstaufnahmeeinrichtung geworden. Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen, werden hier für die ersten Wochen ihres Aufenthalts in Deutschland untergebracht und – ohne ausreichend unabhängige Beratung und juristische Unterstützung – einer Anhörung unterzogen. Deshalb wollen wir in Kooperation mit Unterstützer/-innen einen Beitrag zur Flücht-

lingsberatung leisten und dafür vor Ort präsent sein.

Zum anderen drohen 400 bis 500 Menschen aus Stadt und Landkreis die Abschiebung in den Kosovo, da 2012 die Rückübernahmeabkommen hier auslaufen. In Zusammenarbeit mit Flüchtlings- und Unterstützer/-innengruppen werden wir hier alle Hebel in Bewegung setzen, um einen Abschiebestopp in den Kosovo zu erstreiten.

Und nicht zuletzt werden wir unsere Kontakte in den Landkreis wieder ausbauen und damit versuchen, der antirassistischen Be-

wegung wieder neuen Schwung zu geben, sowie wieder regelmäßige Öffnungszeiten für unser Büro einführen, um kontinuierlich erreichbar zu sein.

Der Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e. V., Geismar Landstr. 19 in 37083 Göttingen ist telefonisch unter 0551 58894, per Mail an akasylgoe@emdash.org sowie im Internet: www.papiere-fuer-alle.org/ak-asyl erreichbar.

*Stefan Klingbeil
Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e. V.*

Möglichkeiten, Hindernisse und Barrieren im Strafrecht

Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen und das Recht



Die Diskussionsrunde der Fachveranstaltung, von links: Andrea Hammann, Beauftragte für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Hannover, Anneke Bazuin, Mitarbeiterin des Frauennotrufs Hannover, Thomas Klinge – Oberstaatsanwalt Staatsanwaltschaft Hannover, Rosa Legatis, Moderatorin und freie Journalistin, Vera Neugebauer, Geschäftsführerin Hannoversche Werkstätten sowie Petra Haubner, Rechtsanwältin aus Passau.

In Einrichtungen der Behindertenhilfe ist teilweise wenig über die rechtlichen Interventionsmöglich-

keiten gegen Täter und Täterinnen bekannt. Aus unterschiedlichen Gründen erfolgen nur ausnahms-

weise Strafanzeigen behinderter Opfer. Betroffene, aber auch deren Bezugs- und Betreuungs-

personen haben Angst, dass behinderten Opfern nicht geglaubt wird. In vielen Fällen kommt es tatsächlich eher zu Einstellungen der Verfahren. Mit derartigen Fällen und den zusammenhängenden Rechtsfragen zum Thema Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen hat sich der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. (Frauen-Notruf Hannover) bei Fachveranstaltung mit der Passauer Rechtsanwältin Petra Haubner am 27.06.2012 im Haus der Region Hannover befasst. Mehr als 100 Teilnehmende aus Einrichtungen der Behindertenhilfe, Strafverfolgungsbehörden, Beratungsstellen und freien Träger beteiligten sich an der Podiumsdiskussion und verdeutlichten das große Interesse an dem Thema.

Die Verhinderung sexueller Übergriffe ist keine Aufgabe, die mit dem Strafrecht allein gelöst werden kann. Dazu bedarf es vieler Instrumente, aber das Strafrecht ist eine Möglichkeit. Bei spektakulären Fällen wird in der Öffentlichkeit sehr häufig nach höheren Strafen für Straftäter gerufen. Das sind populistische Forderungen, die zwar „billig“ für die Politik sind, denn ein Gesetz kostet erstmal nichts. Maßnahmen der Prävention dagegen sind teuer für den Staatshaushalt, wären aber notwendiger und effizienter.

Bessere Vernetzung notwendig
 Verbesserung tut Not in der Verzahnung der professionellen Einrichtungen mit- und untereinander. Es gibt ein großes Know-how in der Jugendhilfe und in den spezialisierten Stellen, aber es gibt wenig Verzahnung dazwischen:

zwischen Werkstätten, Wohneinrichtungen mit spezialisierten Beratungsstellen, Prozessbegleitung etc. Dies ist in den Großstädten deutlich besser als in Kleinstädten und ländlichen Gebieten. In der Fläche funktioniert es kaum. Einrichtungen reagieren bei Vorkommen bzw. Verdacht auf sexuelle Gewalt oft hektisch und überfordert. Andererseits bleiben viele Vorfälle „unter dem Teppich“. Eine gängige Strategie ist zudem, die Verantwortung den Strafverfolgungsbehörden oder den Angehörigen zu überlassen. Doch eine unüberlegt gestellte Strafanzeige nützt niemandem.

Besondere Probleme im Strafverfahren für Frauen mit Behinderung

Polizeidienststellen und auch Gerichte sind oft nicht barrierefrei. Im Strafverfahren selbst ist die Opferzeugin oft das einzige „Beweismittel“. Deshalb sind die Anforderungen an ihre Aussage sehr hoch. Die Anforderung an das, was verbalisiert werden kann, an die Wiedergabe zeitlicher Abläufe etc. sind schon für Frauen, die nicht behindert sind, hoch. Wie schwierig sind sie dann erst für Frauen mit einer Lernbehinderung? Unser Straf- und Ermittlungsverfahren ist auf Opferzeuginnen mit Behinderungen nicht eingerichtet. Im Zentrum eines Strafverfahrens steht der Täter, nicht das Opfer. Gutachter/-innen sind in der Regel oft nicht spezialisiert auf Betroffene mit Behinderungen und mit deren spezifischen Lebensweisen und Gegebenheiten nicht vertraut. Belastende Mehrfachvernehmungen sind eher die Regel als die Ausnahme. Ein weiteres Problem im Ermittlungs-

verfahren ist die Verfahrensdauer. Nicht selten vergehen von der Anzeigenaufnahme bis zu einer Gerichtsverhandlung ein halbes (z.B. wenn Täter geständig), meist ein bis zwei Jahre.

Das Strafverfahren ist keine Schutzmaßnahme

Das Wichtigste für verletzte Zeuginnen bei sexueller Gewalt ist die Gewährleistung von Schutz. Das kann jedoch ein Strafverfahren nicht bieten. Hier sind die Einrichtungen in der Pflicht. Hat es einen Vorfall gegeben, ist die räumliche Trennung von Opfer und Täter ganz wichtig. Einer Einrichtung stehen auch verschiedene arbeitsrechtliche Maßnahmen zur Verfügung (Beurlaubung, Kündigung, Suspendierung). Verwaltungsrechtliche Maßnahmen gelten häufig nicht für die Einrichtungen der Behindertenhilfe (wie z.B. der § 8a bei Kindeswohlgefährdung). Heimaufsichtsrechtliche Maßnahmen sind ein weiteres Instrument. Viele Einrichtungen der großen Verbände und Träger haben sich Leitlinien zur Verdachtsabklärung, für Intervention und Prävention gegeben. Aber Papier ist geduldig: Es gibt exzellente Leitlinien – die Frage ist jedoch: werden sie umgesetzt und passiert etwas?

Gestaltungsmöglichkeiten im Strafverfahren

Eine Strafanzeige muss gut vorbereitet sein. Die Möglichkeit, vor einer Strafanzeige zu einer Beratungsstelle oder einer Rechtsanwältin zu gehen, sollte immer genutzt werden. Um eine selbstbestimmte Entscheidung treffen zu können, brauchen Opferzeuginnen Infos wie es weitergeht.

Darüber hinaus ist für ein Verfahren beides wichtig: Rechtsanwältin und Prozessbegleiterin. Beide sollten – falls der Missbrauch dort stattgefunden hat – selbstverständlich unabhängig von der Einrichtung sein.

In der Diskussion der Fachveranstaltung wurde deutlich: auf der einen Seite fehlen sehr oft verankerte Standards und Leitlinien in den Einrichtungen. Es muss von der Führungsebene ein klares Statement und Signale kommen, welchen Stellenwert dieses Thema innerhalb des Unternehmens hat. Denn die Verantwortung zum Handeln kann nicht auf die Mitarbeiter „abgewälzt“ werden. Dazu gehören auch Regelungen in Arbeitsverträgen, aber auch in

Verträgen mit externen Einrichtungen wie Fahrdienstunternehmen und Kantinendienste. Ein großes Problem ist der Umgang und die Unterbringung von übergriffigen Heimbewohner bzw. verurteilten Sexualstraftäter mit Behinderung. Hier wurde von allen noch Handlungsbedarf signalisiert. Präventive Maßnahmen wie Aufklärungsarbeit über Sexualität und Grenzen, Flyer in leichter Sprache, Gesprächskreise zum Austausch der Bewohnerinnen etc. müssen fester Bestandteil in Einrichtungen der Behindertenhilfe sein.

Fazit

Ein Strafverfahren ist nicht das schnellste, effektivste und vorrangigste Mittel zum Schutz der Opfer. Dieser Schutz ist anders

zu gewährleisten, mit anderen geeigneteren Maßnahmen. Dazu gehören auf jeden Fall die räumliche Trennung und die Beratung der Betroffenen vor einer möglichen Anzeige, damit sie ermessen kann, was es für sie bedeutet. Ein Strafverfahren aber, in dem die Betroffenen (und ihre Angehörigen und Bezugspersonen) intensiv unterstützt werden und einen respektvollen Umgang durch die Prozessbeteiligten und das Gericht erfahren, kann ihnen helfen, die Opferrolle zu verlassen und die Erinnerungen an die Taten besser zu bewältigen.

Petra Klecina

Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e. V.

Niedrigschwelliges Angebot gegen sexuellen Missbrauch

Beratungsstelle Violetta hilft jetzt auch online

Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen wird immer mehr durch die digitalen Medien geprägt: Freundschaften werden in sozialen Netzwerken gepflegt, Wissenslücken durch Online-Recherchen geschlossen und wer Tipps und Tricks sucht, pinnt die Frage an ein virtuelles Nachrichtent Brett. Dabei geht es aber nicht immer nur um Alltagsfragen. Immer mehr Jugendliche nutzen Online-Communitys, um schnell, kostenlos und diskret Rat bei ernsthaften Problemen zu erhalten. Die Fachberatungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und jungen Frauen Violetta in Hannover hat diesen Trend aufgegriffen und bietet seit Mai 2012 ihr Hilfsange-

bot auf www.violetta-hannover.de auch im Internet an.

„Das Angebot ist sicher und niedrigschwellig“, beschreibt Thurid Bleinroth, zuständige Mitarbeiterin für die Online Beratung bei der paritätischen Mitgliedsorganisation Violetta e.V.. Die eingehenden Anfragen werden in der Woche innerhalb von 48 Stunden beantwortet – immer mit viel Empathie und Verständnis. „Wir holen die Mädchen da ab, wo sie sind und verschrecken sie nicht“, erklärt Thurid Bleinroth weiter.

Die Mädchen und Frauen, die den anonymen Rat per Internet suchen, stecken häufig noch mitten im Miss-



brauch. Sie stehen meist unter enormen Geheimhaltungsdruck und haben das Gefühl, sich niemandem anvertrauen zu können. Sie haben Angst vor der Öffentlichkeit und den daraus resultierenden Konsequenzen. Schon der „richtige“ Besuch einer „echten“ Beratungsstelle könnte zu viel preisgeben – die Anonymität im Internet gibt den Mädchen und jungen Frauen die

Möglichkeit, trotzdem mit jemandem reden zu können. „Das ist der wichtige erste Schritt, das Problem überhaupt erst einmal zur Sprache zu bringen, vor allem, wenn der Missbrauch noch passiert und die Mädchen noch unmittelbar der Gefahr ausgesetzt sind“, sagt Thurid Bleinroth.

Melanie K.* ist eines der Mädchen, die per Internet Kontakt zu Violetta aufgenommen haben. Sie ist 15 Jahre alt und hat gerade in der Schule einen Übergriff von einem ihrer Lehrer erlebt. Sie schreibt zum ersten mal darüber, sie ist verängstigt und unsicher, sie traut sich nicht, ihren Eltern von dem Vorfall zu erzählen. Vielleicht war die Sache ja auch gar nicht so schlimm? Vielleicht kam es Melanie nur so vor und der Lehrer – er ist doch so nett und beliebt – wollte sie gar nicht so anfassen?

Thurid Bleinroth und ihre Kolleginnen bestätigen Melanie darin, dass es richtig war, Hilfe zu suchen. „Ich teile ihr mit, dass es immer dann eine Grenzüberschreitung ist, wenn sie es so empfindet.“ Außerdem erhält Melanie Tipps und Ratschläge – etwa, dass es wichtig ist, sich einem Erwachsenen anzuvertrauen. Wenn die Eltern aus Schamgefühl nicht in Frage kommen, wird dies respektiert und nach anderen Verbündeten im Umfeld gesucht. Außerdem wird Melanie vorschlagen, doch einmal in die Beratung zu kommen. Sollte sie noch nicht so weit sein, wird der Kontakt online weiter geführt. „Die Mädchen können und sollen ihr eigenes Tempo bestimmen, in dem sie sich uns mitteilen und in dem sie handeln“, sagt Thurid Bleinroth.

„Die Arbeit ist sehr zeitintensiv“, sagt Barbara David, Geschäftsführerin von Violetta.

„Die Mitarbeiterinnen müssen sich sehr genau überlegen, was sie schreiben, denn ihnen fehlen ja die Reaktionen wie Mimik oder Gestik des Opfers. Und da sich fast alle Mädchen noch in einer akuten Situation befinden, macht es das Warten auf die nächste Antwort oft schwer.“ Momentan wird die Onlineberatung größtenteils durch Spendengelder finanziert. Doch bei Violetta ist man von der Wichtigkeit des Projekts überzeugt und will es langfristig etablieren. „Wir hoffen, dass wir die Onlineberatung irgendwann in die laufende Finanzierung übernehmen können“, sagt Barbara David.

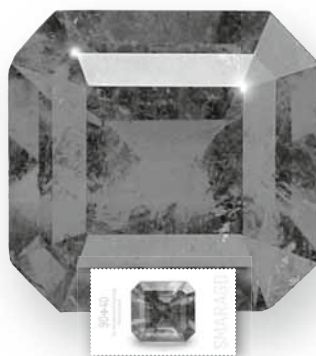
* = Name geändert

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

WAHRE WERTE

WOHLFAHRTSMARKEN 2012

Gutes tun Mit Briefmarken helfen



Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege



PORTO MIT HERZ
Wohlfahrtsmarken



Suchthilfe mit transkultureller Kompetenz

Verein bietet Unterstützung in der „Sprache des Herzens“

Bei der paritätischen Mitgliedsorganisation Heimatverein der Deutschen aus Russland e. V. in Molbergen, Kreis Cloppenburg, gibt es seit 2001 eine russischsprachige Selbsthilfegruppe für Menschen mit Alkoholproblemen. Ihre erfolgreiche Arbeit ist über den Verein hinaus auch in der regionalen Fachöffentlichkeit bekannt und geschätzt. Auf der Tagung „Transkulturelle Ansätze in der Suchtarbeit“ am 7. Juni 2012 in Cloppenburg hat der Heimatverein die Arbeitsweise und die Erfahrungen seiner Hilfe bei Alkoholproblemen vorgestellt und dafür große Anerkennung erfahren.

Anlass für die Tagung war die Tatsache, dass Alkohol- und Drogenabhängige mit Migrationshintergrund von den herkömmlichen Angeboten der Suchthilfe nicht erreicht werden. Wie brisant diese Problematik ist, zeigte sich darin, dass zahlreiche Fachkräfte aus der Region an der Tagung teilnahmen. Die Vorträge und Diskussionen erörterten die Fragen einer migrationsgerechten Suchthilfe sowie die Notwendigkeiten und Möglichkeiten eines transkulturellen Ansatzes. Vorgestellt wurden auch die Erkenntnisse des Modellprojektes „TransVer“.

Nadja Kurz, der Geschäftsführerin des Heimatvereins, gelang es in ihrem Vortrag, die migrationspezifischen Schwierigkeiten und Voraussetzungen erfolgreicher Suchthilfe „rüberzubringen“. Zunächst erläuterte sie die Belastungen und Anforderungen, die die Aussiedlung aus der alten Heimat und der Integrationsprozess in einer neuen Gesellschaft und Lebenskultur mit sich bringen und manche in die Abhängigkeit von Alkohol oder Drogen hinein gleiten lässt.

„Ziel der Selbsthilfegruppe des Heimatvereins ist es“, sagte Nadja Kurz, „den Betroffenen Wege aus der Sucht zu zeigen sowie Orientierung und neuen Halt zu geben. Die Teilnehmer erhalten Hilfe, die sie anderweitig nicht suchen würden ... Oft warten wir gar nicht, bis nach Hilfe gefragt wird. Wenn wir wissen: Da und da gibt es Probleme, da ist Hilfe notwendig, dann sprechen wir oft von uns aus die Betroffenen an.“ Im Rahmen dieser Arbeit wurde auch 2009 von der Stadt Cloppenburg das Projekt „Küchenboxer“ übernommen und in die Selbsthilfegruppe eingebunden.

Anschließend erläuterte Nadja Kurz die Erfolgsfaktoren und die so-

genannten „transkulturellen“ Ansätze dieser Suchthilfe. Die zentrale Grundlage des Konzeptes sei die Muttersprache. „So können die Teilnehmer ihre tiefsten Probleme in der ‚Sprache ihres Herzens‘ ausdrücken. Dadurch kommen wir manchmal sogar zu einer Art ‚inneren Aussprache‘ mit den Betroffenen. Das heißt, wir verstehen einander auch ohne Worte, ohne zu sprechen.“

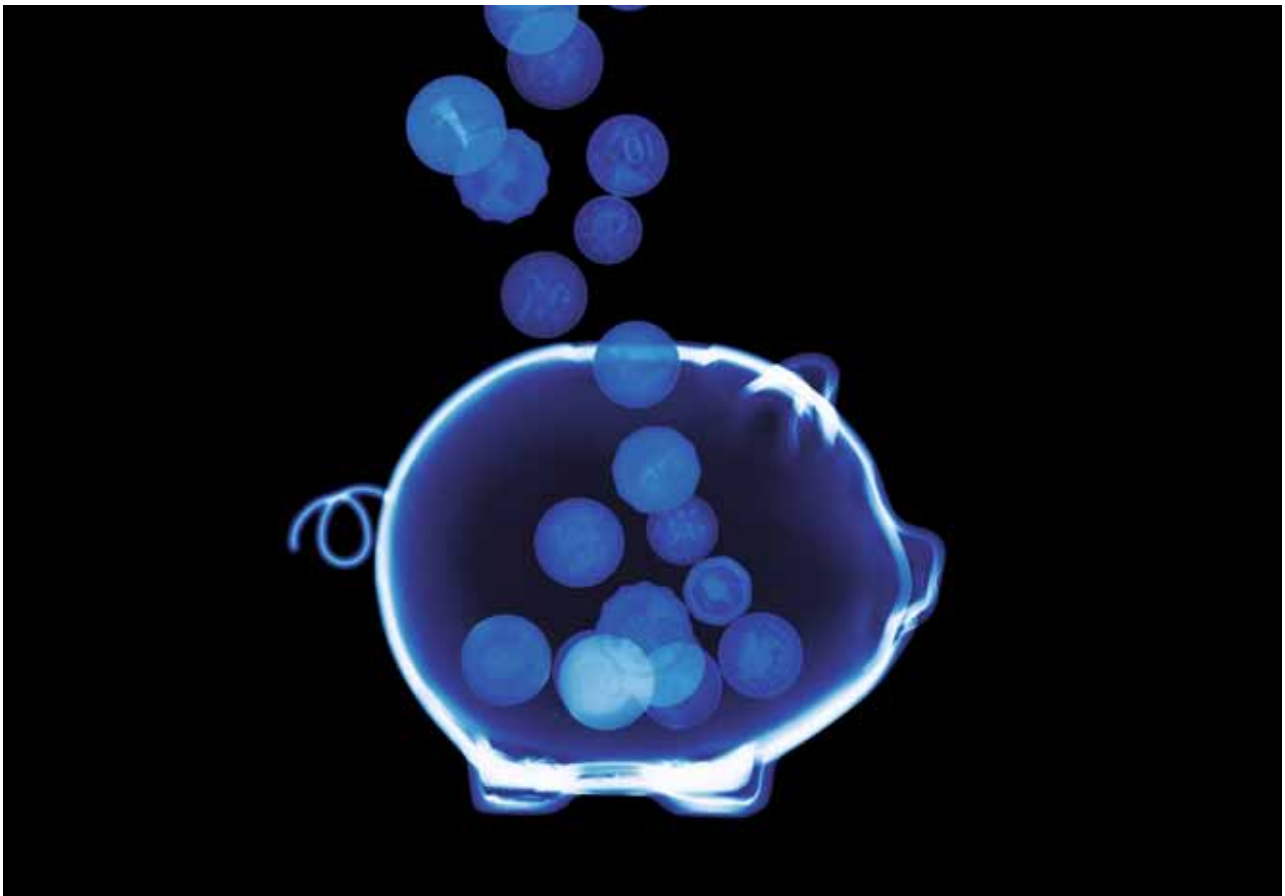
Etwas Skepsis zeigte sie gegenüber dem Begriff „transkultureller Ansatz“. „Aber wenn Menschen in verschiedenen Kulturen aufgewachsen, von unterschiedlichen Kulturmustern geprägt sind, erfordern Hilfsangebote natürlich auch eine transkulturelle Sensibilität und ein Einfühlen in die spezifische Prägung der betroffenen Menschen. Und wenn die Probleme in den innersten Grund der Menschen reichen, kann die notwendige Kommunikation nur gelingen, wenn sie die Betroffenen in der Sprache ihres Herzens erreicht.“

*Nadja Kurz
Heimatverein der Deutschen
aus Russland e. V.*

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet: Rubrik Presse auf www.paritaetischer.de oder

im E-Mail-Abo – schreiben Sie an presse@paritaetischer.de



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising.
Das neue BFS-Net.Tool XXL für das Internet-Fundraising.
Mehr brauchen Sie nicht. Für BFS-Kunden kostenlos.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

Geschäftsstelle Hannover | Podbielskistraße 166 | 30177 Hannover
Telefon 0511.34023-0 | www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

Sport und Bewegung für Menschen mit Multipler Sklerose

DMSG-Bundesverband bietet neuen Service mit Internetportal und Broschüre

Gerätetraining bei Multipler Sklerose? Klettern bei Multipler Sklerose? Beides ist nicht nur möglich, sondern gewinnt in der MS-Therapie auch zunehmend an Bedeutung. Warum das so ist und welche positiven Auswirkungen diese Formen von sportlicher Betätigung gerade auch bei MS-Erkrankten haben können, zeigt der Bundesverband der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) jetzt in einem dualen Mediensystem: Sowohl das frisch installierte Internetportal mit dem Themenschwerpunkt „Sport und MS“ unter www.dmsg.de als auch das erste Heft der neuen DMSG-Broschüren-Reihe „Sport und Bewegung für Menschen mit MS“ beschäftigen sich mit Gerätetraining und Klettern.

Um MS-Erkrankte dabei zu unterstützen, geeignete Sportarten für sich zu finden, hat der DMSG-Bundesverband nicht nur eine neue Broschüren-Reihe aufgelegt, die fach- und sachkundige Informationen sowie allgemeine Hinweise zu Bewegungsmöglichkeiten bereit hält, die sich bei MS günstig auswirken können, sondern auch seine Internetseiten durch das Portal mit dem Sportservice erweitert. Die attraktiv bebilderte Broschüre „Gerätetraining und Klettern“ bietet schon alle notwendigen und nutzbringenden Informationen zu diesen beiden Bewegungsarten, das DMSG-Sportportal geht naturgemäß noch viel weiter: Bewegte Bilder und Videopodcasts bereichern den Service und laden dazu ein, das eine oder andere



Gerät und die Kletterwand selbst auszuprobieren.

Die Kapitel „Ausdauer“, „Kraft und Koordination“ und „Gleichgewichtstraining“ beleuchten die Vor- und Nachteile von Laufband, Ergometer, Spielekonsole und anderen Geräten, um Symptomen wie Fatigue, Spastik oder Koordinationsprobleme vorzubeugen oder sie reduzieren zu können. Beim Klettern, das gilt auch für Rollstuhlfahrer, wird der ganze Körper trainiert, werden wenig genutzte Fähigkeiten aktiviert. Für jegliche sportliche Betätigung gilt jedoch, die persönliche Belastungsgrenze im Auge zu behalten – auch hier geben Broschüre und Internetportal Anhaltspunkte und Hilfen zur Orientierung.

Mit Gerätetraining und Klettern das Selbstwertgefühl stärken und

die Lebensqualität verbessern – die beiden neuen DMSG-Medien weisen den Weg und machen Lust aufs Mitmachen.

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Bundesverband e. V.

ACHTUNG

Für die Ausgabe 04/2012 des Parität Report ist **Redaktionsschluss** am

**Donnerstag,
15. 11. 2012**

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge und Bilder in druckfähiger Größe (ab 1 MB, Einzeldatei) an presse@paritaetischer.de

Keine Angst vor dem Wählen

Sozialverband SoVD legt Wahlhilfe als Mutmacher mit vor

Leichte Sprache und einfache Formulare sind Kennzeichen bürgernahen Handelns, wie es auch die UN-Behindertenrechtskonvention vorschreibt. Der niedersächsische Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Karl Finke, der Sprecher der Jugendorganisation des Sozialverbands Deutschland (SoVD-Jugend), Michael Muckle, und die Programmbebereichsleiterin der Volkshochschule Hannover (VHS), Ulrike Ernst, haben zur Landtagswahl in Niedersachsen die Broschüre „Wie man wählt“ präsentiert.

„Wir wollen hiermit nicht nur die ca. 1,3 Millionen Menschen mit einer Behinderung, davon ca. 800.000 mit einem Schwerbehindertenausweis, ermutigen, ihr Wahlrecht wahr zu nehmen, sondern alle Bürgerinnen und Bürger, wie Seniorinnen und Senioren, Analphabetinnen und Analphabeten sowie Migrantinnen und Migranten die Angst vor der Wahl im Wahllokal, wie auch der Briefwahl, nehmen“, so Finke. Muckle von der SoVD-Jugend ist sicher, dass insbesondere Erstwählerinnen und Erstwähler, auch behinderte Jugendliche, gern auf diese Broschüre zurückgreifen werden, um ihr Recht auf politische Mitentscheidung zu nutzen. „Die Broschüre entspricht den Anforderungen in leichter Sprache und erläutert den Wahlvorgang wie auch die Briefwahl Schritt für Schritt in kurzen Sätzen und erläuternden Bildern“, so die



Ulrike Ernst, Karl Finke und Michael Muckle (von links) präsentieren das Plakat zur Landtagswahl.

Verfasserin der Broschüre, Ulrike Ernst, von der VHS. Alle Menschen in Niedersachsen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind, erhalten spätestens drei Wochen vor der Landtagswahl ihre Wahlbenachrichtigung. Nur diejenigen Personen, die ausdrücklich für alle Bereiche unter Betreuung gestellt sind, sind von der Wahl ausgeschlossen.

Alle, die keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben, sollten sich direkt an ihr Wahlamt wenden, um ihr Recht einzufordern. Demokratie ist für alle da! Die ca. 1,3 Millionen Menschen mit einer Behinderung in Niedersachsen können durch ihre Wahl mitentscheiden, wie Bildung, Arbeit und eigenständiges Wohnen in Niedersachsen künftig gestaltet wird und wo behinderte Menschen in der Politik direkt mitentscheiden. Finke,

Muckle und Ulrike Ernst fordern alle zur Wahl auf: „Wie man wählt – kann Ihr Leitfaden zum angstfreien, selbstbewussten Wählen sein.“

Die Broschüre kann bestellt werden beim SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V., Herschelstr. 31 in 30159 Hannover. Ansprechpartnerin Elke Skupsch ist auch telefonisch unter 0511 70148-37 sowie per E-Mail an elke.kupsch@sovd-nds.de erreichbar.

*SoVD-Landesverband
Niedersachsen e. V.*

VdK-Präsidentin Mascher: „Altersarmut ist politisches Thema“

Landesverbandstag in Hannover – Landesvorsitzende wiedergewählt

„Es muss für jeden armen Menschen in Deutschland wieder möglich sein, mit Hilfe staatlicher Unterstützung genug für ein menschenwürdiges Leben zu bekommen“, forderte die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland Ulrike Mascher am 1. Juni 2012 beim Landesverbandstag des VdK Niedersachsen-Bremen e. V. in Hannover. Vor über 200 Gästen aus Politik, Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden betonte die VdK-Präsidentin: „Altersarmut ist ein politisches Thema geworden. Kein ernst zu nehmender Politiker bestreitet mehr, dass in Deutschland immer mehr Rentnerinnen und Rentner in Armut leben müssen.“

An dem Festakt nahmen neben Mascher der Niedersächsische Ministerpräsident David McAllister und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Stephan Weil, als Redner teil. Grußworte

sprachen die Vorsitzenden beziehungsweise Vertreter der Fraktionen im Niedersächsischen Landtag Björn Thümler (CDU), Stefan Schostok (SPD), Roland Riese (FDP), Ursula Helmhold (Bündnis 90 / Die Grünen), Hans-Henning Adler (Die Linke), der Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen Sebastian Böstel sowie die Landesbehindertenbeauftragten der Länder Niedersachsen und Bremen Karl Finke und Dr. Joachim Steinbrück. Die Redner gratulierten der VdK-Landesvorsitzenden Ute Borchers-Siebrecht zur Wiederwahl, hoben die herausragende Bedeutung des VdK für die Politik hervor und dankten für die vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Unter dem Landesverbandstags-Motto „Menschlichkeit – Soziale Verantwortung – Soziale Gerech-

tigkeit“ hatten sich bereits am Vortag rund 150 Delegierte aus 36 Kreisverbänden in Niedersachsen und Bremen mit der VdK-Arbeit der vergangenen vier Jahre sowie mit der zukünftigen Tätigkeit des Verbands befasst. Der Landesverbandstag als höchstes Beratungs- und Beschlussgremium des VdK-Landesverbands erörterte sozialpolitische Probleme und beschloss über Anträge, um der Politik Impulse zur Problemlösung sozialer Fragen zu geben. Themenbereiche waren dabei Prävention, Rehabilitation und diskriminierungsfreie Teilhabe behinderter Menschen, Inklusion, Schwerbehindertenrecht, Barrierefreiheit, Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Alterssicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, gesetzliche Unfallversicherung, Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II), Förderung des Ehrenamts. Auf der Tagesordnung standen außerdem Berichte über die abgelaufene Amtsperiode, die Entlastung und Wahl des Landesverbandsvorstands, die Wahl der Revisoren und die Wahl des Beschwerde- und Schlichtungsausschusses. Aber auch Satzungs- und Organisationsfragen wurden beraten, um die Verbandsstruktur und die Verbandstätigkeit den aktuellen Erfordernissen anzupassen.



Über 200 Gäste aus Politik, Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden begrüßte VdK-Landesvorsitzende Ute Borchers-Siebrecht (rechts) zu einem Festakt anlässlich des 16. Landesverbandstags in Hannover. Foto: Hans-Gerd Finke

*Hans-Gerd Finke
Sozialverband VdK Niedersachsen-
Bremen e. V.*

„Chronisch gesund“

Bericht über eine ungewöhnliche Tagung vom Dachverband Salutogenese e. V.

Das Tagungsmotto „Chronisch krank und doch gesund“ mag manchem als paradox erschienen sein – nicht so der wortgewaltigen Annelie Keil. Die mittlerweile 73-jährige emeritierte Bremer Professorin der Gesundheitswissenschaften pointierte prägnant: „Wir Menschen sind alle chronisch und das ist auch gut so. Andernfalls wären wir nämlich tot.“ Keils begeisternder Vortrag setzte den Schlusspunkt unter das dreitägige Symposium der paritätischen Mitgliedsorganisation Dachverband Salutogenese e. V., das vom 4.-6. Mai 2012 in der früheren Pädagogischen Hochschule der Universität Göttingen mit gut 120 Teilnehmenden aus dem gesamten Bundesgebiet und benachbarten Ländern stattfand.

Annelie Keil personifizierte gewissermaßen das Tagungsthema: Krankheit und Gesundheit schließen einander nicht aus, sondern sind miteinander verwoben und gehen miteinander um. Sie selbst sei seit vielen Jahren von verschiedenen chronischen Erkrankungen betroffen und medizinisch gesehen ein Wrack, aber ansonsten ziemlich gesund. Sie warf die Frage auf, ob überlieferte, aber marginal gebliebene vorhandene Konzepte unter dem eingängigen Begriff der Salutogenese eine neue Schubkraft erhielten. Die Referentin begrüßte das Tagungsthema, weil dieses Krankheit und Gesundheit miteinander verknüpfe. Vehement wandte sich Keil gegen einen immer weiter um sich greifenden „Gesundheitsteror“. Krankheit werde und müsse es immer geben.

Stefan Wilm, Hausarzt und Professor für Allgemein- und Familienmedizin an den Universitäten Witten/Herdecke und Düsseldorf, leitete seinen Hauptvortrag mit der provozierenden These ein, dass zwar viele über die Lasten chronischer Krankheiten klagten, aber doch keiner sie aufgeben wolle. Denn dann müssten Betroffene auf Privilegien verzichten, Behandler auf Einnahmen, Pharmakonzerne auf Profite und auch die systemkritischen Gesundheitsberater verlören ihre Klientel. Wer also solle Interesse an Veränderung haben, wenn doch alle, wenn auch auf unterschiedliche Weise, von ‚chronisch‘ profitieren? Andererseits trügen eben dadurch alle dazu bei, dass das Ausmaß chronischer Krankheit aufgebläht werde und schon heute, wenn man die verfügbaren Zahlen ernst nehme, jeder Bürger ein Chroniker sein müsse.

Zu unterscheiden sei also zwischen Krankheit und Kranksein und es bedürfe dringend des Empowerments, um sich der vom Gesundheitswesen ausgehenden Pathologisierung widersetzen und Handlungsautonomie zurückzugewinnen zu können. Eine zentrale Aufgabe für ihn als Hausarzt sei daher die Hilfe zur Selbsthilfe und der Schutz von Ratsuchenden vor medizinischer Überver- und Übervorsorgung („Quartärprävention“). Voraussetzung hierfür seien tragfähige Beziehungen, in denen er als verlässlich und glaubwürdig erfahrbar sei, sich der Begrenztheit seines professionellen Handelns bewusst bleibe und dies ggf. auch benenne. Und dennoch: „Ich bleibe bei allem Bemü-

hen um eine salutogene Perspektive als Hausarzt pathogen und mache als Teil des Systems Menschen chronisch krank.“

Die Teilnehmer des Symposiums brachten ihre Kompetenz selbst ein, zum einen in zahlreichen Workshops, wie zur „Lebensfreude“, „Selbstheilungsfähigkeit“, zu „Mentalem Gesundheitstraining“, „Atem, Tanz und innere Achtsamkeit“, „Wahrheit heilt...“ u.a.m., zum anderen in einen salutogenen kreativen Kommunikationsprozess, der am Samstagnachmittag von Theodor D. Petzold eingeleitet wurde und am Sonntag in einem sog. ‚World-Cafe‘ unter Anleitung von Marianne Klues-Ketels zum Abschluss gebracht wurde. Zu Beginn erzählte jeder Teilnehmer einem Partner zu der Frage, was ihm nachhaltig gut tue – auch in einer Krise oder bei Erkrankung. Auf diese Art mit ihrer eigenen Lösungskompetenz als Betroffene verbunden brachten die Teilnehmenden ihre Wunschlösungen und ihr inneres Wissen zu selbstbestimmten Themen in eine Gruppenarbeit ein. Die Arbeitsergebnisse wurden dann im Plenum als Lösungsvorschläge vorgetragen. Z.B. „Sich und anderen Raum geben und nehmen“, „Helfen hilft“, „Zugehörigkeitsgefühl“, „Sicherheit – auch bei Veränderung“, „Partizipation“, „Gesund schrumpfen“, „Wertschätzung“ u.a.m.

Dr. Ellis Huber, der in den 80er Jahren die Gesundheitsbewegung mit initiiert und mittlerweile als Chef einer Krankenkasse eine Lanze für Prävention und Gesundheitsförde-



Präsentation der Ergebnisse aus den Gruppenarbeiten und Workshops.

rung bricht, forderte in seinem abschließenden Statement am dritten Tag des Symposiums eine dritte Gesundheitsrevolution. Jetzt komme es auf eine Förderung der Gesundheitsressourcen an. Angesichts des Reichtums der Gesellschaft und des Fortschritts der Behandlungsmöglichkeiten sei die anhaltende sozial

bedingte gesundheitliche Ungleichheit skandalös und regional unmittelbar erfahrbar. Huber forderte eine neue Vertrauenskultur und sah die neuen Heilmittel in Bildung, sozialer Teilhabe und Gemeinschaftlichkeit. Hubers Motto: „Die Zukunft beginnt von unten.“ Gesundheit sei, so schon Thomas von Aquin, nicht

Zustand, sondern Haltung. Investition in so verstandene Gesundheit sei nachhaltig kostengünstiger und lebensbejahender als das derzeitige Gesundheitswesen.

*Susanne Müller
Dachverband Salutogenese e. V.
c/o Zentrum für Salutogenese*

„Wer sich nicht traut, vergibt eine Chance“

Von der Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt

Thomas Pohl hat ihn gewagt: Den Schritt aus der Werkstatt in einen Betrieb auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Im folgenden gibt er aus der Warte eines Menschen mit Behinderung einen Einblick in seine neue Arbeit, begleitet durch den Fachdienst Betriebliche Integration der Lebenshilfe Braunschweig e. V.

„Seit November 2011 bin ich auf einem ausgelagerten Arbeitsplatz in der Orbit Antriebstechnik GmbH. Dort sind etwa 30 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt. Die Orbit Antriebstechnik ist ein Handelsunternehmen und vertreibt deutschlandweit Kupplungen. Diese Kupplungen werden nicht

in Autos, sondern im Maschinenbau eingesetzt.

Zurzeit habe ich zwei Tätigkeitsfelder: die Vertriebsabteilung und das Lager. In der Vertriebsabteilung arbeite ich sehr viel mit Excel, wobei meine Spezialität sehr große Tabellen sind. Weitere Aufgaben sind das Aktualisieren

von Produktdatenblättern und der Versand von Produktinformationen. Außerdem wirke ich bei der Herstellung des Newsletters und der Prospekte mit.

Es gibt bei Orbit auch Spezialsoftware, die auf die Bedürfnisse dieses Betriebes zugeschnitten ist. Diese Spezialsoftware kannte ich nicht, als ich in diesem Unternehmen anfang. Glücklicherweise wurde ich von meinen Arbeitskollegen und -kolleginnen in diese für mich neue Software eingearbeitet.

Im Lager bearbeite ich den Wareneingang; ich überprüfe also den Wareneingang auf Vollständigkeit, buche den Wareneingang am Computer und lagere ihn ein.

Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wird erwartet, dass man sich stetig weiterbildet. Ich nahm so schon an einem Volkshochschulkurs Büroorganisation und Bürotechnik teil. Es ist geplant, dass ich nach den Sommerferi-

en an einem Englischkurs teilnehmen werde, denn in einer vernetzten, globalisierten Wirtschaft sind gute bis sehr gute Fremdsprachenkenntnisse unumgänglich.

Highlight meines bisherigen Praktikums war unter anderem ein Besuch der Hannover Messe, bei der Orbit jedes zweite Jahr ausstellt. Wenn man ein Praktikum auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt macht, sind die Erwartungen der Vorgesetzten an Leistungsvermögen und Leistungsbereitschaft höher als in einer Werkstatt für behinderte Menschen. Es gibt auch nicht so viele Pausen wie in einer Werkstatt, aber das tut meiner Freude keinen Abbruch. Wer ein risikoloses Erwerbsleben ohne große Überraschungen sucht, ist in einer Werkstatt gut aufgehoben.

Wer jedoch bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und in Kauf nimmt, dass es auch mal zu Rückschlägen kommen kann, der sollte sich an den Fachdienst

Betriebliche Integration der Lebenshilfe Braunschweig wenden, um einen Praktikumsplatz in einem Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes zu suchen.

Ich bin mit dem Erreichten sehr zufrieden und sehr glücklich darüber, dass die Lebenshilfe Braunschweig mit Orbit einen Kooperationsvertrag bis April 2013 geschlossen hat. Die Arbeit macht mir sehr viel Spaß. Es war aber auch ein langer Weg bis zu Orbit. Ich fing im Berufsbildungsbereich des Industrie-Services der Lebenshilfe an, arbeitete in der Abteilung Transport, Logistik, Montage, machte ein Praktikum in der Zentralverwaltung der Lebenshilfe und machte eines im Arbeitsvorbereitungsbüro des Industrie-Services.

Hilfreich war ein Berufsprofilung bei der DIS AG in Braunschweig, das ich dankenswerterweise kostenlos von diesem Personalvermittlungsunternehmen erhalten habe. Ein Berufsprofilung dient dazu, die Stärken, Neigungen und Interessen einer Person festzustellen, um zielgerichtet einen passenden Arbeitsplatz für diese Person finden zu können.

Dieser positive Werdegang wäre nicht vorstellbar ohne die fachkundige und tatkräftige Unterstützung durch den Fachdienst Betriebliche Integration. Dieser begleitet Leistungsberechtigte, die sich in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes versuchen wollen.“



Sehr große Tabellen sind seine Spezialität: Thomas Pohl an seinem neuen Arbeitsplatz.

Foto: Jörg Klingebiel / Lebenshilfe Braunschweig

Thomas Pohl

Werkstattrat handelt Kompromiss mit Geschäftsleitung aus Erstes Verfahren erfolgreich durchgeführt

Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sind Schlagworte, die im Rahmen der Inklusionsdiskussion bedeutsam sind. Die Werkstättenmitwirkungsverordnung ist ein wichtiges Feld, um demokratische Spielregeln in einer Werkstatt miteinander auszuhandeln. Wichtige Themen des Arbeitsalltags sind Gegenstand der Erörterung zwischen Werkstattleitung und dem Werkstattrat. Dazu gehören die Lohngestaltung, Pausenregelungen, Gestaltung von Arbeitsräumen, die Einstellung von Fachkräften, aber auch die Urlaubsgestaltung.

Doch was tun wenn man sich nicht einigen kann? Hierfür gibt es die Möglichkeit eine Vermittlungsstelle einzurichten. Der Werkstattrat und die Leitung der paritätischen Mitgliedsorganisation Hannoversche Werkstätten gem. GmbH waren sich uneins über die Sommerurlaubsregelung. Von September 2011 bis zum Januar 2012 fanden die Ver-



Zufrieden mit dem Ergebnis: Werkstattratsvorsitzender Lars Torn, Geschäftsführerin Vera Neugebauer und Schlichter Christoph Brehmer.

mittlungsgespräche statt. Werkstattleitung und Werkstattrat haben sich auf Hans-Christoph Brehmer als Vorsitzenden geeinigt. Herr Brehmer ist der Behinderten-Beauftragte der Region Hannover.

In insgesamt drei Sitzungen wurden die unterschiedlichen Standpunkte herausgearbeitet und anschließend gemeinsam nach einem Kompromiss gesucht. Am 29.03.2012 wurde die Vereinbarung nun von allen Seiten unterschrieben. Das Ergebnis: Es wird 2013 wieder einen Be-

triebsurlaub geben, dafür werden alle Werkstattmitarbeiter ein höheres Urlaubsgeld erhalten. Beide Verhandlungsseiten, aber auch der Vermittler zeigten sich sehr zufrieden über das Ergebnis und die konstruktive Verhandlungsatmosphäre. Damit ist niedersachsenweit das erste Verfahren nach § 6 der Werkstättenmitwirkungsverordnung erfolgreich durchgeführt worden.

*Christine Herbrig
Hannoversche Werkstätten
gem. GmbH*

Hintergrund: Werkstattrat

Nach § 139 SGB IX wirken Menschen mit Behinderungen unabhängig von ihrer Geschäftsfähigkeit in Angelegenheiten, die sie betreffen, in der Werkstatt mit. Diese Mitwirkung geschieht durch den Werkstattrat. Einzelheiten dazu regelt die Werkstättenmitwirkungsverordnung.

Der Werkstattrat wird von den Werkstattbeschäftigten (soweit sie keine Arbeitnehmer sind)

gewählt und setzt sich aus mindestens drei Mitgliedern zusammen. Zu den Aufgaben des Werkstattrates gehört es, darüber zu wachen, dass die geltenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften und mit der Werkstatt getroffenen Vereinbarungen von der Werkstatt eingehalten werden.

Der Werkstattrat hat auch weitreichende Mitwirkungsrechte, die sehr verschiedene Bereiche

umfassen wie z. B. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, Fragen der Gestaltung der Arbeitsentgelte, Einführung von neuen technischen Arbeitsverfahren, Mitgestaltung sozialer Aktivitäten und andere mehr.

*Eduard Schellenberg
Referent für Betriebswirtschaft
und Entgelte
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e. V.*

Neuer Schwerbehindertenausweis

Ausweis ab 2013 in neuer Form

Ab dem 1. Januar 2013 wird es den derzeitig relativ großen in Papierversion ausgestellten Schwerbehindertenausweis als Plastikkarte geben. Künftig wird der Schwerbehindertenausweis dasselbe kleine Format haben wie der neue Personalausweis, der Führerschein und Bankkarten. Er wird damit benutzerfreundlicher. Außerdem enthält er den Nachweis der Schwerbehinderung erstmals auch in englischer Sprache. Für Blinde wird

die Buchstabenfolge sch-b-a in Brailleschrift aufgedruckt, damit diese Menschen ihren neuen Schwerbehindertenausweis besser von anderen Karten gleicher Größe unterscheiden können.

Die mit dem Ausweis verbundenen Rechte bleiben unverändert. Der neue Ausweis kann ab dem 1. Januar 2013 ausgestellt werden. Den genauen Zeitpunkt der Umstellung legt jedes Bundesland für sich fest. Spätestens

ab dem 1. Januar 2015 werden jedoch nur noch die neuen Ausweise ausgestellt.

Die vorhandenen alten Ausweise bleiben bis zum Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer gültig. Alle Nachteilsausgleiche können auch mit den alten Ausweisen in Anspruch genommen werden.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel
 Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de

 paritätisches
 JUGENDwerk



kraftvoll



lautstark



dynamisch

für Teilhabe, Solidarität,
 soziale Gerechtigkeit

Sag es einfach, sag es klar

Neue Dienstleistung des Büros für Leichte Sprache der Hannoverschen Werkstätten



Mitarbeiter bei der Arbeit im Büro für Leichte Sprache.

Viele Menschen in unserer Gesellschaft haben das Gefühl, abgehängt zu werden und nicht mehr mitzukommen, denn überall gibt es schwer verständliche **Texte**. Man findet sie in Gesetzen, Broschüren, Formularen oder Behördenanschriften. Sie verhindern, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten, alte Menschen, aber auch Menschen, die sich mit der deutschen Sprache schwer tun, an unserer Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben können. Das Büro für Leichte Sprache der Hannoversche Werkstätten gem. GmbH will **Abhilfe schaffen**. Es bietet eine neue Dienstleistung der Hannoverschen Werkstätten – es über-

setzt schwierige Texte in Leichte Sprache.

Das Büro ist mit sechs Werkstattmitarbeitern an den Start gegangen. Sie arbeiten entweder als Übersetzer oder als Prüfer. Die **Büroleitung hat Alexa Köppen**. Sie ist auch die Ansprechpartnerin für alle, die gerne Texte übersetzt haben möchten. „Behörden und Parteien, Firmen und Verlage aber auch Vereine und Privatpersonen – alle können unsere Kunden sein,“ betont Alexa Köppen. „In Bremen und Osnabrück hat man schon länger Erfahrungen mit Leichter Sprache und der Bedarf wächst ständig.“ Das Team hat sich schon gut in die neuen,

hellen Räume im Dienstleistungszentrum in Rethen eingelebt. In den nächsten Wochen werden weitere Mitarbeiter dazu stoßen, sodass immer mehr Aufträge gleichzeitig bearbeitet werden können.

Ihr erstes Werk ist es zwar nicht, aber trotzdem sind die Mitarbeiter des Büro für Leichte Sprache auf ihre **Erläuterungen des Niedersächsischen Heimgesetz** besonders stolz. Persönlich hat ihnen Detlev Jähnert, Referent des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in Niedersachsen, ein erstes Exemplar übergeben. Für die Erläuterungen des Niedersächsischen Heim-

gesetzes haben die Mitarbeiter übrigens nicht nur den Text übersetzt, sondern auch bei einer aussagekräftigen Bildauswahl mitgewirkt. Das Ergebnis hat sogar Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, beeindruckt. Sie hat das

Heft mit einem Grußwort versehen. Das Heim-Gesetz in Leichter Sprache kann man bestellen beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, 30159 Hannover. Informationen zum Büro für

Leichte Sprache unter 05102 930 98 19 oder per E-Mail an leichte.sprache@hw-hannover.de.

*Marion Forstmeier
Hannoversche Werkstätten
gem. GmbH*

Autoren gesucht!

Erstes InklusionsForum Niedersachsens eröffnet

Wie weit ist die Inklusion in privaten Freizeiteinrichtungen fortgeschritten? Welches sind die Bedenken von Lehrern und Eltern an inklusiven Schulen? Und wo finde ich Interessenten, die mit mir eine Elterninitiative gründen? Antworten auf diese Fragen und reichlich Gelegenheit zum Austausch und zur Diskussion rund um das Thema Inklusion bietet das erste InklusionsForum Niedersachsens, das die paritätische Mitgliedsorganisation Mittendrin e.V. und die Lan-

desarbeitsgemeinschaft Gemeinsam Leben – gemeinsam Lernen Niedersachsen e.V. nun im Internet eröffnet haben.

Auf der Seite www.mittendrin-hannover.de/zum-forum.html laden die Betreiber des Forums alle Interessierten dazu ein, sich zum Thema Inklusion auszutauschen, Fragen zu stellen und sich niedersachsenweit miteinander zu vernetzen. Gesucht werden jede Menge aktive Autoren, die das Fo-

rum, das noch in den Kinderschuhen steckt, mit Leben und Wissen füllen. Neue Mitglieder sind jederzeit herzlich willkommen, und wer erst einmal als Gast „schnuppern“ will, kann im Forum stöbern, bevor er sich zum aktiven Mitdiskutieren anmeldet.

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

Ein ganzer Kindergarten in Bewegung

Wilhelmshavener Kita erhält Markenzeichen

Anlässlich der Verleihung des Markenzeichens „Bewegungskindergarten“ durch den Niedersächsischen Turner-Bund (NTB) fand am Freitag, 23.06.2012, im heilpädagogischen Kindergarten Leuchtfeuer, eine Einrichtung der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit (GPS) mbH Wilhelmshaven, die feierliche Übergabe im Rahmen eines Sommerfestes statt. „Bewegungserfahrung eröffnet unseren Kindern auf ganz unverzichtbare Weise

das Tor zum Lernen“, sagte Sylvia Erhardt, Leiterin des Kindergartens. In Anwesenheit von Jürgen Thiedemann, Regionalleiter der AOK, GPS-Geschäftsführer Manfred Pfaus sowie der Kinder mit Geschwistern und Eltern überreichte Uschi Selchow vom NTB dem Kindergarten die Urkunde. „Das Markenzeichen ‚Bewegungskindergarten‘ wird nur an Kindertageseinrichtungen vergeben, die die ganzheitliche Förderung der Gesamtpersönlichkeit und das

Lernen aller Kinder durch Bewegung nach festgelegten Standards unterstützen und ausbauen. Und genau das bietet die Einrichtung Leuchtfeuer in der Rheinstraße“, erklärte Uschi Selchow.

In allen Gruppenräumen gab es zum Fest Bewegungs-Spielangebote, die von den Eltern nach Anleitung bequem auch zuhause umgesetzt werden können. Zusammen mit ihren Familien durchliefen die Kinder die Parcours mit



Bei dem Sommerfest waren Bewegungs-Spielangebote wie das „Spinnennetz“ aufgebaut, die die Kinder gemeinsam mit ihren Eltern mit viel Spaß und Geschicklichkeit durchliefen.

viel Spaß und Geschicklichkeit. Wenn Kinder sich bewegen, machen sie über alle Sinne ihre Erfahrungen. Sie lernen über das bewegte Spiel ihre Umwelt besser kennen und ihre gesamte Entwicklung wird dabei gefördert. Durch die grobmotorischen Angebote lernen sie zu stehen, zu gehen, zu sitzen. Sie spüren, wie ihre Muskeln sich bewegen, und wissen dann auch mit geschlossenen Augen, wo z.B. sich gerade ihre Arme befinden. Den Kraftaufwand einzuschätzen, eine Tür zu öffnen oder einen Ball zu werfen, erfahren sie so ebenfalls. Das übt unter anderem das später in der Schule geforderte still sitzen.

Die feinmotorischen Angebote schulen die Koordination von

der Hand zur Hand und von der Hand zum Auge. Durch verschiedene Materialien lernen die Hände, wie sie sich bewegen können und welche Materialien sich wie anfühlen. Es kann helfen mit Matsch zu schmieren oder Papier zu reißen, um später einen Stift zu halten oder mit Messer und Gabel zu essen.

Auch für Angebote dieser Art absolvierten die Leuchtfeuer-Mitarbeiter viele Fortbildungen und erreichten so ihr ehrgeiziges Ziel „Bewegungskita“. Dieser Weg zum Markenzeichen war mit vielen Auflagen, durch die Landesregierung, den NTB, der Gemeinde Unfallversicherung und der Universitäten Hannover/Osnabrück gespickt. Natürlich wird nach dem

Umzug Anfang 2013 darauf geachtet, dass die Kinder draußen und drinnen wieder viele Bewegungsräume bekommen werden. Denn: „Wir wissen genau, Bewegung wird für uns und unsere Kinder immer von großer Bedeutung bleiben!“

*Ina Winkler
Gemeinnützige Gesellschaft für
Paritätische Sozialarbeit mbH
Wilhelmshaven*

Suche nach Spezialisten soll erleichtert werden

Selbsthilfverein VulvaKarzinom führt SHG-Siegel für Kliniken ein

Die paritätische Mitgliedsorganisation VulvaKarzinom-Selbsthilfgruppe (SHG) e.V. aus Wilhelmshaven vertritt die Interessen von Frauen, die an einem Vulvakarzinom oder einer Vorstufe (VIN) erkrankt sind. Diese Erkrankung ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt, obwohl die Zahlen seit Jahren steigen. Nach einer aktuellen **Schätzung der Krebsregister** erkranken in Deutschland jährlich zwischen 3.800 und 5.300 Frauen erstmalig an einem Vulvakarzinom¹. 2009 beliefen sich diese Angaben noch auf 2.775 bis 3.015 Neuerkrankungen². Anders als bei Brust- oder Gebärmutterhalskrebs existieren keine Maßnahmen zur Qualitätssicherung wie eine **Zertifizierung speziell mit dem Fokus auf unsere Erkrankung**. Wir wissen als Betroffene nur zu gut, wie wichtig es für unsere Lebensqualität ist, auf der Basis eines aktuellen Wissensstandes behandelt zu werden. Durch unsere Vereinsarbeit erleben wir jeden Tag das Leid, das aus einer oftmals verzögerten Diagnose und einer suboptimalen Therapie resultiert. So werden Patientinnen mit einer **Vorstufe häufig nicht darauf hingewiesen, dass als Alternative zum Skalpell im Regelfall die Lasertherapie zur Verfügung steht**. Als Folge können insbesondere beim **Entfernen großflächiger Hautveränderungen (Dysplasien) ausgedehnte Verstümmelungen entstehen, die durch den Einsatz des Lasers vermeidbar gewesen wären**.

Bei der Therapie des Vulvakarzinoms spielen leider Funktionalität

und der Erhalt bzw. das Wiederherstellen eines weiblichen Aussehens in der Praxis nicht nur in **Einzelfällen keine relevante Rolle, denn häufig wird zu radikal operiert und im ungünstigsten Fall bedeutet das den Verlust des kompletten Genitales**. Dagegen heißt es bei Medizinerinnen, die sich auf die Behandlung des Vulvakarzinoms spezialisiert haben: „So viel wie nötig – so wenig wie möglich“. Das bedeutet z.B. angesichts der Größe und Lage eines Tumors nicht generell die **Klitoris zu entfernen** und den entstandenen Defekt erforderlichenfalls sofort, d.h. in nur einer Operation, mit Hilfe der plastischen Rekonstruktion zu beseitigen, um die Integrität der Patientin zu erhalten. Zu einer schonenden Therapie gehört ebenfalls die **Sentinel-Lymphonodektomie** beim Tumorstadium T1 und T2 mit unauffälligen Leistenlymphknoten. Diese beim Spezialisten seit Jahren übliche und sichere Methode zum **Auffinden von Metastasen in den Lymphknoten reduziert für Patientinnen das Risiko eines Lymphödems erheblich**. Leider wird die Sentinel-Lymphonodektomie immer noch nicht als Standard angesehen, obwohl erste positive Studienergebnisse bereits seit 2008 vorliegen⁵.

Wie aber einen Spezialisten für das Vulvakarzinom und seine Vorstufen finden, um schonend und frauenfreundlich therapiert zu werden, wenn anerkannte Qualitätskriterien fehlen? Vor diesem Hintergrund führen wir für Kliniken auf freiwilliger Basis unser SHG-Siegel ein.

Es wird für 2 Kalenderjahre, d.h. das laufende und das folgende Kalenderjahr, erteilt. Wir möchten betroffenen Frauen durch dieses Siegel einen Anhaltspunkt geben, **welche Kliniken moderne operative Therapieverfahren anwenden und wichtige Mindestkriterien erfüllen**. Eine weitere Voraussetzung für die Verleihung des SHG-Siegels ist die Teilnahme an einer Fortbildungsveranstaltung, denn auch bei einer seltenen Erkrankung ist **Fortbildung und insbesondere der Erfahrungsaustausch von Relevanz**. Diese Veranstaltung wird einmal im Jahr, beginnend mit diesem Jahr, von einem Mitglied des medizinischen Beirates in Kooperation mit unserem Selbsthilfverein ausgerichtet. Selbstverständlich freuen wir uns über jeden Mediziner, der teilnimmt, selbst wenn seine Klinik kein Siegel beantragt.

Bei unserem SHG-Siegel handelt es sich um kein **Zertifizierungsverfahren** – das ist bereits aus rechtlichen Gründen nicht möglich –, sondern es sollen mit Unterstützung der an diesem innovativen Projekt beteiligten medizinischen Beiratsmitglieder lediglich die Kliniken gekennzeichnet werden, die nach ihren eigenen, mit entsprechenden Nachweisen zu belegenden Angaben die von uns ausgearbeiteten Qualitätskriterien einhalten. Dadurch, dass die Auswertung der Klinikunterlagen durch Mediziner erfolgt, stellen wir die Beteiligung von medizinischem Fachverstand an unseren Entscheidungen sicher. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den involvierten Beiratsmitglie-

dern und ihren beteiligten Teammitgliedern, denn ohne ihr Engagement wäre vieles in unserer Vereinsarbeit wie auch dieses Projekt nicht möglich.

Wollen wir Patientinnen bei der Wahl der Klinik die Entscheidung abnehmen? Ein klares Nein. Im Gegenteil, wir ermutigen sie, sich durch entsprechende Fragen zu vergewissern, ob sie ihre Behandlung einem bestimmten Arzt anvertrauen möchten. Unser Siegel kann

ihnen nur eine erste Orientierung bieten und dazu anregen, sich auch unter dem Schock der Diagnose um eine gute Therapie zu kümmern. Menschen mit einer seltenen Erkrankung wird dabei viel Eigeninitiative abverlangt, aber der Einsatz lohnt sich im Interesse der eigenen Lebensqualität. Ziel sollte sein, jede Frau individuell zu operieren, um eine unnötige Genitalverstümmelung zu vermeiden. Dafür möchten wir Patientinnen und Ärztinnen sowie Ärzte sensibilisieren.

Weitere Informationen zu unserem SHG-Siegel haben wir auf unserer Homepage www.VulvaKarzinom-SHG.de hinterlegt. Dort stehen auch die zu seiner Beantragung erforderlichen Unterlagen für Kliniken als Download zur Verfügung.



Enzia Selka

VulvaKarzinom-SHG e. V.

Quellen:

¹Katalinic, A.; Gerdemann, U.; R. Pritzkeleit Aktuelle Zahlen aus Deutschland zum Vulvakarzinom, Gesellschaft der epidemiologischen Krebsregister in Deutschland e. V. (GEKID e. V.), April 2012

²Katalinic, A; Löwigt, S: Aktuelle Zahlen aus Deutschland zum Vulvakarzinom, Gesellschaft der epidemiologischen Krebsregister in Deutschland e. V. (GEKID e. V.), November 2009

³Zentrum für Krebsregisterdaten, Robert Koch Institut Stand: 18.01.2012

⁴Zentrum für Krebsregisterdaten, Robert Koch Institut Stand: 21.05.2012

⁵Van der Zee A.G., Oonk M.H., De Hullu J.A., Ansink A.C., Vergote I, et al. Sentinel node dissection is safe in the treatment of early-stage vulvar cancer. *J Clin Oncol* 2008; 26:884-889

Willkommen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. hat auf seinen Vorstandssitzungen am 21. Mai und am 4. Juli die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen möchten wir Ihnen an dieser Stelle kurz vorstellen. Weiterführende Informationen und Links über unsere Mitgliedsorganisationen sowie Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme finden Sie auf unserer Homepage www.paraetaetischer.de, Rubrik „Mitglieder“.

klasse idee gGmbH

Die klasse idee gGmbH ist Pächter des Naturfreundehauses Hannover, ein Schullandheim, Gäste- bzw. Seminarhaus und zentrale Bildungsstätte der Naturfreundejugend Deutschlands e. V. Es liegt zentrumsnah und doch mitten im Grünen mit einem 20.000 m² großen Grundstück am nordöstlichen Rand der Eilenriede. Die mit dem Betrieb des Hauses verbundenen Ziele haben die Pächter des Naturfreundehauses seit Dezember 2010 bereits im Fir-

mennamen, der „klasse idee gGmbH“, festgeschrieben. Hier steht das Wort „idee“ für inklusiv denken (und) exklusiv erleben. Inklusives Denken ist für die klasse idee gGmbH Handlungsmaxime und Arbeitsgrundlage zugleich – insbesondere auch in der Beschäftigung von Mitarbeitern mit Behinderung von der Lebenshilfe Seele e. V. Die Betreiber verstehen das Naturfreundehaus als „Begegnungs- und Aufenthaltsraum“ der allen Personen offen steht, unabhängig von Geschlecht, Be-

hinderung und Herkunft, und der durch seine internationale und solidarische Ausrichtung gekennzeichnet ist. Die Gäste erwarten exklusive Erlebnisse, bestehend aus einer herzlichen Atmosphäre, frischem und leckerem Essen, einem Abenteuergrundstück und abwechslungsreichen Bildungsangeboten zu den verschiedensten Themen. Neben „Klassikern“ wie den „Erlebe-Natur-Tagen“ für die Grundschüler und den „Erlebe-Aktiv-Tagen“ für die Mittel- und Oberstufe, gibt es seit einem Jahr „Erlebe-Inklusion-Tage“, ein 5-tägiges Programm, welches sich dem Thema Inklusion widmet. Nach mittlerweile knapp 20 Monaten Betrieb ist die Klasse idee gGmbH von 4 auf 10 Mitarbeiter angewachsen und das Naturfreundehaus Hannover hat sich in vielen kleinen und großen Dingen verbessert und verschönert.

Integrations- und Selbstwiederaufbauverein Spektrum e.V.

Der Integrations- und Selbstwiederaufbauverein Spektrum e.V. ist ein gemeinnütziger, seit 2006 in Osnabrück tätiger Verein, der sich der Integration von Menschen aus den GU-Staaten verschrieben hat. Er hat mittlerweile 147 Mitglieder, die durch gegenseitige Unterstützung untereinander gemeinsam die sprachlichen, kulturellen, psychischen und alltäglichen Hindernisse aufbrechen und die neue Heimat für sich als Hauptlebenspunkt erschließen. Im Rahmen gemeinsamer kultureller Aktivitäten, Aktionen auf dem Rosenplatzfest oder während der interkulturellen Wochen lernen die Mitglieder als Verein und Gemeinschaft zum einen das Leben und Treiben in Osnabrück kennen und präsentieren zum anderen Teile der Kultur

ihrer Herkunftsländer. Mit dem Logo des Vereins, einem Diamanten und der Regenbogenstraße, soll verdeutlicht werden, dass jeder mittels seines Charakters sich selbst aufbauen und diese positive Kraft an seine Mitmenschen weitergeben kann. Das Motto „Was wir im Inneren tragen, das geben wir weiter“ ist ein Leitfaden für die Arbeit, dies gilt in Hinblick auf die neue Heimat Deutschland, in der alltägliche Hindernisse gemeinsam bewältigt werden. Aber auch der Bezug zu anderen Bevölkerungsgruppen ist dem Verein wichtig, um die verschiedenen Kulturen einander näher zu bringen. Zum Vereinsleben gehören Familienausflüge, sportliche und geistige Aktivitäten für Jung und Alt sowie Projekte, die mit staatlicher Unterstützung der Neuorientierung und dem Selbstwertgefühl dienlich sind.

Reden, schwatzen, klönen...

Niedersachsen feierte den „Tag des Sprechens“

Am 23. Juni 2012 haben in rund 50 Regionen in Niedersachsen Sprachheilkindergärten, Kindertagesstätten, Fachschulen, ambulante Sprachtherapiepraxen, Schulen und weitere Einrichtungen den „Tag des Sprechens“ unter Schirmherrschaft der niedersächsischen Sozialministerin Aygül Özkan gefeiert. Die vielfältigen Aktionen der teilnehmenden Einrichtungen reichten von einem Tag der offenen Tür mit Sommerfestcharakter bis zu ausgedehnten Fachveranstaltungen mit zahlreichen Informationen, Angeboten und Mitmachaktionen für Fachleute, Eltern und natürlich für Kinder. Im Parität

Report berichten teilnehmende Einrichtungen, wie der „Tag des Sprechens“ bei ihnen gefeiert wurde.

Sprache ist vielfältig, spannend, interessant und macht Spaß

Die Sprachheilkindergärten des Paritätischen in Braunschweig, Salzgitter und Gifhorn waren mit tollen Aktionen am landesweiten „Tag des Sprechens“ mit dabei. Bereits einige Tage vor dem offiziellen Festtag hatten die drei Einrichtungen für dem 20.06.2012 zu einer gemeinsamen Aufaktveranstaltung

mit Fachvorträgen nach Braunschweig geladen.

Dr. Gisela Klatt aus Berlin widmete sich dem Thema „Der Mythos von der Selbstbildung des Kindes“. Der Fokus ihre Vortrags galt Kindern, die keine Lobby haben, Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern nicht deutschsprachiger Herkunft, Kindern, die keine wirkliche Teilhabe in der Gesellschaft erfahren. Prof. Dr. Katja Koch aus Braunschweig referierte anschließend über „die Mehrsprachigkeit im Kindergarten. Chancen und Möglichkeiten



Rhythmus, Bewegung, Klangerlebnisse, und Fantasie vermitteln beim Trommeln ein Gefühl für Sprache.

von Immersion“ und traf unter anderem die Aussage: „Sprache ist das wichtigste Medium der zwischenmenschlichen Kommunikation. Ein angemessener Erwerb von Sprache stelle die Grundlage für die Teilhabe am sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben dar.“

Spielerisch erlebten kleine und große Besucher die Bedeutung der Sprache dann am eigentlichen „Tag des Sprechens“. Die Resonanz war in allen drei Einrichtungen groß. Der Spaß an der Sprache und dem Sprechen stand am Aktionstag im Vordergrund. Und so hatten die Angebote viel Sinnvolles-Spielerisches, denn ganz nebenbei wurde beispielsweise beim Pusten von Seifenblasen mit dem Formen der Lippen

und dem dosierten Pusten die Mund-Gesichts-Muskulatur gestärkt.

Sprache zu erlernen bedeutet mehr als nur die Grammatik richtig zu verwenden. Richtiges Sprechen bedeutet, mit Gefühlen umgehen zu können, um sie letztendlich in Worte fassen zu können. Das wurde an und mit den vielen verschiedenen Angeboten und Aktionen am Tag des Sprechens deutlich. Mundmotorik-Spiele wie die „Gummibärenwaschanlage“, Workshops, Wahrnehmungs- und Bewegungsspiele, Sprachstationen sowie Musik, Bastel- und Vorleseangebote begeisterten Klein und Groß ebenso wie die tollen Theateraufführungen. In Salzgitter beispielsweise wurden mit einem Trommelangebot Rhythmus, Be-

wegung, Klangerlebnisse, und Fantasie miteinander verknüpft und damit gleichzeitig ein Gefühl für Sprache vermittelt.

*Anke Meyer
Gemeinnützige Gesellschaft für
Paritätische Sozialarbeit
Braunschweig mbH*

Lieblingswörter bewegen die Innenstadt

In der Hansestadt Stade beteiligten sich am „Tag des Sprechens“ fünf Grundschulen, ganz besonders die Grundschule am Bockhorster Weg mit ihren vier Sprachheilklassen, die Logopraxis Reymann, das Therapiezentrum der Börne sowie der Sprachheilkindergarten, mit dem Ziel, die Lust und den Spaß am Sprechen in den Fokus zu setzen.

Die Schülerinnen und Schüler der beteiligten Grundschulen sammelten schon Wochen vorher ihre Lieblingswörter, verpackten sie in kleine, selbst bemalte Schachteln und verschenkten sie, verkleidet als Wörterkuriere und Glücksboten, am Samstagvormittag bei strahlendem Sonnenschein an die Passanten in der Fußgängerzone. Diese wiederum hatten den Auftrag, die Lieblingswörter weiter zu geben. Viele Menschen kamen so miteinander ins Gespräch. Ganz besondere Worte, Glückswörter, wurden auf gefaltete Schweinchen geschrieben und ebenfalls an Passanten überreicht. Worte bewegten die Innenstadt.

Am Infostand mitten in der Fußgängerzone gab es viele Informationen von Mitarbeiterinnen des Sprach-

heilkindergartens, Logopädinnen und Logopäden, Lehrerinnen, aber auch die Mitarbeiterinnen der evangelischen Familienbildungsstätte waren dort vertreten und kamen mit Passanten und miteinander ins Gespräch. Umrahmt wurde dieser Stand durch vielfältige Aktionen rund um das Sprechen. Beim Glücksrad waren Worte der Hauptgewinn, mit Hilfe eines Megafons konnten die umstehenden Passanten an einzelnen Gewinnen teilhaben. Schlauchtelefon, Würfeln von Sätzen und das Sprechen mit einem Korken im Mund luden zur Kommunikation ein. Ein mit Hilfe von Luftballons wurden persönliche Lieblingswörter in die Welt hinaus kommuniziert.

Lieblingswörter der ganz besonderen Art sammelten auch die Besu-

cher der Seniorenbegegnungsstätte der Stader Betreuungsdienste. Auf einer Stellwand schrieben Sie ihre Lieblingswörter über mehrere Wochen auf – schauten immer mal wieder drüber und ergänzten die Sammlung, u. a. mit schon fast vergessenen Worten wie Schietbüttel und Lausbub. Ein ganz besonderes Highlight war die Aktion „Dingsda“ – Kinder erklären Wörter. Die Begriffe, auf Video aufgezeichnet, wurden von vier Rateteams, bestehend aus VertreterInnen der Verwaltung, dem Basketballteam, dem Tageblatt und den Betreuungsdiensten der Hansestadt Stade, erraten.

*Sabine Giesler
Sprachheilkindergarten Stade
Die Börne gem. GmbH*



Reges Treiben beim „Tag des Sprechens“ in Stade.

„Na, weil es gut schmeckt!“

Integrationsbetrieb Bistro al Pari hat sich schnell etabliert

Es ist Montagmittag, kurz vor halb eins, im Gewerbegebiet Stadthagen. Ein großer Elektronikmarkt wirbt mit unschlagbaren Niedrigpreisen, ein paar Meter weiter glänzen frisch polierte Autos eines Gebrauchtwagenhändlers um die Wette. Doch wovon sich viele Besucher um diese Uhrzeit am meisten ansprechen lassen, ist ein gutes, sättigendes, nicht zu teures Mittagessen – und da ist im Stadthagener Gewerbegebiet das „Bistro al Pari“ die erste Adresse vor Ort. Um halb eins ist Hochbetrieb in dem gemeinnützigen Integrationsbetrieb der Paritätischen Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland GmbH (PLSW). Alle 45 Plätze im Bistro sowie einige der Außenplätze sind belegt, an allen Tischen wird zusammengedrückt. Das Publikum ist bunt gemischt: Jung sitzt neben Alt, Geschäftsmann neben Blaumann, Einkaufsbummlerin neben Verkäufer in der Mittagspause. Das Essen ist reichhaltig und vielfältig – vier frische und günstige Gerichte stehen jeden Tag zur Auswahl.

Auch die Dame am Nebentisch lässt es sich schmecken. Mit sichtlichem Genuss schneidet sie ihre Königberger Klopse in mundgerechte Stücke und tunkt sie kurz vor dem Verspeisen in die gut gewürzte Sahneseauce. Auf die Frage, warum sie im Bistro al Pari zu Mittag isst, gibt sie zunächst nur eine knappe Antwort: „Na, weil es gut schmeckt!“ Nach zwei weiteren Bissen hält sie erneut



Farbenfroh einladend: Das Bistro al Pari.

kurz inne und ergänzt: „Schauen Sie, mit diesem Bistro wird doch allen geholfen. Hier werden Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen, ich muss nicht kochen, es schmeckt und alle sind freundlich.“ Dann wendet sie sich wieder ihrem Mittag zu, schließlich gehört noch ein fruchtiges Dessert zum Menü.

Während im Bistro gegessen und genossen wird, sind die Mitarbeiter hinter den Kulissen schwer beschäftigt. Denn nicht nur die Kunden im Bistro wollen verköstigt werden. Die Pari proJob GmbH, Betreiberin des Bistros und 100%-iges Tochterunternehmen der PLSW, beliefert mit ihrer Cook & Chill-Großküche Kindergärten, Schulen, Altenheime oder Unternehmen in den Landkreisen Schaumburg und Hameln-Pyrmont mit Gemeinschaftsverpflegung. „Um die 2.000 Portionen

pro Tag“ werden in der Großküche zubereitet, sagt Betriebsleiter Jörg Vogt. Dass alles reibunglos funktioniert, dafür sorgt das Team aus zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon sechs mit einer Schwerbehinderung.

„Wir haben ein neues Integrationsprojekt gesucht“, erzählt Bernd Hermeling, der gemeinsam mit Manfred Seller die Geschäftsführung der PLSW inne hat. „Unsere immerhin 1.200 Werkstattmitarbeiter hatten sich bis dahin selbst versorgt, da dachten wir, eine Küche würde sich bestimmt lohnen.“ 2010 war Baubeginn des Bistro al Pari, im Dezember 2011 nahm das Unternehmen seinen Betrieb auf – und wurde von Beginn an gut angenommen.

„Das Bistro läuft immer besser, langsam werden unsere Parkplätze knapp“, sagt Jörg Vogt und

erzählt von regionalen Spezialitätentagen, an denen es original Schaumburger Zungenragout gibt und mehr als 200 Gäste das Bistro aufsuchen, um in diesen Genuss zu kommen. Inzwischen gibt es viele Stammgäste, die ihr Mittag regelmäßig im Bistro genießen oder, sicher verpackt, mit

nach Hause nehmen. Andere sind zur Mittagsstunde schon längst fertig mit ihrem Besuch, denn das Bistro al Pari bietet bereits ab 7 Uhr fünf verschiedene Frühstücke an. Und wenn um 14 Uhr im Bistro Feierabend ist, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Großküche schon mitten-

drin im Würzen und Braten vieler, vieler Spießbraten – eines der vier Mittagsgesichte für den nächsten Tag.

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

Gemeinsam aktiv sein und etwas für sich selbst tun

Gut besuchter 13. Lüneburger Selbsthilfetag



Informieren auf dem Selbsthilfetag, von links: Janice Pinnow, Koordinatorin der Selbsthilfegruppe für Mes-sie-Syndrom Betroffene, Erdmute Achenbach, lang-jähriges Mitglied der Selbsthilfegruppe Entsorgte Eltern und Großeltern und Peter Witkowski, Koordinator der selbigen Gruppe.

„Gemeinsam aktiv sein und etwas für sich selbst tun“ – dieser Satz wurde lebendig beim 13. Lüneburger Selbsthilfetag am 14.07.2012. Die Selbsthilfegruppen aus Stadt und Landkreis luden zusammen mit der Selbsthilfekontaktstelle des Paritätischen Lüneburg in das Glockenhaus ein. Von 10 bis 15 Uhr boten 35 der insgesamt 127 regionalen Selbsthilfegruppen Informationen und Beratung rund um ihr Thema an – von Betroffenen für Betroffene bzw. für Angehörige.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger erhielten einen Einblick in die Arbeitsweise der Selbsthilfegruppen, konnten Fragen stellen und hatten die Möglichkeit, verschiedene Dinge selbst zu probieren, wie zum Beispiel eine Rauschbrille, die den verzerrten Blick nach erhöhtem Alkoholkonsum simuliert, oder diverse Hilfsmittel für Sehbehinderte. Die Selbsthilfekontaktstelle des Paritätischen informierte über die Möglichkeiten von Selbsthilfe.

Kulturelles Highlight war der Auftritt des Improvisationstheaters Steife Brise aus Hamburg. Die humoristischen Einlagen der Gruppe sorgten für viele Lacher, regten aber auch zum Nachdenken an und räumten mit manchen Klischee über Selbsthilfegruppen auf.

Mandy Konsolke

Paritätischer Lüneburg

Nachbar: Schullandheim!

Schullandheime präsentieren sich auf Europas größter Bildungsmesse



Fachgespräch auf der Didacta, von links: Rudi Becker, Britta Lang (beide Schullandheim Tellkampfschule), Ursula von der Heyde (Fachberaterin für Bildung für nachhaltige Entwicklung bei der Landesschulbehörde), Andreas Markurth (niedersächsisches Kultusministerium).

Vom 14.-18. Februar 2012 hat auf dem Messegelände in Hannover die Fachmesse DIDACTA 2012 stattgefunden. Als größte Bildungsmesse Europas richtet sie sich mit ihren Angeboten an Lehrer, Erzieher, Ausbilder und alle im pädagogischen Bereich Tätigen und Interessierten. Auch die niedersächsischen Schullandheime waren gemeinsam mit dem Hamburger Schullandheimverband auf einem großen Stand vertreten. Auf rund 25 m² wurden die Besucher der Messe über die Angebote der Schullandheime informiert, von ehrenamtlich Engagierten beraten und rund 1.500 Flyer mit den Kontaktdaten der Schullandheime wurden verteilt. Drei große, professionell gestaltete Banner mit dem Logo der AG Niedersächsische Schullandheime und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Niedersachsen e.V. schmückten den Stand und stehen auch in Zukunft für die Öffentlichkeitsarbeit der Schullandheime zur Verfügung.

Die Schullandheime waren mit ihrem Messestand in direkter Nachbarschaft zu anderen Ständen von außerschulischen Lernorten „untergebracht“, was konzeptionell durchaus Sinn macht. Denn auch in der allgemeinen Schuldebatte werden die Schullandheime als wichtige außerschulische Lernorte definiert. Sie bieten für junge Menschen, für Schulklassen und für außerschulische Jugendgruppen ein breites Spektrum an Bildungs-, Erlebnis- und Lernmöglichkeiten an und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Ergänzung des Schulunterrichts. Deshalb soll diese räumliche Anordnung der Stände auch auf der nächsten Bildungs-

messe (9.-23.02.2013 in Köln) beibehalten werden.

Der Auftritt der Schullandheime auf der Bildungsmesse wurde vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. finanziell unterstützt, um die Schullandheime und ihre zum großen Teil ehrenamtliche Arbeit einem breiten Fachpublikum präsentieren zu können. Als ausgesprochen wichtig werden in diesem Zusammenhang die Gespräche mit anderen Vertretern außerschulischer Lernorte und mit Vertretern des Kultusministeriums eingestuft.

*Regina Krome
Fachberaterin Schullandheime
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e. V.*

Rudi Becker in den Ruhestand verabschiedet

Am 15.07.2012 wurde Rudi Becker in Springe als langjähriger Heimleiter des Schullandheims der Tellkampfschule in den Ruhestand verabschiedet. In herzlicher Atmosphäre haben sich die rund 100 Gäste mit einem familiären Fest bei Ihm für seinen unermüdlichen Einsatz für das Schullandheim bedankt. Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband möchte sich an dieser Stelle ausdrücklich bei Rudi Becker bedanken. Genau so engagiert, wie er 24 Jahre

lang das Schullandheim geleitet hat, war er auch im Fachbereich Schullandheime aktiv. Durch kritisches Nachfragen, wohlwollende Mitarbeit und pragmatische Vorschläge hat er zum Gelingen der Fachbereichsversammlungen beigetragen und sich aktiv in die Arbeit des Fachbereiches eingemischt.

Egal ob es um Belegungsfragen oder die Suche nach Investitionsmitteln, um innovative Angebote für Kinder und Jugendliche oder das Thema einer

nachhaltigen Bildung, um Fragen der Leitung oder der Finanzierung eines Schullandheims ging: als kompetentes Mitglied des Fachbereiches Schullandheime war Rudi Becker immer ansprechbar. Dafür ein herzliches Dankeschön und alles Gute für die Zukunft.

Regina Krome

Fachberaterin Schullandheime

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Niedersachsen e. V.

Das rollende Tonstudio auf großen Touren

Der Musik-in-Liner war im Frühjahr und Sommer für zwei Projekte auf Fahrt

Nach eher ruhigen Wintermonaten, in denen der Musik-in-Liner, der zu einem mobilen Tonstudio und Proberaum umgebaute Linienebus des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e. V., aufgrund von Kälte, Schnee und Eis nur wenige musikalische Einsätze gefahren war, startete das Team ab April 2012 gleich mit zwei neuen Projekten wieder voll durch: der „U.Play Music and Dance Tour 2012“ und der „Connected by Music-Tour 2012“.

Los ging es im März mit der „U.Play Music and Dance Tour 2012“, die nun schon zum dritten Mal mit der Stiftung ESP.One, dem Paritätischen Niedersachsen und der MusikZentrum Hannover gGmbH in und um Hannover durchgeführt wurde.

Neu dabei als Förderer war in diesem Jahr der Verein Mehr Aktion für Kinder und Jugendliche e. V. Die „U.Play Music and Dance Tour 2012“ hatte es sich auch in diesem Jahr zur Aufgabe gemacht, benachteiligten Kindern und Jugendlichen unvergessliche Momente zu beschern und sie abseits ihres Alltags tolle Erfahrungen sammeln zu lassen. An sechs Terminen waren Musikdozenten in sieben verschiedenen Einrichtungen und haben mit den ca. 70 Jugendlichen vor Ort mit Bandinstrumenten im Musik-in-Liner musiziert, in den Räumlichkeiten vor Ort getanzt oder auf Djembes und Kongas getrommelt. Mit dabei waren die Institutionen Teen Spirit Island (Bandworkshop), die Grundschule Beuthener Straße (Bandworkshop),

Down Syndrom e. V. (Trommelworkshop), Spielhaus Linden (Musicalworkshop), St. Ansgar Hildesheim (Bandworkshop), St. Joseph (Schlagzeugworkshop) und die Bödeker Krippe (Bandworkshop).

Alle Gruppen haben in kürzester Zeit eine Choreografie oder einen Song einstudiert um diese am 7. Juni 2012 auf der Bühne des MusikZentrums Hannover vor großem Publikum aufzuführen. Diese große Abschlussveranstaltung sollte ein Höhepunkt für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden. Eine große Show, mit Styling, Kostümen, einer Lightshow, Nebel, einem Bühnensteg ins Publikum, vielen Gästen und einer tollen Stimmung sollte es werden. Und genauso kam es



Ein unvergessliches Erlebnis für alle Beteiligten: Das große Abschlusskonzert der „Connected by Music-Tour 2012“.

dann auch! Im Vorfeld wurde jede Gruppe von einer Styling-Beraterin besucht, die zusammen mit der Gruppe Accessoires und Kostüme festgelegt hatte. Ein Stylingteam vom Friseursalon Trio frisierete und schminkte alle Gruppen bevor sie ab 18 Uhr auf die Bühne gingen. Der Moderator Bene führte launig durch den Abend und informierte das zahlreiche Publikum, bestehend aus Eltern, Freunden und Familien, über die auftretenden Jugendlichen. Trotz Lampenfiebers sind alle Auftritte geglückt und es war toll anzusehen und anzuhören, was alle in so kurzer Zeit auf die Beine gestellt haben.

Das zweite Musik-in-Liner Projekt war die „Connected by Music-Tour 2012“, die in diesem Jahr Premiere hatte. Die Tour wurde

vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen und deren Mitgliedsorganisation Musik-Zentrum Hannover im Zeitraum März bis August 2012 durchgeführt und von der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung sowie vielen örtlichen Stiftungen gefördert. Ziel des Projektes war es, an vier Standorten an jeweils fünf aufeinanderfolgenden Tagen mit Jugendlichen vor Ort im Musik-in-Liner Musik zu machen, einen Song zu schreiben und diesen anschließend für eine Projekt-CD aufzunehmen. Mit dabei waren der Kulturhof Hude, die Werk-Statt-Schule e.V. aus Northeim, die Hauptschule Kaiserpfalz in Goslar und die Tom-Mutters-Schule der Lebenshilfe e.V. in Salzgitter. Es entstanden tolle Songs zu den Themen Freiheit, Rassismus und Toleranz.

Am 18. Juli 2012 folgte auf die lange Probenphase endlich der heiß ersehnte Auftritt vor Publikum auf der Bühne des MusikZentrums Hannover. Die vier Gruppen reisten nacheinander an, machten sich mit den Örtlichkeiten vertraut und probten noch eine Runde im Musikraum und im Musik-in-Liner. Währenddessen kam auch die Band, die das Rahmenprogramm der Abschlussshow mitgestalten sollte: Die „LeWis“ – eine integrative Band der Lebenshilfe Seelze – wurde vor rund drei Jahren vom Team des Musik-in-Liners aufgebaut und gecoacht. Die Betreuer vor Ort wurden über mehrere Wochen geschult, wie sie mit den geistig und körperlich behinderten Menschen musikalisch arbeiten können. Seit dieser Zeit sind die „LeWis“ viel auf den Bühnen in und um Hannover unterwegs.

Am 18. Juli gestalteten sie den Anfang und das Ende der Show und gaben den Auftritten der Jugendlichen damit einen tollen Rahmen. Um 16 Uhr ging es dann endlich los, nach ein paar Begrüßungsworten und Danksagungen traten zunächst die „LeWis“ und später alle vier Gruppen auf der

Bühne auf. Die professionelle Bühnentechnik, ein entspanntes und fröhliches Publikum und die Freude und der Stolz der Jugendlichen machten die Abschlussshow zu einem tollen Erlebnis für alle Beteiligten. Alle jubelten nicht nur für ihre eigene Gruppe sondern feuerten auch

die anderen Jugendlichen ordentlich an. Der Projektname war Programm: Alle waren „Connected by Music“ – Verbunden durch die Musik.

*Sarah Wagner
MusikZentrum Hannover gGmbH*

Mehr Platz und ein größeres Angebot

Werkstatt-Treff Mecklenheide ist umgezogen

Im Vorgarten lädt eine Bank am Teich zum Verweilen ein, hinter dem hübsch anzusehendem Verwaltungsgebäude

erstreckt sich die lange Halle, in der fleißig gewerkelt wird, die Mitarbeiter lächeln freundlich: „Ja, wir fühlen uns

sehr wohl hier“, fassen Astrid Schubert und Heidi Diedrichs, Geschäftsführerinnen des Werkstatt-Treff Mecklenheide



Neue Arbeitsplätze: Die Fahrradwerkstatt der WTM.

(WTM) e.V., zusammen. Im Frühsommer 2012 sind große Teile der paritätischen Mitgliedsorganisation innerhalb Hannovers umgezogen, am 19. Juli 2012 wurden die neuen Arbeitsbereiche mit einem Fest offiziell eröffnet. Und das sind nicht alle Neuigkeiten der Einrichtung, in der Arbeitslose in geförderten befristeten Maßnahmen mit Arbeitsprozessen vertraut gemacht werden. Mit dem Umzug in die größeren Räumlichkeiten wurde das bestehende Angebot um eine Fahrradwerkstatt erweitert.

Eigentlich wollten sie gar nicht umziehen, erklären die Geschäftsführerinnen. „Der Markt ist hart, einige Mitbewerber mussten in den vergangenen Monaten aufgeben, auch wir müssen auf Wirtschaftlichkeit achten und sparen, wo es geht – und dann ein Umzug?“ erklärt Astrid Schubert die anfänglichen Bedenken. Doch die Arbeitsverhältnisse in der Bogenstraße, in der Verwaltung und Holzwerkstatt untergebracht waren, wurden immer enger, der Ruf nach mehr Platz für die kurzfristig provisorisch „zwischen Tür und Angel“ eingerichtete Fahrradwerkstatt immer lauter. Also traf sich die WTM-Geschäftsführung doch mit einem Makler, ganz unverbindlich. Und dann ging alles ganz schnell. „Wir haben das Gelände in der Helmkestraße gesehen und uns sofort verliebt“, schildert Astrid Schubert. Auch die Mitarbeiter fühlen sich in ihrer „neuen Heimat“ nach anfänglichen

Bedenken wohl. „Einige waren anfangs etwas niedergeschlagen, denn sie hatten sich im alten Gebäude ihre festen Orte und Plätze eingerichtet“, erzählt Astrid Schubert. „Aber schon während des Umzugs schlug die Stimmung um, und alle waren begeistert und arbeiten gerne hier.“

Die neue Adresse der WTM liegt nur wenige Straßen vom alten Standort entfernt – und die Einrichtung ist durch dem Umzug sogar näher zusammengerückt. Denn der Stöber-Treff, in dem verschiedene Alltagsgegenstände verkauft werden, ist weiterhin im Rehagen beheimatet – und somit jetzt nur noch drei Minuten Fußweg vom neuen Gebäude mit Verwaltung, Logistik, Haustechnik, Alltagsbegleitung, Fahrrad- und Holzwerkstatt entfernt.

Der Werkstatt-Treff Mecklenheide beschäftigt rund 150 Maßnahmenteilnehmer, davon ca. 50 Bürgerarbeiter. In der Holzwerkstatt werden verschiedene Möbel und Alltagsgegenstände hergestellt und repariert. Unter anderem fertigen WTM-Mitarbeiter die „offenen Bücherschränke“ an, die an verschiedenen Standorten in der Region Hannover zum kostenlosen Tausch oder Ausleihen von Lesematerial einladen. In der neu eingerichteten Fahrradwerkstatt werden gespendete Zweiräder geprüft, wieder in Stand gesetzt und anschließend im Stöber-Treff verkauft. Fahrräder „von außen“ darf die Werkstatt jedoch nicht zur Repa-

ratur annehmen – als Träger von Arbeitsgelegenheiten darf sie, um Wettbewerbsverzerrungen vermeiden, nur mit gespendeten Artikeln arbeiten.

Die große Arbeitshalle bietet dem WTM also den dringend benötigten Platz zum Arbeiten und zur Lagerung – und Ende 2012 kommt sogar noch mehr dazu. Bis dahin teilt sich der WTM noch einen Teil der Halle mit ihrem Vormieter, einem Hersteller für ökologische Reinigungsprodukte. „Es ist also noch etwas provisorisch und es gibt noch einiges zu tun, aber wir haben durch den Umzug auf jeden Fall viel dazu gewonnen“, zieht Heidi Diedrichs ein erstes Fazit.

*Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.*

Austauschprojekt startet mit vier Vertretern aus Südafrika

DLRG begrüßt Südafrikanische Rettungsschwimmer in Niedersachsen

Erstmalig sind in diesem Sommer beim Zentralen Wasserrettungsdienst Küste (ZWRD-K) an den Stränden von Cuxhaven und Borkum professionelle Rettungsschwimmer aus Südafrika tätig gewesen. Die paritätische Mitgliedsorganisation Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG), Landesverband Niedersachsen e.V., beteiligt sich damit an einem Projekt des LandesSportBundes (LSB) mit dem Namen „Eastern Cape“. Im Gegenzug werden Rettungsschwim-

mer aus Niedersachsen kommen den Winter in Südafrika Wasserrettungsdienst versehen.

Hans-Jürgen Müller, Präsident des DLRG Landesverbandes Niedersachsen, hat die Rettungsschwimmerinnen Sadie Niekerk und Courtney Peacock sowie die Rettungsschwimmer Laurence Gin und Luvuyo Nonzinyana am 4. Juni 2012 am Flughafen Hannover begrüßt und sie zur Geschäftsstelle des Niedersächsischen Landesver-

bandes nach Bad Nenndorf begleitet. „Es wäre schön, wenn wir das Projekt ‚Eastern Cape‘ mit dem Land Niedersachsen und dem LandesSportBund (LSB) in den kommenden Jahren ausweiten können und uns künftig Kameraden aus Südafrika mit qualifizierten Kräften zur Seite stehen. Wir können voneinander profitieren“, sagte der niedersächsische DLRG-Präsident.

Das Projekt fand im Rahmen der Partnerschaft des Landes Nie-



Die südafrikanischen Rettungsschwimmer Laurence Gin, Sadie Niekerk, Courtney Peacock und Luvuyo Nonzinyana (v.l.) nach dem Einkleiden in der Materialstelle der DLRG in Bad Nenndorf. Foto: DLRG

dersachsen mit der Region Eastern Cape statt. Die Partnerschaft besteht seit dem Jahr 1995, seit dem Jahr 2006 gilt eine eigene Kooperationsvereinbarung zwischen dem LandesSportBund Niedersachsen als Koordinator und dem dortigen Sportministerium, dem Department of Sport, Recreation, Arts and Culture. Das DLRG-Projekt

ist eines von zehn Projekten, die im Rahmen der Sportpartnerschaft mit dem Eastern Cape in 2012 stattfinden. Diese erste Umsetzung des Projektes dient als Maßstab für den eventuellen Ausbau und Fortführung der Partnerschaft. In den folgenden Jahren könnte die Teilnehmerzahl erhöht und der ZWRD-K besonders in

der Vorsaison unterstützt werden (Wintersaison in Südafrika). Die Gäste werden in die laufenden Aufgaben während des Wachdienstes voll einbezogen.

Anna Fleischer

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) Niedersachsen e. V.

Packende Zweikämpfe um den begehrten Pokal

280 Teilnehmer bei inklusivem Fußballturnier

Am Wochenende vom 15.-17.Juni 2012 bekamen die Zuschauer der Special Euro Championship 2012, einem von der paritätischen Mitgliedsorganisation Stiftung Waldheim Cluvenhagen unterstütztem Turnier, zahlreiche fußballerische Leckerbissen auf dem Sportgelände des TSV Achim zu sehen. Die Special Euro Championships 2012 des TSV Achim sind durchaus als deutschlandweit einmalig zu bezeichnen, denn an diesem sonnigen Wochenende kickten 280 Fußballer mit und ohne Handicap in 18 Mannschaften.

Zusage aus Israel

Als besonders schwierig gestaltete sich im Vorfeld die Verpflichtung internationaler Vereine. Als Hindernis stellten sich die schwachen finanziellen und sozialen Verhältnisse internationaler Handicapfußballer heraus. Die aufwendige Betreuung und Begleitung und die weite und kostenintensive Anreise stellte viele Vereine vor unüberwindliche Probleme. Vor diesem Hintergrund war die Freude über die Teilnahme der Handicapfußballer von Hapoel Tel Aviv aus Israel riesengroß. Ebenso nahmen

Handicapteams der Bundesligisten Werder Bremen, Schalke 04 und Mainz 05 teil. Die Teams wurden in die Kategorien U18 (8-18 Jahre) und Ü18 (über 18 Jahre) aufgeteilt. Hapoel Tel Aviv stellte eine Jugendmannschaft mit stärkeren körperlichen Beeinträchtigungen im Vergleich zu den Mainzer und Schalker Kickern. Spielerisch ungefähr gleich stark waren die Jugendmannschaften von Werder Bremen und des TSV Achim. Bei den Ü-18 Teams kickten Mannschaften des SV Eiche, der Stiftung Maribondo da Floresta aus Worpswede und des SV Holtebüttel. Der TSV Achim stellte zwei Ü-18 Teams. Unterstützt wurde die Veranstaltung von vielen Sponsoren Stiftung Waldheim Cluvenhagen, der Beratungsstelle Anders SEHEN, der WaBe und dem Interessenverein MOTIV e.V.

Fußball wie in der Bundesliga

Auch wenn die spielerischen Kompetenzen der einzelnen Teams aufgrund der individuellen Einschränkungen teilweise stark variierten, waren das gemeinsame Ziel, der gemeinsame Spaß und der gegenseitige Respekt unübersehbar. Die Teams

wurden von Trainern, Assistenten, besonders aber auch von den Zuschauern unterstützt und angefeuert. Wie in der Bundesliga wurden neben Toren auch Torchancen und gewonnene Zweikämpfe sehr emotional gefeiert. Im Gegenzug wurden Niederlagen auch schon mal von kurzfristigen Tränen und Wutausbrüchen begleitet. Für jeden offensichtlich war der äußerst respektvolle und sportlich faire Umgang miteinander, denn jedem Foulspiel folgte eine Entschuldigung.

Fußball setzt Emotionen frei

Die Teams von Schalke 04 und Mainz 05 zogen ungeschlagen ins Endspiel der U-18 Mannschaften ein. Nach zehn Minuten stand es immer noch 0:0 und somit musste der Sieger im 9-Meter-Schießen ermittelt werden. Der Mainzer Keeper hielt überwältigend. Er kassierte bei drei Schützen keinen Treffer, während seine Mitspieler zweimal trafen. Bei den Ü-18 Teams qualifizierten sich Achim I und die Kicker vom SV Eiche. In einem packenden Spiel auf Kreisklasse-Niveau spielte das Achimer Team ein 1:0 Sieg gegen



Keinen Ball verloren geben: Szene eines Spiels der Special Euro Championship 2012.

Foto: Christian Butt

fast ebenbürtige Gegner heraus. Die Siegerehrung fand im Festzelt statt, in dem sich einige Hundert Menschen drängten. Der Jubel bei der Pokalübergabe war unbeschreiblich. Zudem erhielt jeder Spieler eine Trophäe. Alle sind sich einig: Der TSV Achim wird 2014 wieder zu den Special Euro Championships einladen.

Ein ganz gewöhnlicher Sportverein Veranstalter für Handicapfußball

Erstaunlich ist, dass es sich bei dem TSV Achim eben nicht um einen „besonderen“ oder professionellen Sportverein für Menschen mit Behinderungen handelt. Mit 2.300 Mitgliedern ist der TSV Achim 1860 e.V. der größte Verein der Stadt Achim bei Bremen (ca. 30.000 Einwohner), der hier als Veranstalter und Organisator im Behindertenfußball auftritt. Vor ungefähr vier Jahren entstand die Idee, Menschen mit Handicap eine Gelegenheit zu Fußballspielen zu geben. Was anfangs mit vier Jugendlichen begann, ist heute auf eine äußerst lebendige und erfolg-

reiche Abteilung mit ca. 60 jugendlichen und erwachsenen Fußballern mit Handicap samt Trainerteam herangewachsen. Von Anfang an wird der TSV Achim dabei von der Stiftung Waldheim tatkräftig unterstützt.

Inklusion über örtliche Sportvereine

Vor dem Hintergrund des inklusiven Gedankens arbeiten die Stiftung Waldheim und der TSV Achim sehr konstruktiv zusammen. Im Sinne der Sozialraumorientierung werden vorhandene Vereinsstrukturen genutzt, gestärkt und ausgebaut, um Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen zu bringen. Durch die Authentizität der sozialen Beziehungen wird eine Qualität geschaffen, die sich durch professionelle oder sonderpädagogische Settings oder Institutionen nicht oder nur kaum generieren lässt.

Ein Angebot für „verlorene Kinder“

In Analogie an Peter Pans verlorene Kinder, die nicht erwachsen wer-

den wollen, gilt dies umso mehr für Menschen mit Lernbehinderungen als Folge von Mileuschädigungen, die die Einrichtungen der Behindertenhilfe vor ganz neue Frage- und Problemstellungen stellt. Mannschaftssportarten wie Fußball unter authentischen Bedingungen laden zu Grenzerfahrungen, aber auch dem Einhalten von vereinbarten Werten und Normen ein. Das Erreichen dieser Menschen wird hierdurch ganz wesentlich begünstigt. Ziel dieses Beitrages ist es daher die unterschiedlichen Institutionen der Behindertenhilfe zu ermutigen, die bestehenden Strukturen, d.h. die gemeindenahen Vereine zu unterstützen. Es lohnt sich auf jeden Fall! Sie werden sehen!

Heiko Bergmann

Stiftung Waldheim Cluvenhagen

Werben im Parität Report

Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report eine Anzeige schalten?

Wir beraten Sie dazu gerne. Fordern Sie einfach unter presse@paritaetischer.de

unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.

Ein wahrer Medaillenregen

Sportler paritätischer Mitgliedorganisationen gewinnen bei Special Olympics



Großer Jubel: Die Roten Teufel der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg gewinnen Gold.

Gold für Rote Teufel, Silber für Hecht

Die Sportler der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg gem. GmbH haben bei den Special Olympics, der weltweit größten Sportbewegung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung, im Mai 2012 in München alle Erwartungen übertroffen. Der Schwimmer Marcel Hecht hat bei den Special Olympics gleich zwei Silbermedaillen gewonnen. Der 13-Jährige schwamm zunächst im 100 Meter Brustfinale allen davon und anschließend in der 4x50 Meter Staffel. Mit 1,47 Minuten unterbot er noch einmal seine persönliche Bestzeit. Die Fußballer der Roten Teufel holten sich in der Leistungsklasse vier die Goldmedaille. Für sie erfüllte sich ein großer Traum nach einer langen Vorbereitungszeit. „Die Freude war rie-

sig. Die Special Olympics waren ein ganz besonderes und unvergessliches Erlebnis für die Jungs. Sie haben in München nicht nur eine Medaille gewonnen, sondern auch viel erlebt und neue Kontakte geknüpft“, so Jutta Lo-

benstein, Trainerin der Roten Teufel.

*Christine Mengkowski
Lebenshilfe Delmenhorst und
Landkreis Oldenburg gem. GmbH*

Medaillenregen für Hannover

Die Delegation der Hannoverschen Werkstätten gem. GmbH kehrte hochzufrieden von ihrer Reise zurück. 5 x Bronze, 2 x Silber und 3 x Gold lautete die Ausbeute der 11 Schwimmer des Sportkaders. Die Medaillen wurden in Disziplinen wie Rücken-, Brust- und Freistilschwimmen erkämpft. Aber auch die beiden Staffelmansschaften der Hannoverschen Werkstätten holten sich Gold und Bronze. Eine weitere Mannschaftsleitung brachte den Athleten der Hannoverschen Werkstätten Gold:



Siegerehrung bei den Schwimmern: Die Staffel der Hannoverschen Werkstätten holt die Goldmedaille.

Das Fußball-Team setzte in seiner Gruppe in fünf Spielen mit 16 Toren durch, ohne einen Treffer einstecken zu müssen. Darüber hinaus gab es jede Menge emotionale Momente mit hervor-

ragenden Einzelleistungen. 3 x Silber und 1 x Gold holten die Leichtathleten der Hannoverschen Werkstätten. 75-Meter-Lauf und Weitsprung waren die erfolgreichsten Disziplinen. Der

Tischtenniskader holte mit 11 Athleten 3 x Silber und 2 x Gold.

*Christine Herbrig
Hannoversche Werkstätten
gem. GmbH*

Mit Gefühl und Genuss

Gastroguide hat mit einer Gruppe Taubblinder Menschen ein Top-Restaurant besucht



Gemeinsames Essen: Begleiterin Marie Schubert kümmert sich um Inge Köhler. Foto: Lampe/Leinebrandung

Es ist eigentlich kaum vorstellbar, wie es sich anfühlt, weder hören noch sehen zu können. Wenn aber diese Sinne nicht zur Verfügung stehen – wie spannend kann dann eine Fenchelknolle riechen? Wie seltsam fühlt sich ein Blumenkohl an? Und vor allem: Wie intensiv können Speisen schmecken? Diese Fra-

gen hat sich die Redaktion des Gastroguides „Hannover geht aus!“ gestellt. Und beschlossen, der Sache nachzugehen. „Wie wäre es“, schlug Chefredakteur Thomas Steinhausen vor, „wenn wir eine Gruppe aus dem hannoverschen Taubblindenzentrum in ein Spitzenrestaurant einladen?“

Als der Hörgeräteunternehmer Martin Kind von dieser Idee hörte, war er sofort begeistert. Spontan lud er eine insgesamt elfköpfige Runde aus dem Taubblindenzentrum (eine Einrichtung der paritätischen Mitgliedsorganisation Deutsches Taubblindenwerk gGmbH), bestehend aus sechs taubblinden

und höresehbehinderten Menschen und deren Begleiter, in sein Restaurant im Hotel Kokenhof in Burgwedel ein. Außerdem stellte er für die Fahrt vom Wohnheim zum Restaurant auch gleich noch zwei Busse aus dem Fuhrpark des Bundesligisten Hannover 96 zur Verfügung.

Schließlich entwickelte sich ein Restaurantbesuch der ganz besonderen Art: Kein Gespräch am Tisch, nicht einmal Smalltalk. Nur leises Klappern des Bestecks. Trotzdem wurde eifrig kommuniziert: Die Gruppe

„lormte“, tippte sich per Tasten-ABC die Kommentare direkt in die Handflächen. Die Begleiter konnten der „Hannover geht aus!“-Redakteurin Sabine Strobel dann übersetzen. „Mir hat der Fisch besonders gut geschmeckt“, lormte etwa die 79-jährige Inge Köhler ihrer Begleiterin Marie Schubert über den servierten Loup de Mer. Der 12-jährige Lucas hingegen genoss besonders den Spargel – laut seiner Begleiterin Ann-Cathrin Madcalla daran zu erkennen, dass er ihn äußerst langsam aß.

„Wir freuen uns“, erklärte Martin Kind anschließend, „dass wir diese genussreiche Entdeckungsreise begleiten durften und wünschen uns soziales Engagement als festen Bestandteil unserer Gesellschaft.“ Und Kokenhof-Küchenschef Alexander Melicker pflichtete bei: „Die Zusammenarbeit mit dem Taubblindenwerk und seinen Bewohnern hat meinen Horizont für die wirklich wichtigen Dinge im Leben weiter geöffnet.“

*Sabine Strobel
Redaktion „Hannover geht aus!“*

Gauck feiert mit Ehrenamtlichen das Bürgerfest

Bundespräsident betont Wichtigkeit des freiwilligen Engagements



*Joachim Gauck und
Dr. Feyzullah Gökdemir
im Gespräch.*

Bundespräsident Joachim Gauck hat am Wochenende 8. und 9. September 2012 mehr als

4.000 ehrenamtlich und sozial engagierte Bürger aus dem ganzen Land im Schloss Belle-

vue in Berlin begrüßt. An diesem besonderen Tag stellten sich verschiedene gemeinnüt-

zige Organisatoren vor. Der Integrationsbeauftragte des Landkreises Hameln-Pyrmont, Dr. Feyzullah Gökdemir, und der Geschäftsführer des Paritätischen Hameln-Pyrmont, Norbert Raabe, waren auch geladen. Dr. Feyzullah Gökdemir stellte dem Bundespräsidenten Joachim Gauck seine Migrantenarbeit und ehrenamtliche Arbeit im Landkreis Hameln-Pyrmont vor.

Zum ersten Mal in seiner Amtszeit lud Gauck die Bürger zu einem Fest in den Park des Schlosses Bellevue ein. „Heute mache ich es umgekehrt, ich klatsche für Sie, denn Sie machen unser Land stolz. Es ist für mich eine Ehre, dass Sie alle

gekommen sind“, begrüßte er seine ehrenamtlich engagierten Gäste und bedankte sich in seiner Rede: „Wir brauchen mehr von dieser bürgerlichen Regsamkeit, mehr Mitwirkung und mehr soziale Hingabe. Freiwilligkeit kann Berge versetzen, nicht nur durch technische Hilfswerke. Sie kann Hürden überwinden und sie kann, nicht nur im Sport, neue Wege aufschließen“, sagte Gauck und betonte die besondere Wichtigkeit des Ehrenamts in Hinblick auf den demografischen Wandel.

In seiner Rede gab Gauck seinen Gästen zwei Botschaften mit: Es sollte mehr Engagement für ehrenamtliche Tätigkeiten

von Bürgern geben. Außerdem bedankte er sich bei den Bürgern für ihre ehrenamtliche Arbeit für Deutschland.

*Feyzullah Gökdemir
Integrationsbeauftragter des
Landkreises Hameln-Pyrmont*

SPD-Landtagsfraktion zu Besuch

Zu einem informativen Gespräch hat eine Delegation des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. am Freitag, 7. September 2012, Vertreter der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion in der Landesgeschäftsstelle in der GandhisträÙe in Hannover empfangen. Auf Wunsch von Fraktionschef Stefan Schostock (2. von rechts) und Landtagsabgeordnetem Heinrich Aller (3. von links) wurden in entspannter Atmosphäre verschiedene sozialpolitische Themen sowie die bevorstehende Landtagswahl erörtert. Seitens des Paritätischen Niedersachsen diskutierten (von links) Abteilungsleiter Harald Fischer, Fachberater Erwin Drefs, Vor-



stand Cornelia Rundt sowie Abteilungsleiterin Birgit Eckhardt mit.

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

Das Rubbellos ist wieder da

Bei der Lotterie der Wohlfahrtsverbände sind alle Gewinner

Die Tage werden kürzer, die Nächste länger, die kalte Jahreszeit steht vor der Tür, und mit ihr zunächst Herbst- und Oktoberfeste, Laterneumzüge und viele andere gesellige Anlässe mehr. Alle diese Feierlichkeiten eignen sich gut, um nebenbei und ohne größeren Aufwand Lose für die Lotterie „Helfen und Gewinnen“ zu verkaufen: Die Lotterie, bei der alle Gewinner sind, denn auch wer keinen unmittelbaren Preis oder ein Freilos zieht, hat dennoch die Gewissheit, eine gute Sache zu unterstützen.

Denn vielen sozialen Einrichtungen fehlt Geld. Da braucht ein Kindergarten ein neues Klettergerüst, das Jugendheim eine Video-Ausrüstung, der Seniorentreff will einen Ausflug machen und, und, und. Doch woher nehmen, fragen sich Mitarbeiter und Geschäftsführung oft. Die Lotterie „Helfen und Gewinnen“ ist eine Möglichkeit, sich zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen. Lose verkaufen bringt Geld! Der Preis beträgt immer 1 Euro. Lose verkaufen stärkt aber auch die Kommunikation: „Wir tun etwas für den guten Zweck – und Sie können uns helfen“, das kann die einfache Botschaft sein. Dazu kommt der Spaßfaktor: Rubbeln macht Spaß. Weil Rubbel-Lose viel besser angenommen werden als die bisherigen Aufreiß-Lose, wird die Lotterie in diesem Jahr wieder mit Rubbel-Losen gespielt. Neben kleineren Geldgewinnen und Freilos locken Hauptpreise von bis zu 1000 Euro.

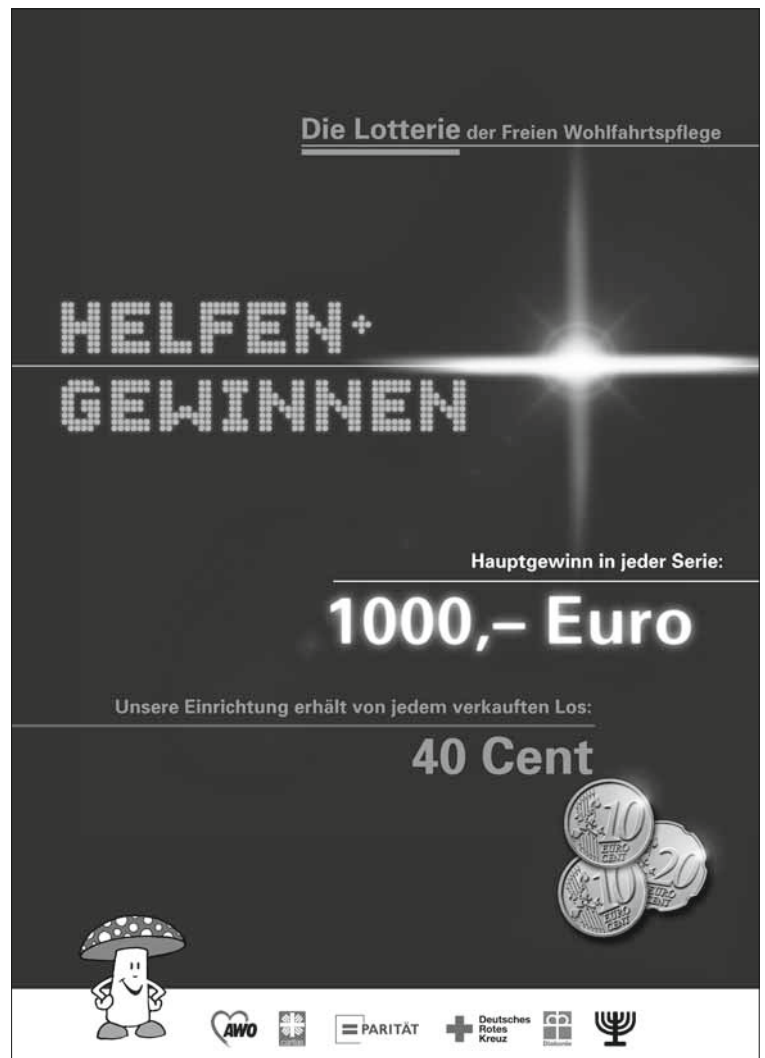
Von jedem verkauften Los stehen 40 Cent der los-verkaufenden Stel-

le zur freien Verfügung – und zwar steuerfrei. Die übrigen 60 Cent werden für Geldgewinne, Werbung und Sachkosten benötigt. Die Beteiligung an der Lotterie lohnt sich also. Zusätzlich können Losverkäufer selbst auch noch gewinnen (Aktion 100 : 1).

Lose gibt es bei der Lotteriegeschäftsstelle (PARITÄTISCHE Geldberatung, Ernst - Abbe - Weg 50, 40589 Düsseldorf, Tel.: 02 11 / 48 40 27), per E-Mail an info@wohlfahrtslotterie.de sowie beim

Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Ansprechpartner Ernst Spieß, Telefon: 0511 / 52486-398, E-Mail: ernst.spiess@paritaetischer.de. Abgepackt sind die Lose zu je 300 Stück und werden in Kommission abgegeben. Unverkaufte Lose können also ohne Probleme wieder zurückgegeben werden.

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e. V.



Die Lotterie der Freien Wohlfahrtspflege

**HELFFEN+
GEWINNEN**

Hauptgewinn in jeder Serie:
1000,- Euro

Unsere Einrichtung erhält von jedem verkauften Los:
40 Cent

AWO, PARITÄT, Deutsches Rotes Kreuz, and other logos are visible at the bottom.

Ein Empfang zum 85.

Paritätischer Niedersachsen ehrt Ehrenvorsitzenden Wolfgang Neubelt

Mit einem dem Anlass würdigen Empfang hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. am 13. September 2012 den 85. Geburtstag seines langjährigen Landesgeschäftsführers, Direktors, Vorstandsvorsitzenden und heutigen Ehrenvorsitzenden Wolfgang Neubelt gefeiert. Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, begrüßte im GDA-Wohnstift Kleefeld 30 Gäste, die der Einladung gerne gefolgt waren, um Wolfgang Neubelt gebührend zu ehren.

Die Laudatio für den Paritätischen Niedersachsen hielt der Vorsitzende des Verbandsrats Karl Spannig. Er überbrachte die offiziellen Grüße und Wünsche des Verbands und verband diese mit dem Respekt vor Herrn Neubelts Lebensleistung. Herbert Burger, ehemaliger Landesvorsitzender der Lebenshilfe Niedersachsen und langjähriger Weggefährte von Wolfgang Neubelt, erinnerte an den langjährigen Lenker des Verbands, der die vielen einzelnen Teile zu einem erfolgreichen Ganzen zusammengefügt hat.

„Es gibt so unendlich viel über Sie, Ihr Engagement, Ihre Visionen, Ihren Erfolg, zu sagen, der auch eine Erfolgsgeschichte der Sozialpolitik und des Aufbaus einer sozialen Infrastruktur in Niedersachsen ist“, sagte Cornelia Rundt und verwies auf die zahlreichen Projekte im sozialen Bereich, die Wolfgang Neubelt initiiert hatte. So geht u.a. die Idee der Wohnstifte und deren Umsetzung auf ihn zurück. Des Weiteren hat er die „Aktion Silberfisch“ in den 50er und 60er Jahren



Genossen einen stimmungsvollen Geburtstagsempfang: Wolfgang und Yvonne Neubelt

mit entwickelt, Essen auf Rädern in Niedersachsen eingeführt, die Drogenberatungszentren in Hannover und Braunschweig mit begründet sowie das verbandseigene Müttergenesungsheim in Zorge/Südharz.

Der alte Neubeltsche Grundsatz: „Solange strampeln, bis aus Magermilch Butter wird“ hat den Verband nach seiner Wiederbegründung zu einem der größten Spitzenverbände in Niedersachsen gemacht. Wolfgang Neubelt war von 1956 bis 1986 Verbandsdirektor, von 1988 bis 1997 Vorsitzender und ist seit 1997 einer der Ehrenvorsitzenden des Landesverbands. Herr Famulla, ebenfalls Ehrenvorsitzender des Verbands, war gleichfalls anwesend.

Wolfgang Neubelt hat für sein Lebenswerk das Bundesverdienstkreuz und zahlreiche andere Ehrungen er-

halten. Er selbst erinnerte in seiner Rede ebenfalls an die Anfänge des Paritätischen Niedersachsen. Der Grundsatz seines Wirkens für den Paritätischen sei gewesen, „anderen Menschen Lebensgewinn zu verschaffen“. Seine Mitarbeiter/-innen habe er Freiheiten gelassen zur verantwortlichen Aufgabenwahrnehmung, die letztlich zum erfolgreichen Gemeinschaftswerk des Paritätischen Niedersachsen beigetragen habe. Sein Dank galt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des GDA-Wohnstifts, unter dessen Dach er sich behütet fühle. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstehen es, zu begeistern und begeistert ihre Aufgabe wahrzunehmen.

Harald Fischer

Abteilungsleiter Paritätischer

Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V

Dank von Wolfgang Neubelt

Wer konnte ahnen, dass so viele Glückwünsche zu meinem 85. Geburtstag aus dem Paritätischen kommen würden. Ich sage allen Gratulanten DANKE! Es ist schön

zu wissen, dass so viele Weggefährten sich an die gemeinsame Arbeit erinnern. Allen Paritätären wünsche ich weiterhin viel Erfolg!
Wolfgang Neubelt

Ehrung für Marian Goiny

Auf der Sitzung des Arbeitskreises Straffälligen- und Bewährungshilfe am 19. Juni 2012 hat Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., (rechts) Marian Goiny, dem langjährigen Sprecher des Arbeitskreises, der dieses Amt nun niedergelegt hat, für sein herausragendes Engagement das Ehrenzeichen des Paritätischen Niedersachsen verliehen. Sebastian Böstel bedankte sich bei Marian Goiny für die geleistete Arbeit für den Bereich der Straffälligen- und Bewährungshilfe und erklärte, dass sich Marian Goiny „durch beispielhaftes Wirken herausragende Verdienste um die paritätische Sozialarbeit erworben hat und damit ein lebendiges Beispiel für ein solidarisches Gemeinwesen ist“. In über 20 Jahren der intensiven Arbeit war Marian Goiny maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich



der Arbeitskreis zu regelmäßigen Sitzungen traf und dass der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. mit seinen Mitgliedsorganisationen von Politikern als die erste Adresse bei Fragen zur Straffälligenhilfe bekannt ge-

worden ist. Marian Goiny hat es immer geschafft die Praxis etwa in politische Gespräche einfließen zu lassen und damit sich und dem Verband wohlwollendes Gehör auf allen Interessensebenen zu verschaffen.

Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, in Kreisgruppen wie Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Urkunde:

- Michael Schmunk, Paritätischer Landesverband
- Olga Diesendorf, Paritätischer Nienburg
- Swetlana Keil, Paritätischer Nienburg
- Waltraud Hahn, Paritätischer Salzgitter
- Marlene Bleidiebel-Markowic, Paritätischer Lüneburg
- Ruth Schiweck, Paritätischer Nienburg
- Annette Nikulla, Paritätischer Osterode
- Kerstin Pelka, Paritätischer Salzgitter
- Roswitha Voss, Paritätischer Seesen
- Bernhard Döring, Paritätischer Nienburg
- Birgit Helm, Paritätischer Landesverband

Ehrenzeichen des Verbandes:

- Marian Goiny, AK Straffälligenhilfe
- Anna Broschk, Paritätischer Nienburg
- Otilie Ursula Arndt, Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt
- Frauke Leupold, Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt
- Fenna Behrends, Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt
- Sieglinde Wittmann, Haus der Familie, Celle

Der Paritätische Stellenmarkt

Die Frauenberatung für Betroffene von Gewalt und krisenhaften Lebenssituationen

wurde 1985 als offene Beratungsstelle für Frauen jeden Alters eingerichtet.

Weitere Informationen zu unserer Arbeit finden Sie unter www.frauenberatung-hannover.de

Wir suchen zum 01.01.2013 in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis eine neue Kollegin, einen neuen Kollegen mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 31 Stunden.

Ihre Aufgabengebiete

- Beratung und Therapie von Frauen vorwiegend mit Gewalterfahrungen und in schwierigen Lebenssituationen
- Konzeptionelle Arbeit
- Mitarbeit in regionalen Netzwerken

Wir wünschen uns von Ihnen:

- Sozialpädagogische oder vergleichbare Qualifikation (z.B.. Diplompädagogik, Psychologie)
- Psychotherapeutische Ausbildung
- Möglichst auch Ausbildung in anerkannten psychotraumatologischen Verfahren
- Erfahrung in Frauenarbeit
- Selbständiges und reflektiertes Arbeiten
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Psychische Belastbarkeit

Wir bieten Ihnen:

- eine kollegiale Arbeitsatmosphäre in einem kleinem Team
- Aufstiegsmöglichkeiten
- Weiterbildungsmöglichkeiten
- Leistungsgerechte Bezahlung nach TV-L

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, freuen wir uns über Ihre aussagekräftige schriftliche Bewerbung an folgende Adresse:

Frauenberatung für Betroffene von Gewalt und krisenhaften Lebenssituationen e.V.

Marienstr. 63
30171 Hannover

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen an Werktagen in der Zeit zwischen 9.00 und 10.00 Uhr unter der Telefonnummer 0511-323233 gern zur Verfügung.

Volljuristin, 32 Jahre alt

Examen: befr. (1. Staatsexamen), vb (2. Staatsexamen), mehrjährige Berufserfahrung im Sozialrecht, sehr gute Kenntnisse des Arbeitsrechts, Englisch verhandlungssicher, Russisch Grundkenntnisse, sucht neue Herausforderung im Raum Hannover, gerne in beratender und/oder organisatorischer Funktion.

Zuschriften bitte an: juristin-hannover@web.de.

Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung (zwei bis drei Sätze) oder ihre Ausschreibung an E-Mail presse@paritaetischer.de oder Fax 05 11 5 24 86-3 33.

Die Veröffentlichung ist kostenlos!

Die Freie Altenarbeit Göttingen e.V. sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Geschäftsführer/in

Wer wir sind:

1986 gegründeter gemeinnütziger Verein, sozialer Dienstleister mit vielfältigen überwiegend pädagogisch orientierten Angeboten in der Alten- und Generationenarbeit, erarbeitet mit Kooperationspartnern innovative Ideen zur Bewältigung des demografischen Wandels

Motto: Wohnen – Lernen – Vernetzen

Projekte: Mobile Wohnberatung Südniedersachsen, Regionalstelle des Forum

Gemeinschaftliches Wohnen, WG Am Goldgraben, Göttinger Zeitzeugenprojekt

Ihre Aufgabe:

- Fortführen und Sicherung eines bewährten Vereins und seiner Projekte
- Profilierung und Zukunftssicherung des Vereins durch Aufbau neuer Geschäftsfelder
- Repräsentation und regionale und überregionale Vernetzung
- Personalführung, Finanzbeschaffung und Controlling
- Evaluation und Qualitätssicherung
- Pädagogische Leitung und Koordination einzelner Bereiche
- Beratung von Einzelpersonen und Gruppen
- Moderation von Gruppen und öffentlichen Veranstaltungen
- Begleitung und Motivation von ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen
- Moderationskompetenzen, Erfahrung mit Gruppenleitung und Beratung
- Freude und Ideereichtum, Projekte neu zu konzipieren und zu beantragen
- Team- und Kommunikationsfähigkeit

Wir bieten Ihnen:

- Einen interessanten Arbeitsplatz mit spannenden Herausforderungen in einer Organisation mit kleinem Team, Honorarkräften und ca. 40 ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen in einem lebendigen, aufgeschlossenen Arbeitsklima und viele interessante Kooperationspartner, Vernetzungen auf regionaler und überregionaler Ebene
- Eine zunächst auf zwei Jahre befristete Stelle mit mind. 30 Std./Woche
- Eine Bezahlung angelehnt an TvÖD Entgeltgruppe II.

Ihr Profil:

- Abgeschlossenes Studium, mögl. im Bereich der Sozial- oder Erziehungswissenschaften
- Mögl. mehrjährige Berufs- und Leitungserfahrung in der Generationenarbeit
- Erfahrungen im Projektmanagement, idealerweise auch in der Biographiearbeit und Quartiersentwicklung
- Kenntnisse der Debatten um die sozio-demographische Entwicklung im städtischen und ländlichen Raum

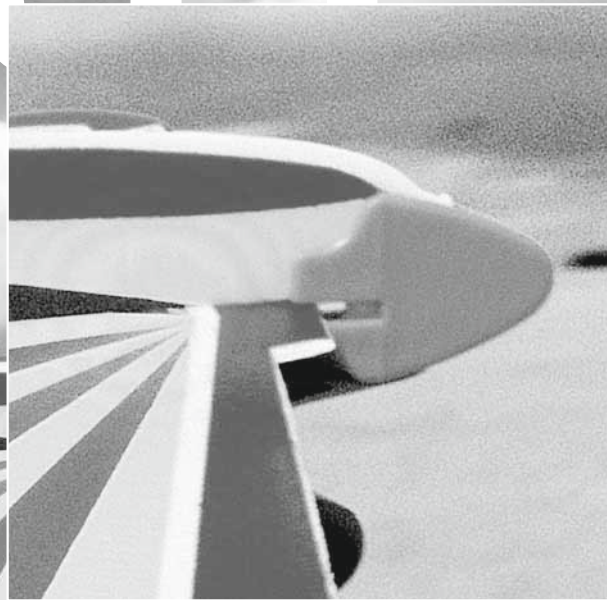
Bewerbungen mit aussagekräftigen

Unterlagen bitte an:

Freie Altenarbeit Göttingen e.V.,
z. Hd. Elisabeth Mücke,
Am Goldgraben 14, 37073 Göttingen,
Tel.: 0551 – 43606 bzw. an f-a-g@t-online.de

www.spezial-kommunikation.de

transpari ganz nahmen



 **DER PARITÄTISCHE**
NIEDERSACHSEN

transpari – Bürgerstiftung
im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen

GandhisträÙe 5A
30559 Hannover

Telefon 0511 / 52 486 350
Telefax 0511 / 52 486 333

www.transpari.de

am Alltag
am Leben
am Menschen

Soziale Projekte starten – Spendenkonto 7410200

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 25120510

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 0511 52486-367

Karsten Schubert (Erziehungshilfe)

Tel. 0511 52486-387

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 0511 52486-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 0511 52486-373

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Birgit Eckhardt (Fundraising)

Tel. 0511 52486-376

Adelheid Dähne (Fundraising)

Tel. 0511 52486-347

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 0511 52486-378

Christiane Häberle

Tel. 0511 52486-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 0511 52486-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Matthias Noland

Tel. 0511 52486-375

Kfz

Astrid Schöne (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-397

Adelheid Dähne (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-347

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Udo Mex

Tel. 0511 52486-357

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Schalinski

Tel. 0511 52486-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 0511 52486-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 0511 52486-348

Seminare

Interne und externe Schulungen

Nadine Heise

Tel. 0511 52486-384

Fachbereiche des Paritätischen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstr. 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 05361 2950-15
 Fax 05361 2950-21
 E-Mail christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Erwin Drefs
 Lebenshilfe Delmenhorst und
 Landkreis Oldenburg e.V.
 Bismarckstr. 21
 27749 Delmenhorst
 Tel. 04221 1525-0
 Fax 04221 1525-15
 E-Mail erwindrefs.fb@lebenshilfe-delmenhorst.de

Bildung

Karsten Schubert
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52 486-387
 Fax 0511 52 486-332
 E-Mail karsten.schubert@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-367
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Elementarerziehung

Klaus-Dieter Fortmeyer
 Paritätischer Cuxhaven
 Kirchenpauerstr. I

27472 Cuxhaven
 Tel. 04721 5793-12
 Fax 04721 5793-50
 E-Mail klaus-dieterfortmeyer@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Karsten Schubert
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52 486-387
 Fax 0511 52 486-332
 E-Mail karsten.schubert@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
 Paritätischer Helmstedt
 Schuhstr. 1
 38350 Helmstedt
 Tel. 05351 54191-4
 Fax 05351 54191-66
 E-Mail andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
 Paritätischer Wolfenbüttel
 Rosenwall 1
 38300 Wolfenbüttel
 Tel: 05331 90546-50
 Fax: 05331 90546-11
 E-Mail karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Sebastian Böstel
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-350
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail sebastian.boestel@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen

Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Migration/Integration

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail regina.krome@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
 Eurosozial e.V. – Paritätischer Verein
 für deutsch-polnische und
 europäische Zusammenarbeit
 Marienbruchstr. 61/63
 38226 Salzgitter
 Tel. 05341 84 11 94
 Fax 05341 84 11 13
 E-Mail k.balon@eurosozial.eu

Pflege

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-370
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail regina.krome@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-370
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstr. 15
 31582 Nienburg
 Tel. 05021 9745-17
 Fax 05021 9745-11
 E-Mail bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Petra Bunke
 Paritätischer Braunschweig
 Jugend- und Drogenberatung
 Braunschweig DROBS
 Kurt-Schumacher-Str. 26
 38102 Braunschweig
 Tel. 0531 22090-0
 Fax: 0531 22090-90
 petra.bunke@paritaetischer-bs.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen

Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Harald Fischer
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-389
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail harald.fischer@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstr. 15
 31582 Nienburg
 Tel. 05021 9745-15
 Fax 05021 9745-11
 E-Mail wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Straffälligenhilfe

Karsten Schubert
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52 486-387
 Fax 0511 52 486-332
 E-Mail karsten.schubert@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-395
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail christiane.schumacher@paritaetischer.de

Kontakt- u. Beratungsstellen

für Selbsthilfegruppen
 Marina Nowotschyn
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstraße 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 05361 2950-50
 Fax 05361 2950-21
 E-Mail marina.nowotschyn@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
 Lebenshilfe Hameln e.V.
 Sprachheilkindergarten
 Burgstr. 4
 31855 Aerzen
 Tel. 05154 3805
 Fax 05154 7090008
 E-Mail irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de

Anzeige **SOZIALVERBAND**
VdK Interessenverband der Behinderten,
 Rentner und Sozialversicherten
 NIEDERSACHSEN-BREMEN

Rat
 Hilfe
 Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten:
 Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung,
 Arbeitslosenversicherung, Behindertenrecht, Sozialhilferecht, Soziales Entschädigungsrecht

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V., Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
 Telefon: 0441 - 21029-0, Telefax: 0441 - 2102910, eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de
 Internet: www.vdk.de/niedersachsen-bremen
 - Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen -

Mitglieder des Verbandsrats

(Wahlperiode 2008 bis 2012)

Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

Kurt Spannig (2012)

Psychiatrische Klinik Uelzen
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 0581 3895-301
Fax 0581 3895-309
E-Mail info@pk-uelzen.de

Ulla Klapproth (2009, 2011)

Im Siek 10
37191 Gillersheim
Tel. 05556 1566 (werktags)
Fax 05556 5078
E-Mail ulla.klapproth@paritaetischer.de

Brigitte Blümel

Herzlaker Str. 53
30539 Hannover
Tel. 0511 5389437

Klaus Dickneite

Ostergarbe 2,
30559 Hannover
Tel. 0511 514951
Fax 0511 514951
E-Mail kdickneite@online.de

Kirsten Gehrman

Kurfürstenallee 13
28211 Bremen
Tel. 04221 29838-74
Fax 04221 29838-91
E-Mail kirsten.gehrmann@ewetel.net

Bernd Göddertz

Luisenstr. 9
31141 Hildesheim
Tel. 05121 32005 (privat)
Tel. 05121 2066147 (dienstlich)
Fax 05121 2066145 (dienstlich)

Brita Ise Hellmann

Rotekreuzstraße 7
30627 Hannover
Tel. 0511 562756
Tel. 0177 2842615 (mobil)
Fax 0511 562756
E-Mail b.i.hellmann@t-online.de

Anneliese König

Südweg 8a, 26135 Oldenburg
Tel. 0441 201317
Fax 0441 2049115
E-Mail anneliese-koenig@t-online.de

Monika Lehmann

Glünderstr. 2
30167 Hannover
Tel. 0511 702152 (privat)

Jörn Jan Leidecker

Brüggemannhof 3
30167 Hannover
Tel. 0177 307 27 24
jan.leidecker@gmail.com

Jutta Lorentzen

Asternweg 10
29225 Celle
Tel. 05141 47097
Fax 05141 9937127
E-Mail jutta.lorentzen@gmx.de

Dr. Herrmann Niederhut

Quellenweg 1
31787 Hameln
Tel. 05151 571170
Fax 05151 571766
E-Mail niederhut@t-online.de

Dorothea Pitschnau-Michel

c/o Deutsche Multiple Sklerose
Gesellschaft Bundesverband e.V.
Küsterstr. 8
30519 Hannover
Tel. 0511 9683414
Fax 0511 9683450
E-Mail dmsg@dmsg.de

Monika Placke

Walter-Haas-Straße 32
49088 Osnabrück
Tel. 0541 76387
E-Mail monika.placke@freenet.de

Berlind Rosenthal-Zehe

Studentenwerk Göttingen
PF 3851
37028 Göttingen
Tel. 05546 1379 (privat)
Tel. 0551 395143 (dienstlich)
Fax 0511 395170 (dienstlich)
E-Mail berlind.rosenthal-zehe@
studentenwerk-goettingen.de

Dietmar Schlüter

Bergweg 8
38527 Meine
Tel. 05304 3977
Fax 05304 5290
E-Mail 053043977-0001@t-online.de

Johannes Schmidt

Bahnhofsstr. 14
21745 Hemmoor
Tel. 04771 643495 (privat)
Tel. 0171 2137528 (mobil)
Fax 04771 643434
E-Mail neusicht@aol.com

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Cornelia Rundt (Vorstand)
Sebastian Böstel (Vorstand)

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-0
Fax 0511 52486-333
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

Ehrevorsitzende

Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.
Haus A1, App. 107
Bevenser Weg 10
30625 Hannover
Tel. 0511 54042107

Wolfgang Neubelt

GDA Wohnstift
Osterfelddamm 12
Haus 3, App. 3207
30627 Hannover
Tel. 0511 5705437
E-Mail wneubelt@hotmail.de

Günter Famulla

Davenstedter Str. 227
30455 Hannover
Tel. 0511 498831

Thomas Tugendheim

Mozartstr. 3
31162 Bad Salzdetfurth
Tel. 05064 96723 (privat)
Tel. 05121 31210 (dienstlich)
Fax 05064 96724 (privat)
Fax 05121 32876 (dienstlich)
E-Mail tugendheim@gmx.de

Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax.: (05 31) 4 80 79-14
GF: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax.: (0 51 41) 93 98-19
GFin: Waltraud Anders
waltraud.anders@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg

Beethovenstraße 11
49661 Cloppenburg
Tel.: 0 44 71 / 20 46 (VdK)
Fax: 0 44 71 / 95 89 03 (VdK)
GF: Hans-Jürgen Lehmann
gs-cloppenburg@vdk.de

Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax: (0 47 21) 57 93-50
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax: (0 42 21) 15 25-15
GFin: Irma-H. Michel
irma.michel@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax: (0 49 21) 93 06-16
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland

Burgstr. 23
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax: (0 59 31) 1 22 80
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland

Zum Jadebuden 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax: (0 44 51) 91 46-11
GF: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax: (0 53 71) 9 44 99-73
GFin: Sandra Helbing
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar

Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax: (0 53 21) 1 82 29
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax: (05 51) 9 00 08-19
GF: Manfred Grönig
manfred.groenig@paritaetischer.de

Paritätischer Graftsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (0 59 21) 89 17-5
Fax: (0 59 21) 4 08 04 25
GFin: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax: (0 51 51) 5 99 77
GF: Norbert Raabe
norbert.raabe@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18
30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax: (05 11) 9 62 91-13
GF: Ralf Hohfeld
ralf.hohfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg

Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax: (0 41 71) 88 76-29
GFin: Bettina Wichmann
bettina.wichmann@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19 10
Fax: (0 53 51) 54 19 1-66
GFin: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax: (0 51 21) 74 16-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Perkstraße 27
31061 Alfeld
Tel.: (0 51 81) 84 35-0
Fax: (0 51 81) 84 35-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax: (0 55 31) 93 27-90
GF: Daniel Leonhardt
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

Paritätischer Leer

Pferdemarktstraße 59
26789 Leer
Tel.: (0 49 1) 9 25 31-0
Fax: (0 49 1) 9 25 31-31
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax: (0 58 61) 87 50
GFin: Gudrun Schwarz
gudrun.schwarz@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1
21337 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax: (0 41 31) 86 18-40
GF: Ralf Gremmel
ralf.gremmel@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim

Friedrich-Ebert-Wall 1
37154 Northeim
Tel.: (0 55 51) 9 76 90
Fax: (0 55 51) 16 04
GFin: Roswitha Voß
roswitha.voss@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127
26121 Oldenburg
Tel.: (0 44 1) 7 79 00-0
Fax: (0 44 1) 7 79 00-22
GF: Norbert Adolf
norbert.adolf@paritaetischer.de

Paritätischer Osnabrück

Kurt-Schumacher-Damm 8
49078 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax: (05 41) 4 08 04-25
GF: Jörg Echterhoff
joerg.echterhoff@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax: (0 47 91) 94 15-10
GF: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode

Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 55 22) 90 77-28
GFin: Annette Nikulla
annette.nikulla@paritaetischer.de

Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax: (0 51 71) 77 70-21
GFin: Heike Horrmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg

Bahnhofstraße 15
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax: (0 47 61) 7 11 91
GF: Dietrich Neubauer
neubauer@lebenshilfe-bremervorde.de

Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax: (0 53 41) 84 67-24
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a
31675 Bückeburg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax: (0 57 22) 95 22-18
GF: Georg Steimann
georg.steimann@paritaetischer.de

Paritätischer Seesen

Jacobsonstraße 36
38723 Seesen
Tel.: (0 53 81) 9 48 06-0
Fax: (0 53 81) 9 48 06-7
GFin: Roswitha Voß
roswitha.voss@paritaetischer.de

Paritätischer Stade c/o Die Börne gGmbH

Claus-von-Stauffenberg-Weg 10
21684 Stade
Tel.: (0 41 41) 53 43-50
Fax: (0 41 41) 53 43-26
GFin: Susanne Frost
susanne.frost@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen

St.-Viti-Straße 22
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax: (05 81) 97 07-20
GFin: Gudrun Schwarz
gudrun.schwarz@paritaetischer.de

Paritätischer Verden

Helene-Grulke-Straße 5
27299 Langwedel
Tel.: (0 42 35) 89-0
Fax: (0 42 35) 89-111
GF: Dieter Haase
d.haase@stiftung-waldheim.de

Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13
26919 Brake
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 44 01) 45 88
GF: Hannelore Bohlken
hannelore.bohken@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax: (0 44 21) 2 06-2 88
GF: Manfred Pfau
manfred.pfau@gps-wilhelmshaven.de

Paritätischer Wittmund

Wallstraße 21 t
26409 Wittmund
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax: (0 53 31) 92 00-79
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax: (0 53 61) 29 50-21
GFin: Christine Köhler-Riebau
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de